

NATO 2030:

Geeint in ein neues Zeitalter

Analyse und Empfehlungen der vom NATO-Generalsekretär eingesetzten
Reflexionsgruppe

25. November 2020

1. Vorwort	3
2. Einleitung und Hauptergebnisse	5
2.1. Ein strategischer Anker in unsicheren Zeiten	5
2.2. Das politische Erbe der NATO: Anpassung an den Wandel	7
2.3. Eine passende politische Rolle für ein neues Zeitalter	9
2.4. Vision	11
2.5. Hauptergebnisse: Ausblick – die NATO 2030	12
3. Analyse: Das Sicherheits- und Politikumfeld 2010-2030	16
3.1. Das Sicherheitsumfeld: Rückkehr der systemischen Rivalität und Anstieg globaler Bedrohungen	16
3.2. Das Politikumfeld: Belastungen der Bündniseinheit	20
4. Empfehlungen: Stärkung der Rolle der NATO, ihres Zusammenhalts und des Konsultationsprozesses	22
4.1. Der politische Zweck der NATO im 21. Jahrhundert	22
4.2. Die Stärkung der politischen Rolle der NATO und ihrer Instrumente angesichts sich abzeichnender Bedrohungen und Herausforderungen aus allen Richtungen	22
Russland	25
China	28
Neue und disruptive Technologien (EDTs)	31
Terrorismus	34
Der Süden	36
Rüstungskontrolle und nukleare Abschreckung	38
Energiesicherheit	42
Klima und umweltfreundliche Verteidigung	44
Menschliche Sicherheit sowie Frauen, Frieden und Sicherheit	46
Pandemien und Naturkatastrophen	47
Hybride und Cyberbedrohungen	48
Weltraum	51
Strategische Kommunikation, Public Diplomacy und Bekämpfung von Desinformation	52
4.3. Stärkung des politischen Zusammenhalts und der Einigkeit der NATO	54
4.4. Stärkung der politischen Konsultationen und der Entscheidungsfindungsprozesse in der NATO	57
4.4.1. Politische Konsultationen zwischen Verbündeten	57
4.4.2. Politische Konsultationen mit der Europäischen Union (EU)	59
4.4.3. Politische Konsultationen mit Partnern	62
4.4.4. Politische Entscheidungsfindung	65
4.4.5. Politische Struktur, Personal und Ressourcen	67
5. Fazit	69
Zeitlicher Ablauf	71

1 Vorwort

Bei ihrem Treffen im Dezember 2019 in London haben die Staats- und Regierungschefs der Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO) NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg gebeten, einen zukunftsorientierten Reflexionsprozess einzuleiten, um die Möglichkeiten zu prüfen, die politische Dimension des Nordatlantischen Bündnisses zu stärken. Zu diesem Zweck hat Generalsekretär Stoltenberg im April 2020 eine unabhängige Reflexionsgruppe unter dem gemeinsamen Vorsitz von Thomas de Maizière und A. Wess Mitchell und mit folgenden Mitgliedern ernannt: John Bew, Greta Bossenmaier, Anja Dalgaard-Nielsen, Marta Dassù, Anna Fotyga, Tacan Ildem, Hubert Védrine und Herna Verhagen.

Der Generalsekretär hat die Gruppe beauftragt, in drei Bereichen Empfehlungen zu erarbeiten:

- 1) Stärkung der Einheit, der Solidarität und des Zusammenhalts der Verbündeten, auch um die zentrale Bedeutung des transatlantischen Bundes zu untermauern,*
- 2) Stärkung der politischen Konsultation und Koordinierung zwischen den Verbündeten innerhalb der NATO und*
- 3) Stärkung der politischen Rolle und der einschlägigen Instrumente der NATO, um gegenwärtigen und zukünftigen Bedrohungen und Herausforderungen zu begegnen, die von allen strategischen Richtungen ausgehend die Sicherheit des Bündnisses berühren.*

Zur Unterstützung ihrer Arbeit hat sich die Reflexionsgruppe innerhalb und außerhalb der NATO umfassend beraten, u. a. mit Wissenschaftlern, Führungskräften aus den Bereichen Wirtschaft und Technologie, Abgeordneten, Militärbeamten und Regierungsvertretern der dreißig Verbündeten, der meisten NATO-Partnerstaaten sowie mit zahlreichen internationalen Organisationen (s. zeitlicher Ablauf im Anhang). Im Verlauf des gesamten Prozesses stand die Gruppe mit dem Generalsekretär in engem Kontakt und erstattete diesem sowie dem Nordatlantikrat regelmäßig Bericht über die erzielten Fortschritte.

Aufgrund der COVID-19-Pandemie fand der Reflexionsprozess ausschließlich virtuell statt. Vom Prozessstart bis zur Vollendung des Schlusstextes hat die Gruppe insgesamt mehr als neunzig Treffen mit über zweihundert Gesprächspartnern per Videokonferenz durchgeführt. Dieser gänzlich virtuelle Charakter des Prozesses stellt für die NATO eine historische Premiere dar.

Das vorliegende Dokument ist der Abschlussbericht der Reflexionsgruppe an den Generalsekretär. Im ersten Teil werden zunächst der Bericht zusammengefasst und die Vision der Gruppe für die NATO 2030 skizziert. Ferner enthält er eine Zusammenfassung der Hauptergebnisse der Arbeit der Gruppe. Im zweiten Teil werden die wesentlichen Tendenzen untersucht, die das Umfeld der NATO von heute bis 2030 prägen werden. Im dritten Teil werden die Empfehlungen ausführlicher erörtert; hierbei entspricht die thematische Gliederung den drei Zielsetzungen des Auftrags des Generalsekretärs an die Gruppe. Die hier dargelegte Analyse sowie die Empfehlungen sollen als Grundlage für die Erwägungen des Generalsekretärs im Vorfeld des nächsten Treffens der Staats- und Regierungschefs der NATO im Jahr 2021 dienen, der ihnen dann zum Abschluss des Reflexionsprozesses Empfehlungen zur Stärkung der politischen Dimension der NATO vorlegen wird.

Während des gesamten Prozesses waren die Mitglieder der Reflexionsgruppe als unabhängige Experten tätig. Sie stehen, jetzt, da die NATO diese Beratungen fortführt, bei Bedarf auch weiterhin erklärend und beratend zur Verfügung.

Die Reflexionsgruppe möchte dem Generalsekretär für sein Vertrauen und sein Engagement während des Prozesses danken. Wir sind auch dem Internationalen Stab der NATO dankbar, insbesondere Benedetta Berti-Alberti und ihren Mitarbeitern im Planungsstab für ihre Hilfe und ihre unermüdlichen Bemühungen, dank derer Woche für Woche der reibungslose und fristgerechte Ablauf unserer unzähligen Videokonferenzen gewährleistet war. Unser Dank gilt ebenfalls Simon Herchen und Carsten Schmiedl für ihre koordinierende Hilfe bei der Arbeit unserer Gruppe und ihre Unterstützung beim Entwurfsprozess, sowie Claire Yorke für ihre Hilfe bei der Redaktion des Textes. Schließlich möchten wir den zahlreichen Einzelpersonen innerhalb und außerhalb der NATO danken, die ihr Wissen mit unserer Gruppe geteilt haben, sowie den Ständigen Vertretern beim Nordatlantikrat, den Regierungen des Bündnisses und dessen Partnern, der parlamentarischen Versammlung der NATO und all denjenigen, deren wertvolle Zeit, Ideen und Gedanken in diesen Bericht eingeflossen sind.

2 Einleitung und Hauptergebnisse

2.1 Ein strategischer Anker in unsicheren Zeiten

Die NATO geht ins achte Jahrzehnt ihres Bestehens. Dabei übersteigen sowohl die Bilanz ihrer bisherigen Erfolge als auch die Bandbreite ihrer künftigen Herausforderungen alles, was ihre Gründer jemals hätten erahnen können, als sie im April 1949 den Vertrag von Washington unterzeichneten. In den dreißig Jahren seit dem Ende der Bedrohung durch die Sowjetunion, die zur Gründung der NATO geführt hatte, hat das transatlantische Bündnis etlichen Prophezeiungen seines vermeintlich bevorstehenden Niedergangs getrotzt. Es hat zwei Kriege und die ethnischen Säuberungen im westlichen Balkan beendet, partnerschaftlich Russland und weiteren ehemaligen Gegnern die Hand ausgestreckt, sich der terroristischen Bedrohung gegen das NATO-Gebiet gestellt, sich außerhalb des Bündnisgebiets, einschließlich in Afghanistan, engagiert und mit Klarheit, Einigkeit und Entschlossenheit auf die Bedrohung durch das aggressive Verhalten Russlands im euro-atlantischen Raum reagiert. Heute gilt die NATO als das erfolgreichste Bündnis aller Zeiten, sie umfasst knapp eine Milliarde Menschen und die Hälfte des weltweiten Bruttoinlandsproduktes in einem Gebiet, das sich von der Pazifikküste Nordamerikas bis zum Schwarzen Meer erstreckt.

„Die NATO gilt als das erfolgreichste Bündnis aller Zeiten.“

Dennoch muss die NATO sich angesichts der künftigen Ungewissheiten kontinuierlich anpassen. Die Welt wird sich in den nächsten zehn Jahren erheblich von der unterscheiden, die das Bündnis während des Kalten Krieges und den unmittelbar darauffolgenden Jahrzehnten gekannt hat. Es wird eine vom Wettbewerb der Großmächte geprägte Welt sein, in der selbstbewusste autoritäre Staaten mit revisionistischen außenpolitischen Programmen danach trachten, ihre Macht und ihren Einfluss auszudehnen, und in der die NATO-Verbündeten wieder einmal vor einer systemischen Herausforderung stehen werden, die den Sicherheits- und den Wirtschaftsbereich gleichermaßen betrifft. Bekannte Bedrohungen, wie der Terrorismus in all seinen Erscheinungsformen und Ausprägungen, bleiben weiterhin bestehen, während neue Risiken durch Pandemien und den Klimawandel entstehen. Gleichzeitig bergen neue und disruptive Technologien (EDTs) sowohl Gefahren als auch Chancen für das Bündnis.

Vor diesem sich wandelnden Hintergrund hat die NATO auch interne Spannungen erlebt. Die Streitigkeiten zwischen einzelnen Verbündeten in den letzten Jahren spiegeln zum Teil deren Sorgen hinsichtlich ihrer langfristigen strategischen Zukunft wider. Einige Europäer befürchten eine Abschottung der Vereinigten Staaten oder ein Abklingen des US-Interesses für den alten Kontinent zugunsten einer verstärkten Fokussierung auf den Indo-Pazifik. Einige Amerikaner wiederum befürchten, dass die Europäer sich vor ihrer Verantwortung für die gemeinsame Verteidigung drücken oder gar einen eigenständigen Weg einschlagen wollen, der das Bündnis spalten könnte. Innerhalb der NATO sind gesellschaftliche Risse entstanden und die repräsentative Demokratie wird infrage gestellt. Auch wenn man dem Bündnis in vielerlei Hinsicht eine enorme militärische Stärke zuschreiben kann, so ist es doch bei Weitem nicht unverwundbar angesichts solcher politischen Turbulenzen.

„Der Hauptzweck der NATO ist heute so offensichtlich wie seit Jahrzehnten nicht mehr.“

Trotz all dieser Herausforderungen bleibt die NATO unverzichtbar. Tatsächlich ist ihr Hauptzweck heute so offensichtlich wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Die NATO hat schon viele stürmische Zeiten überstanden; sie hat die Bedrohung durch die Sowjetunion überlebt, die Suezkrise, die Streitigkeiten zwischen den Verbündeten über den Vietnamkrieg, Diktaturen in ihren eigenen Reihen, die Debatten rund um den NATO-Doppelbeschluss, Uneinigkeiten bezüglich ihrer Erweiterung, den Irakkrieg – um nur einige zu nennen.

Heute wie damals sind die Verbündeten durch die gemeinsamen Prinzipien, demokratischen Institutionen und den Nutzen, den alle Verbündeten aus der kollektiven Sicherheit ziehen, geeint geblieben. Mit Blick auf 2030 ist die Notwendigkeit eines gemeinsamen Verteidigungsbündnisses zum Schutz Europas und Nordamerikas vor Bedrohungen der materiellen Sicherheit und demokratischen Lebensweise der Verbündeten unverändert groß.

Gleichwohl wird die NATO sich weiterhin anpassen müssen. In einer Welt voller systemischer Herausforderer und wachsender Bedrohungen muss das Bündnis, ergänzend zur umfassenden militärischen Anpassung, die es bereits vollzogen hat, seine Fähigkeit festigen, als wichtigstes politisches Forum für die strategischen und geopolitischen Herausforderungen zu handeln, die sich der transatlantischen Gemeinschaft stellen. Um diese Rolle zu erfüllen, wird noch ein größerer Zusammenhalt nötig sein, als der, den die NATO in den vergangenen Jahren besessen hat. Seit ihrer Gründung liegt die Geschlossenheit der NATO in der Fähigkeit und dem Willen, kollektiv gegen gemeinsame Bedrohungen vorzugehen. Das ist das Lebenselixier, das die Lebendigkeit, die Glaubwürdigkeit und die Beständigkeit des Bündnisses gewährleistet – dies wird umso wichtiger in einem verschärften Wettbewerbskontext, der Zusammenarbeit und wirksame Netzwerke erfordert, um mit wachsenden Bedrohungen umzugehen.

In den letzten Jahren haben die Verbündeten die militärische Komponente der NATO gestärkt und sollten dies auch weiterhin tun. Parallel dazu müssen sie jedoch einen entscheidenden Schritt machen, um auch die politische Dimension der NATO zu fördern, einschließlich ihres Fundaments aus gemeinsamen demokratischen Prinzipien, Konsultationsmechanismen, Entscheidungsprozessen und politischen Instrumenten zur Bewältigung aktueller und künftiger Bedrohungen. Gelingt ihnen dies, wird die NATO in einer starken Position sein, um die Freiheit und Sicherheit ihrer Mitgliedstaaten zu schützen und als ein wesentlicher Pfeiler einer offenen und stabilen internationalen Ordnung zu handeln.

„Die Verbündeten müssen einen entscheidenden Schritt machen, um die politische Dimension der NATO zu fördern.“

2.2 Das politische Erbe der NATO: Anpassung an den Wandel

Die Langlebigkeit und der Erfolg der NATO beruhen auf ihrer Fähigkeit, sich an veränderte strategische Gegebenheiten anzupassen. Schon die Gründung der NATO in den Anfangsjahren des Kalten Krieges stellte eine strategische Anpassung in großem Maßstab dar, da sie souveräne Staaten zu einer ständigen Verteidigungszusammenarbeit verpflichtete, die weit über das hinausging, was in der Geschichte Bündnisse bedeutet hatten. Diese neue kollektive Verteidigung galt als grundlegender Bestandteil der europäischen Ordnung und fußte auf der bitteren historischen Erfahrung der Zwischenkriegsjahre. Ihr Eckpfeiler war und ist nach wie vor Artikel 5, demzufolge „ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere [Parteien] in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen werden wird“. Die Verteidigung ist die erste und wichtigste Aufgabe, die die NATO erfüllen muss.

„Die Langlebigkeit und der Erfolg der NATO beruhen auf ihrer Anpassungsfähigkeit.“

Dennoch war die NATO von Anfang an mehr als ein reines Militärbündnis, sie erfüllte auch eine politische Rolle, indem sie ihre Mitglieder hinter einer gemeinsamen strategischen Vision in einer Werte-, Interessen- und Schicksalsgemeinschaft vereinte. An Schlüsselstellen ihrer Geschichte haben sich die Staats- und Regierungschefs der NATO immer wieder für eine Stärkung ihrer politischen Dimension eingesetzt, um sie an die veränderten strategischen Gegebenheiten anzupassen. Zum ersten Mal geschah dies im Jahr 1956, als die NATO den Dreierausschuss ins Leben rief (auch bekannt als die „drei Weisen“), um „den Rat über Mittel und Wege zur Verbesserung und Erweiterung der Zusammenarbeit im Rahmen der NATO auf nichtmilitärischem Gebiet sowie zur Herbeiführung einer größeren Einigkeit innerhalb der atlantischen Gemeinschaft zu beraten.“ Wie der Ausschuss in seinem Abschlussbericht schrieb, „[kann] diese abschreckende Rolle der NATO, die auf Solidarität und Stärke begründet ist, [...] jedoch nur dann ausgeübt werden, wenn die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Mitgliedsstaaten eng und diese willig zur Mitarbeit sind.“ Weiter heißt es im Bericht:

Von Anbeginn der NATO an stand also fest, dass die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verteidigung die erste und dringendste Notwendigkeit war, dass dies aber nicht genug sei. Seit Unterzeichnung des Vertrags ist es immer klarer geworden, dass die Sicherheit heute weit mehr ist als eine reine militärische Angelegenheit. Die Vermehrung der politischen Konsultationen und die Verstärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, die Entwicklung der Hilfsquellen, der Fortschritt der Bildung und Verständnis der Öffentlichkeit, all dies kann ebenso wichtig, vielleicht noch wichtiger für den Schutz der Sicherheit einer Nation oder eines Bündnisses sein als der Bau eines Schlachtschiffes oder die Ausrüstung einer Armee.

Im Jahr 1967, erneut einer Zeit der Spannungen zwischen den Verbündeten, brachte der belgische Außenminister Pierre Harmel eine Überprüfung der NATO auf den Weg, durch die sowohl deren militärische als auch deren politische Ausrichtung erneut bekräftigt wurde: Verteidigung und Abschreckung gegen die sowjetische Aggression einerseits, Entspannung und Rüstungskontrolle andererseits. Dem Harmel-Bericht zufolge bestand eine Hauptfunktion der NATO darin, „eine angemessene militärische Stärke und politische Solidarität aufrechtzuerhalten, um gegenüber Aggressionen und anderen Formen des Drucks abschreckend zu wirken und das Hoheitsgebiet der Mitgliedsstaaten zu verteidigen“. Gleichzeitig bereitete Harmels Arbeit der NATO den Weg, durch „die weitere Suche nach Fortschritten in Richtung auf dauerhaftere Beziehungen, mit deren Hilfe die grundlegenden politischen Fragen gelöst werden können“, nach außen eine politische Rolle zu übernehmen.

Diese verstärkte politische Rolle sollte für den Erfolg der NATO im Kalten Krieg entscheidend sein. Zu einer Zeit, als die Vereinigten Staaten ihre nukleare Überlegenheit verloren hatten und einige Verbündete ihr Bekenntnis zur NATO infrage stellten, war die Verstärkung der politischen Konsultationen innerhalb des Bündnisses mehr als ein Lippenbekenntnis. Vielmehr leitete sie ein Zeitalter vertiefter Konsultationen zwischen den USA und den anderen Verbündeten ein, auch hinsichtlich der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen, deren fruchtbare Ergebnisse im Bereich der Rüstungskontrolle (Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa) und der Ost-West-Diplomatie (Schlussakte von Helsinki) letztlich zum Erfolg der NATO im Kalten Krieg führen sollten.

Nach dem Ende des Kalten Krieges vollzog die NATO die bedeutsamste Anpassung ihrer gesamten Geschichte. Sie rief erweiterte Partnerschaften ins Leben, u. a. durch das Programm „Partnerschaft für den Frieden“, nahm einen Dialog mit Russland und der Ukraine sowie den Ländern des Mittelmeerraums und des Nahen Ostens auf, übernahm eine Rolle als Krisenmanager und führte ihren ersten Einsatz außerhalb des Bündnisgebiets in Bosnien und Herzegowina durch. Besonders einschneidend war jedoch zweifellos die Aufnahme mehrerer Länder Mittel- und Osteuropas auf deren eigenen freien Wunsch hin. Entsprechend der doppelten Rolle des Bündnisses stand diese Osterweiterung sowohl für das Ende des geopolitischen Vakuums im Osten Europas, der Hauptursache für frühere Konflikte, als auch für die Wiedereingliederung ehemals unfreier Nationen in den demokratischen Westen. Mit ihrer Politik der offenen Tür stellt die NATO bis heute allen Staaten eine Aufnahme in Aussicht, die diesen Status anstreben, ihre Werte teilen und die Bedingungen für eine Zugehörigkeit erfüllen.

Nach den Anschlägen des 11. September passte die NATO sich einem drastisch veränderten strategischen Umfeld an, in dem terroristische Gruppierungen in der Lage waren, die Verwüstung ins Zentrum des Bündnisses zu tragen. Mit der erstmaligen Ausrufung des Bündnisfalls nach Artikel 5 in der Geschichte der NATO wurde die fundamentale Anpassungslogik des Bündnisses deutlich. Basierend auf einer Bewertung der jeweils aktuellen wichtigsten Bedrohungen zielte das militärische und politische Programm der NATO in den Folgejahren darauf ab, sowohl Verteidigungskapazitäten als auch die politische Stabilität über den traditionellen Fokus des euro-atlantischen Raums hinaus zu projizieren. Zur Unterstützung dieser Fokusverlagerung wurde unter dem Vorsitz der ehemaligen US-Außenministerin Madeleine Albright eine Expertengruppe ernannt, die einen Bericht erstellte, der Empfehlungen formulierte und Vorläufer für das Strategische Konzept von 2010 war, das die NATO seither verwendet.

Im folgenden Jahrzehnt hat sich das Bündnis im Kontext eines sich wandelnden internationalen Umfelds weiterentwickelt, das von der Rückkehr des geopolitischen Wettbewerbs geprägt ist. Nach der illegitimen und illegalen Invasion und Annexion der Krim durch die Russische Föderation im Jahr 2014 hat die NATO nachhaltige Verbesserungen ihres Verteidigungs- und Abschreckungsdispositivs verwirklicht, u. a. durch eine verstärkte Vornepräsenz, den Aktionsplan zur Reaktionsfähigkeit sowie die NATO-Initiative zur Reaktionsfähigkeit, und eine weitreichende Aufstockung der Verteidigungsausgaben und -fähigkeiten im gesamten Bündnis begonnen. Infolgedessen besitzt die NATO heute eine breitere Palette an Instrumenten, nicht nur zur Abwehr der russischen Militärbedrohung, sondern auch, um Terrorismus und Bedrohungen im hybriden und Cyberbereich zu verstehen, vorherzusehen und zu bekämpfen. Wie schon in der Vergangenheit wurden diese verteidigungstechnischen Verbesserungen begleitet von politischen Maßnahmen zur Flankierung des neuen Ansatzes, darunter erweiterte Foren für interne Konsultationen, die Entwicklung neuer Instrumente im Bereich der Cyber-, hybriden und strategischen Kommunikation, verstärkte Zusammenarbeit mit den östlichen Partnern Ukraine und Georgien und ein Dialog zur Begleitung der verstärkten NATO-Abschreckungsmaßnahmen.

2.3 Eine passende politische Rolle für ein neues Zeitalter

Vor dem Hintergrund früherer erfolgreicher Anpassungen sowie der langjährigen Aufrechterhaltung einer lebendigen politischen Dimension ihrer Arbeit betritt die NATO für die Zeit von heute bis 2030 ein neues und völlig anderes strategisches Umfeld. Dabei bieten vergangene Anpassungen keinerlei Garantie für künftige Erfolge. Um bestehen zu können, effizient zu bleiben und weiterhin die Bedürfnisse ihrer Mitglieder zu erfüllen, muss die NATO sich erneut an die veränderten strategischen Gegebenheiten anpassen.

In diesem neuen Kapitel ihres Bestehens bleibt es, wie im Nordatlantikvertrag festgelegt, grundlegender Auftrag der NATO, „die Freiheit, das gemeinsame Erbe und die Zivilisation ihrer Völker, die auf den Grundsätzen der Demokratie, der Freiheit der Person und der Herrschaft des Rechts beruhen, zu gewährleisten [...], die innere Festigkeit und das Wohlergehen im nordatlantischen Gebiet zu fördern [und] ihre Bemühungen für die gemeinsame Verteidigung und für die Erhaltung des Friedens und der Sicherheit zu vereinigen.“ Auch die Grundbestandteile dieses Auftrags haben sich nicht geändert, es sind dieselben wie zur Zeit des Harmel-Berichts, nämlich militärische Stärke und politische Solidarität im Verbund mit dem Streben nach einem langfristig stabilen internationalen Umfeld.

Die nötige Geschlossenheit zur Unterstützung dieser Ziele aufzubringen, wird jedoch im kommenden Jahrzehnt wohl wichtiger und auch schwieriger sein als in den vergangenen Epochen, nicht zuletzt aufgrund der unterschiedlichen Priorisierung der Bedrohungen durch die einzelnen Verbündeten. Stand die NATO im Kalten Krieg noch vor einer einzelnen großen Bedrohung und kannte in der Zeit unmittelbar danach keine gleichwertigen Wettbewerber, so hat sie es heute mit zwei systemischen Rivalen zu tun sowie mit der andauernden Bedrohung durch den Terrorismus, der Instabilität entlang ihrer südlichen Peripherie, einer sich rasant verändernden technologischen Landschaft, zahlreichen kritischen, nichtstaatlichen Bedrohungen und durch den Menschen verursachten sowie natürlichen Gefahren. Während zwar einerseits durch diese Bedrohungen das unveränderliche Ziel der NATO erneut bekräftigt wird, gestalten andererseits ihre schiere Vielfalt wie auch ihre unterschiedliche Gewichtung durch die jeweiligen Verbündeten den Prozess der Konsensfindung bezüglich der Prioritäten schwieriger. Daneben hat es immer wieder Spannungen und Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich grundsätzlicher Werte gegeben, die zusätzlich die Beziehungen zwischen den Verbündeten belasten.

Politische Divergenzen innerhalb der NATO sind insofern gefährlich, als sie es Außenstehenden, insbesondere Russland und China, ermöglichen, bündnisinterne Differenzen auszunutzen und einzelne Verbündete so für ihre Zwecke zu nutzen, dass die Interessen und die Sicherheit der Gemeinschaft gefährdet werden. Dies betrifft sowohl Maßnahmen, die im direkten Bezug zu den traditionellen geographischen und funktionalen Aufgaben der NATO stehen, als auch die Bereiche Cyber, Technologie und strategischer Handel – ja sogar die demokratische Lebensweise.

Ohne Zusammenhalt müssten sich die NATO-Verbündeten diesen Herausforderungen alleine stellen. Und weder Europa noch Nordamerika sind, bei all ihrer Stärke, mächtig genug, um diese Bedrohungen eigenständig zu bewältigen und dabei gleichzeitig die wachsende Bandbreite an neuen Gefahren und Risiken zu meistern, mit denen unsere Gesellschaften konfrontiert sind

Sollte die NATO sich stärker in Richtung Uneinigkeit bewegen, so wäre dies eher als strategisches denn bloß als taktisches oder optisches Problem aufzufassen. Ohne entsprechendes Entgegenwirken wären alle NATO-Verbündeten, die großen ebenso wie die kleinen, im kommenden Jahrzehnt in einer weitaus ungünstigeren Position, als wenn sie gemeinsam handeln würden.

„Sollte die NATO sich stärker in Richtung Uneinigkeit bewegen, so wäre dies eher als strategisches denn bloß als taktisches oder optisches Problem aufzufassen.“

Dies rückt die zentrale politische Aufgabe der NATO für die heutige Zeit stärker in den Fokus der Aufmerksamkeit, nämlich die Festigung des transatlantischen Bündnisses für ein Zeitalter der strategischen Gleichzeitigkeit, in dem zahlreiche, miteinander zusammenhängende Bedrohungen gleichzeitig lauern. Ein solches Umfeld wird es erforderlich machen, dass die NATO auf ihre vertieften politischen Konsultationen der letzten Jahre aufbaut, um den Nordatlantikrat zu einem einzigartigen und wesentlichen Forum für Konsultationen in den wichtigsten strategischen Fragen zu machen, einschließlich der wesentlichen Entwicklungen im Bereich der nationalen Sicherheit, dem Stand der Bedrohung, der gemeinsamen Sicherheit sowie national-operativen bzw. fähigkeitsbezogenen Entscheidungen, die Auswirkungen auf das Bündnis und seine Mitglieder haben.

Es wird nicht einfach sein, dieses Ziel zu erreichen. Divergenzen in der Bedrohungswahrnehmung lassen sich nicht einfach wegwischen, da sie Ausdruck der eigenen besonderen Interessen, der Geographie sowie der nationalen und politischen Linie eines jeden Staates sind.

Dabei ist es ebenso möglich wie nötig, die politischen und strategischen Prioritäten in Einklang zu bringen; dies steht auch ganz in der Tradition des Bündnisses.

„Es ist ebenso möglich wie nötig, die politischen und strategischen Prioritäten in Einklang zu bringen, und es liegt auch ganz in der Tradition des Bündnisses.“

Die Geschichte der NATO ist geprägt vom entschlossenen Streben nach dieser Konvergenz – einer rein politischen Handlung –, um mithilfe von Strategie und Staatskunst in einer Weise Kompromisse zu erzielen und gemeinsames Handeln zu ermöglichen, die allen Verbündeten zum Vorteil gereicht. Das Erreichen der Konvergenz nicht nur durch den Erhalt der Strukturen, sondern auch der Kultur der proaktiven Konsultationen, durch die es ermöglicht wird, Unterschiede in der Bewertung der Bedrohungslage zu entschärfen, ist seit jeher das wichtigste Mittel gewesen, mit dem die NATO und ihre Staats- und Regierungschefs den Zusammenhalt erreicht haben, und bleibt auch weiterhin der Weg zu einer starken NATO in der heutigen Zeit.

Die Frage nach der Art und Weise, in der die NATO mit Blick auf Bewältigung der Herausforderungen eines neuen Zeitalters ihre politische Geschlossenheit und Konvergenz verbessern sollte, ist das Hauptthema dieses Berichts.

„Eine solche NATO wäre eine Quelle der Stabilität in einer instabilen Welt.“

Eine zentrale These ist, dass die NATO, unabhängig davon, wie schwer dies zu erreichen sein mag, in den wichtigsten Fragestellungen dringend politische Konvergenz benötigt, weil das schiere Ausmaß der Bedrohungen, insbesondere die gleichzeitige geopolitische und ideologische Herausforderung durch Russland und China, Auswirkungen auf unser aller Sicherheit und Wohlstand hat. In einem solchen Kontext ist die politische Verantwortung der NATO – aber auch ihre Chance – wirklich gewaltig, der Dreh- und Angelpunkt zu bleiben, um den herum das Bündnis sich für ein Zeitalter wahrlich globaler Herausforderungen wappnet.

Eine solche NATO wäre nicht nur weiterhin ein Schutzschild für ihr Bündnisgebiet, sondern auch eine Quelle der Stabilität in einer instabilen Welt. So gesehen ist die harte und oftmals mühsam und frustrierend anmutende Arbeit, die das Streben nach Zusammenhalt erfordert, nichts im Vergleich zu den Vorteilen, die daraus erwachsen.

2.4 Vision

- **Die Vision der Reflexionsgruppe für die NATO im Jahr 2030 ist die eines lebendigen, nützlichen, relevanten und beständigen Bündnisses. Unabhängig vom strategischen Umfeld wird die NATO bis zum Ende dieses Jahrzehnts**
- weiterhin ihre Rolle als Pfeiler des Friedens, der Stabilität und der Rechtsstaatlichkeit im euro-atlantischen Raum bewahren;
- auf der Basis eines aktualisierten Strategiekonzepts das strategische Gravitationszentrum für die kollektive Verteidigung all ihrer Mitglieder bleiben;
- ihre Position als einzigartiges und zentrales Forum stärken, dem sich die Verbündeten bei jeder großen Herausforderung der nationalen Sicherheit zuwenden, und dabei proaktiv auf Konsens hinarbeiten und gemeinsame Strategien zum Umgang mit gemeinsamen Bedrohungen entwickeln;
- eine größere Rolle in einer internationalen Ordnung spielen, in der offene Gesellschaften in Sicherheit und Wohlstand gedeihen können; einer Welt, in der die Vielfalt der Weltanschauungen und grundsätzliche Meinungsunterschiede kein Hindernis für Dialog und Zusammenarbeit darstellen;
- tiefgehende strategische und sich gegenseitig verstärkende Verbindungen mit Partnern eingehen, die diese Prinzipien und Ziele teilen, entsprechend dem Grundsatz der Schlussakte von Helsinki, demzufolge alle Staaten das Recht haben, ihre eigenen Sicherheitsvorkehrungen zu wählen, und da, wo keine Partnerschaft möglich ist, sich verpflichten, auf der Grundlage gegenseitigen Respekts auf gemeinsame Sicherheit hinzuarbeiten;
- auf der Grundlage der Kooperation ein engeres Verhältnis und vertiefte Konsultationen mit der Europäischen Union in Fragen von gemeinsamem Interesse mit dem Ziel zu pflegen, unterschiedliche Fähigkeiten und Instrumente zu nutzen.

Um dies zu erreichen, müssen die Verbündeten sich noch stärker dazu verpflichten,

- sich zu den im Nordatlantikvertrag festgeschriebenen demokratischen Prinzipien zu bekennen, wobei allen Verbündeten freigestellt ist, innerhalb dieses Rahmens ihr Schicksal selbstbestimmt zu gestalten;
- die mit der kollektiven Sicherheit einhergehenden Lasten zu teilen und eine gerechte Aufteilung der Verantwortlichkeiten für die gemeinsame Verteidigung beizubehalten;
- sicherzustellen, dass ihr Handeln weder den Nutzen noch die Geschlossenheit des Bündnisses für fremde Zwecke oder engstirnige nationale Ziele untergräbt, unbeschadet ihrer Hoheitsrechte und Kerninteressen ihrer nationalen Sicherheit;
- die kollektive Verteidigung, sowohl konventionell als auch nuklear und hybrid, an vorderste Stelle der Konsultationen und Entscheidungsfindung bezüglich der Sicherheit im euro-atlantischen Raum zu setzen;
- zügige Entscheidungsfindungen und die Umsetzung der politischen Maßnahmen zu ermöglichen – und dabei das Konsensprinzip beizubehalten, aber gleichzeitig zu gewährleisten, dass das Bündnis für ein verändertes strategisches Umfeld gewappnet ist.

2.5 Hauptergebnisse: Ausblick – die NATO 2030

Die NATO muss sich anpassen, um den Bedürfnissen eines schwierigeren strategischen Umfelds gerecht zu werden, das von dem Wiederaufflammen der systemischen Rivalität, dem anhaltend aggressiven Russland, dem Aufstieg Chinas und der wachsenden Rolle der neuen und disruptiven Technologien (EDTs) gekennzeichnet ist, während das Bündnis gleichzeitig erhöhten grenzüberschreitenden Bedrohungen und Gefahren begegnen muss. Das überragende politische Ziel der NATO muss es sein, das transatlantische Bündnis zu festigen, um sicherzustellen, dass es über die Instrumente, den Zusammenhalt und die Beratungsmechanismen verfügt, die erforderlich sind, um die kollektive Verteidigung in diesem schwierigeren Umfeld zu gewährleisten. Die politische Dimension der NATO muss angepasst werden, um ihre Funktionsfähigkeit zu erhalten und zu stärken sowie gleichzeitig ihre Relevanz für alle Verbündeten zu gewährleisten. Zu diesem Zweck werden in diesem Bericht 138 Empfehlungen vorgelegt, von denen die folgenden einige der wichtigsten Punkte darstellen:

1. Ausgangspunkt muss die **Aktualisierung des Strategischen Konzepts von 2010** sein. Dies sollte als Chance gesehen werden, den Zusammenhalt dadurch zu festigen, dass neuen strategischen Realitäten ins Auge gesehen wird und die verschiedenen Bereiche der Anpassungen der letzten Zeit in ein kohärentes strategisches Gesamtbild zusammengeführt werden. Bei der Aktualisierung des Konzepts sollten die Verbündeten sich bemühen, die drei Kernaufgaben der NATO zu erhalten und ihre Rolle als einzigartiges und essenzielles transatlantisches Forum für Konsultationen zu stärken; dabei sollten Inhalte aktualisiert werden, die in Zusammenhang stehen mit den dem NATO-Bündnis zugrunde liegenden Prinzipien, mit Veränderungen im geostrategischen Umfeld (einschließlich Russlands und Chinas) und mit der Notwendigkeit, die Terrorismusbekämpfung in stärkerem Maße in die Kernaufgaben der NATO zu integrieren.
2. Die NATO sollte den zweigleisigen Ansatz aus Abschreckung und Dialog mit **Russland** weiterverfolgen. Das Bündnis muss auf Bedrohungen und feindliche Aktionen Russlands in einer politisch geeinten, entschlossenen und kohärenten Weise reagieren, ohne zu „*business as usual*“ zurückzukehren – es sei denn, Russland ändert sein aggressives Verhalten und kehrt zu einer uneingeschränkten Einhaltung des Völkerrechts zurück. Gleichzeitig sollte die NATO auch weiterhin offen dafür bleiben, über ein friedliches Miteinander zu diskutieren und positiv auf konstruktive Veränderungen in Russlands Dispositiv und Verhalten zu reagieren. Die NATO sollte die Inhalte ihrer zweigleisigen Strategie weiterentwickeln, um sicherzustellen, dass diese weiterhin wirksam bleibt: Dabei sollen einerseits die für Russland entstehenden Kosten einer Aggression gesteigert und eine umfassendere Antwort auf hybride Formen russischer Aggression entwickelt werden, während andererseits Schritte unterstützt werden sollen, politisch stärker auf Russland mit dem Ziel zuzugehen, Maßnahmen der Rüstungskontrolle und der Risikoverringerung zu verhandeln.
3. Die NATO muss viel mehr Zeit, politische Ressourcen und Maßnahmen auf die durch **China** gestellten Sicherheits Herausforderungen verwenden. Dies muss auf der Grundlage einer Bewertung seiner nationalen Fähigkeiten, seines wirtschaftlichen Gewichts und der erklärten ideologischen Ziele seiner Führung erfolgen. Die NATO muss eine politische Strategie für ihre Rolle in einer Welt entwickeln, in der China bis 2030 immer mehr an Bedeutung gewinnt. Das Bündnis sollte die durch China gestellte Herausforderung in den vorhandenen Strukturen durchgängig berücksichtigen und erwägen, ein Beratungsgremium einzurichten, um alle Aspekte der Sicherheitsinteressen der Verbündeten gegenüber China zu diskutieren. Die NATO muss ihre Bemühungen verstärken, die Auswirkungen von Chinas technologischer Entwicklung zu bewerten sowie alle Aktivitäten Chinas zu überwachen und sich dagegen zu verteidigen, die die kollektive Verteidigung, die militärische Einsatzfähigkeit oder die Widerstandsfähigkeit im Zuständigkeitsbereich des Obersten Alliierten Befehlshabers Europa (SACEUR) beeinträchtigen könnten.

4. **Neue und disruptive Technologien** (EDTs) sind eine Herausforderung, aber auch eine Chance für die NATO. Es muss eine strategische Priorität für das Bündnis und seine Mitglieder sein, mit den aktuellen Bemühungen großer autoritärer Staaten, die Vorherrschaft in wichtigen EDTs zu erlangen, konkurrieren zu können. Die NATO sollte als zentrale koordinierende Institution beim Austausch von Informationen und der Zusammenarbeit zwischen Verbündeten in allen Bereichen dienen, in denen EDTs für ihre Sicherheit eine Rolle spielen. Die NATO sollte einen digitalen Gipfel der Regierungen und des Privatsektors mit dem Ziel abhalten, Lücken in der kollektiven Verteidigungszusammenarbeit bei Strategien und Normen sowie Forschung und Entwicklung (R&D) in sicherheitsrelevanten KI-Bereichen auszumachen und sich gegenüber böswilliger und aggressiver Nutzung der KI zu schützen.
5. Der **Terrorismus** stellt eine der drängendsten asymmetrischen Bedrohungen für die Bündnisstaaten und ihre Bürgerinnen und Bürger dar. Die NATO sollte ausdrücklich die Bekämpfung des Terrorismus in ihre Kernaufgaben aufnehmen. Der Bekämpfung des Terrorismus sollte innerhalb der NATO-Strukturen ein mit den erforderlichen Ressourcen ausgestatteter Platz eingeräumt werden, der im Verhältnis zur Bedrohung steht, die die Terrorismusbekämpfung darstellt. Die NATO sollte die Bekämpfung des Terrorismus als Teil der Diskussionen über hybride und Cyberbedrohungen verstärken und sicherstellen, dass die Bedrohung durch den Terrorismus in Übungen und Prozessen zur Auswertung von gemachten Erfahrungen aufgegriffen wird. Die NATO sollte sich bemühen, die derzeitigen Praktiken des Austausches von nachrichtendienstlichen Informationen zwischen Verbündeten zu verbessern, um ein besseres gemeinsames Lagebild in Schlüsselbereichen, wie neuen Rückzugsgebieten, der Verwendung von EDTs durch Terroristen und hybriden Taktiken, zu erhalten.
6. Die NATO muss einen konsistenten, klaren und kohärenten Ansatz **für den Süden** formulieren und dabei sowohl traditionellen Bedrohungen wie dem Terrorismus begegnen als auch der immer stärkeren Präsenz Russlands und in geringerem Maße Chinas. Die NATO muss den politischen Schwerpunkt auch weiterhin auf den Ausbau der militärischen Einsatzbereitschaft und der Reaktionsfähigkeit für die Südflanke/Mittelmeerflanke legen, insbesondere durch die Überarbeitung und Fertigstellung ihrer Vorausplanungen und die Stärkung des Koordinierungszentrums für den Süden beim gemeinsamen Führungskommando des Bündnisses in Neapel (JFC Neapel). Die NATO sollte die Verbindungen und Zusammenarbeit im Rahmen eines koordinierten Ansatzes stärken, insbesondere mit der EU. Sie sollte die Häufigkeit der politischen Konsultationen zum Süden, auch auf Ebene des Nordatlantikrats, erhöhen. Verbündete mit Spezialwissen und/oder größerem Engagement sollten gebeten werden, dem Nordatlantikrat häufiger über die Lage dort zu berichten.
7. Die NATO sollte ihre Unterstützung für die **Rüstungskontrolle** bekräftigen und gleichzeitig eine wirksame **nukleare Abschreckung** aufrechterhalten. Sie sollte eine stärkere Rolle als Forum zur Diskussion von Herausforderungen für gegenwärtige Rüstungskontrollmechanismen spielen und sich zu allen künftigen Übereinkünften beraten. Die NATO sollte auch weiterhin die Stärkung wirksamer Verifikationsregimes unterstützen und Überwachungs- und Umsetzungsmechanismen ermöglichen. Sie sollte einen Fahrplan für die internationale Rüstungskontrolle in Schlüsselbereichen der EDT entwickeln, die auch militärisch genutzt werden können. Die NATO sollte ihr Verteidigungs- und Abschreckungsdispositiv für die Zeit nach dem Vertrag über die Beseitigung der Flugkörper mittlerer und kürzerer Reichweite (INF-Vertrag) weiter anpassen, um der Bedrohung durch Russlands bisherige und neue militärische Fähigkeiten Rechnung zu tragen. Das Bündnis sollte die Übereinkünfte zur nuklearen Teilhabe, die ein zentrales Element der Abschreckungspolitik der NATO darstellen, weiterführen und wieder auffrischen.

8. Der **Klimawandel** wird auch weiterhin das Sicherheitsumfeld der NATO prägen. Während die Steuerung der Emissionen in erster Linie in nationaler Zuständigkeit liegt, muss die NATO eine Rolle bei der Schärfung des Bewusstseins, der Frühwarnung und dem Austausch von Informationen spielen, auch durch die Prüfung der Frage der Einrichtung eines Exzellenzzentrums zu Klima und Sicherheit. Die NATO sollte die Bemühungen verstärken, den Klimawandel und andere nicht militärische Bedrohungen wie Pandemien in die NATO-Planung zur Widerstandsfähigkeit und zum Krisenmanagement aufzunehmen und dabei den Schwerpunkt darauflegen, Energie- und Telekommunikationsnetze besser darauf auszurichten, Wetterereignissen begegnen zu können. Die NATO sollte ihr Rahmenwerk für umweltfreundliche Verteidigung aus dem Jahr 2014 überarbeiten und das Programm Wissenschaft für Frieden und Sicherheit strategischer nutzen, um eine bessere umweltfreundliche Wehrtechnik zu entwickeln und umzusetzen.
9. Der Erhalt des **politischen Zusammenhalts und der Einheit** muss eine eindeutige Priorität für alle Verbündeten sein. Die Verbündeten auf beiden Seiten des Atlantiks müssen ihr Bekenntnis zur NATO als der zentralen Verteidigungsinstitution im euro-atlantischen Raum bekräftigen. Die Verbündeten sollten sich zu einem Verhaltenskodex verpflichten, um sowohl dem Geist als auch dem Buchstaben des Nordatlantikvertrags treu zu bleiben. Die Verbündeten sollten vereinbarte Anforderungen der Lastenteilung beibehalten und erfüllen. Die NATO sollte ihre Kernidentität als Bündnis, das in den Grundsätzen der Demokratie wurzelt, erneut bekräftigen. Außerdem sollten die Verbündeten erwägen, ein Exzellenzzentrum für demokratische Resilienz einzurichten, dessen Aufgabe es ist, einzelnen Verbündeten auf Anfrage Unterstützung zu leisten, um die Resilienz der Gesellschaft zu stärken, der Einmischung von feindlichen externen Akteuren in die Funktionsweise ihrer demokratischen Institutionen und Verfahren zu widerstehen. Kommt es zu Streitigkeiten zwischen Verbündeten, sollte der Generalsekretär weiterhin seine guten Dienste anbieten und eine engere Einbindung der anderen Verbündeten als informelle Mediatoren erwägen.
10. Die Gruppe ruft dazu auf, die **transatlantischen Konsultationen** in einer systematischen, glaubwürdigen und kraftvollen Weise zu stärken. Die Verbündeten müssen die Rolle des Nordatlantikrats als echtem Beratungsforum in wichtigen strategischen und politischen Fragen bekräftigen. Die Verbündeten sollten sich bemühen, dafür zu sorgen, dass ihre nationale Politik der Linie der von der NATO entwickelten Politik folgt. Das Bündnis sollte eine Praxis etablieren, nach der die Außenminister des Bündnisses eine regelmäßige Bewertung der politischen Gesundheit und Entwicklung des Bündnisses vornehmen. Die NATO sollte häufiger Ministertreffen abhalten und gegebenenfalls deren Format erweitern. Das Bündnis sollte die Praxis wiederaufnehmen, nach der die Anzahl der Außenministertreffen der Anzahl der Verteidigungsministertreffen entspricht und die Treffen abwechselnd im NATO-Hauptquartier und in den Hauptstädten der Verbündeten stattfinden. Die NATO sollte mehr informelle Treffen abhalten und regelmäßige Konsultationen zu Themen jenseits der traditionellen Agenda einführen, einschließlich der Treffen der Politischen Direktoren der NATO oder anderer hochrangiger Beamten zum Beispiel zu Angelegenheiten des Nahen Ostens, Afrikas und Ostasiens ebenso wie zu Cyberbedrohungen und anderen Themen, soweit erforderlich.
11. **Die NATO und die EU** sollten sich bemühen, Vertrauen und Verständnis auf höchster Ebene wieder neu zu beleben. Beim nächsten NATO-Gipfel oder der nächstmöglichen Gelegenheit wäre es hilfreich, wenn die Staats- und Regierungschefs der NATO und der EU in einer offiziellen Sondersitzung zusammenkämen, um den aktuellen Zustand ihrer Beziehungen zu analysieren und zu prüfen, in welchen Bereichen die Zusammenarbeit stärker ausgebaut werden könnte. Die beiden Organisationen sollten durch ein ständiges politisches Verbindungselement im Internationalen Stab (IS) der NATO und im Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) eine institutionalisierte Verbindung zwischen ihrem Personal schaffen. Die NATO sollte die Anstrengungen der EU mit dem Ziel einer stärkeren und leistungsfähigeren europäischen Verteidigungskapazität insofern begrüßen, als dadurch die NATO gestärkt wird, zu einer gerechten transatlantischen Lastenteilung beigetragen

wird und nicht der EU angehörende Verbündete vollumfänglich eingebunden werden. Laufende europäische Anstrengungen sollten besser genutzt werden, um den Anteil der europäischen Verbündeten an der Unterstützung der NATO-Fähigkeitsziele zu erhöhen.

12. Die NATO sollte einen grundsätzlichen Entwurf dazu machen, wie ihre **Partnerschaften** besser genutzt werden können, um die strategischen Interessen der NATO voranzubringen. Sie sollte von ihrem aktuellen nachfrageorientierten Ansatz umschwenken zu einem interessenorientierten Ansatz und erwägen, stabilere und vorhersehbarere Ressourcenströme für Partnerschaftsaktivitäten zur Verfügung zu stellen. Die Politik der offenen Tür der NATO sollte weiterverfolgt und wieder neu belebt werden. Die NATO sollte die Partnerschaften mit der Ukraine und mit Georgien ausweiten und stärken, versuchen, das Engagement mit Bosnien und Herzegowina zu erhöhen, und der Destabilisierung im Westlichen Balkan entgegenzutreten. Die NATO sollte dem Mittelmeerdialog (MD) und der Istanbuler Kooperationsinitiative (IC) durch ein verstärktes politisches Engagement, den Aufbau von Fähigkeiten und die Stärkung der Widerstandsfähigkeit neuen Antrieb geben. Sie sollte die Zusammenarbeit mit Partnern im Indo-Pazifik vertiefen, auch durch verstärkten Informationsaustausch und die Einführung von regelmäßig geführten Dialogen zur technologischen Zusammenarbeit und die Bündelung von Forschung und Entwicklung (R&D) in ausgewählten Bereichen.
13. Das Konsensprinzip ist einer der Grundpfeiler des Bündnisses. Allerdings muss die NATO sorgsam darauf achten, dass sie in der Lage bleibt, **Beschlüsse kurzfristig zu erzielen und umzusetzen**. Die NATO sollte stärker dafür sorgen, dass konsensbasierte Entscheidungen umgesetzt und nicht in den Folgearbeiten verwässert werden. Das Bündnis sollte erwägen, die Rolle des Generalsekretärs als oberstem Leiter der Organisation zu stärken, damit Beschlüsse in Routineangelegenheiten getroffen werden können und in einem frühen Stadium die Aufmerksamkeit auf schwierige Themen gelenkt werden kann. Die NATO sollte einen besser strukturierten Mechanismus zur Förderung der Bildung von Koalitionen innerhalb der Bündnisstrukturen schaffen und Möglichkeiten prüfen, den Beschlussfindungsprozess in Krisen zeitlich zu begrenzen. Um den immer häufigeren Blockaden durch einzelne Länder aufgrund von externen bilateralen Streitigkeiten zu begegnen, sollte die NATO erwägen, die Schwelle für solche Blockaden auf Ministerebene anzuheben.
14. Im Hinblick auf die **politische Struktur, die Personalausstattung und die Ressourcen** muss die NATO eine starke politische Dimension erhalten, die der Anpassung ihres militärischen Dispositivs entspricht. Die NATO sollte erwägen, die delegierten Kompetenzen des Generalsekretärs um wichtige Entscheidungen in Personalfragen und bestimmten Haushaltsangelegenheiten zu erweitern. Das Bündnis sollte eine Praxis der nach dem Outside-In-Ansatz durchgeführten Prüfungen der administrativen Funktionsabläufe in der Organisation einführen und alle fünf Jahre einen Überprüfungsprozess der Funktionsabläufe vorschreiben. Verbündete, die einen verhältnismäßig niedrigen Beitrag zum Zivilhaushalt leisten, sollten ihre nationalen Beiträge erhöhen. Die NATO sollte ein Hochschulzentrum zur Förderung künftiger Talente von außerhalb der NATO einrichten und ein Stipendienprogramm – vorläufig Harmel-Stipendienprogramm genannt – ins Leben rufen, durch das jeder Verbündete ein Stipendium für mindestens eine Person pro Jahr aus einem anderen NATO-Bündnisstaat für ein Postdoc-Studium in einer seiner führenden Universitäten finanzieren würde.

3 Analyse: Das Sicherheits- und Politikumfeld 2010-2030

3.1 Das Sicherheitsumfeld: Rückkehr der systemischen Rivalität und Anstieg globaler Bedrohungen

Das äußere Sicherheitsumfeld der NATO hat sich seit der Veröffentlichung ihres letzten Strategischen Konzepts im Jahr 2010 drastisch verändert. Im Strategischen Konzept wurde damals eine strategische Partnerschaft mit Russland empfohlen, der Terrorismus wurde lediglich am Rande erwähnt, China gar nicht. Seitdem hat es grundlegende Veränderungen im Sicherheitsumfeld der NATO gegeben, die sich im kommenden Jahrzehnt wahrscheinlich noch verstärken und intensivere Bemühungen sowohl hinsichtlich des politischen Zusammenhalts als auch der Anpassung der NATO-Strategie erfordern werden.

„Das äußere Sicherheitsumfeld der NATO hat sich seit der Veröffentlichung des Strategischen Konzepts von 2010 drastisch verändert.“

Grenzüberschreitende Bedrohungen und Gefahren stellen das Bündnis weiterhin vor eine große Herausforderung – vom Terrorismus bis hin zu den sicherheitspolitischen Herausforderungen, die sich aus Pandemien, dem Klimawandel und Migrationsströmen ergeben. Die sich wandelnden Instrumente in der Hand der Staatsmacht, beispielsweise Cyber- und Weltraumfähigkeiten, werden weiterhin das Wesen der Konflikte mitbestimmen. Dennoch ist das Hauptmerkmal des gegenwärtigen Sicherheitsumfelds die Rückkehr des geopolitischen Wettbewerbs, genauer gesagt, die Ausweitung und Eskalation von Rivalitäten und Streitigkeiten zwischen Staaten um Hoheitsgebiete, Ressourcen und Wertvorstellungen. Im euro-atlantischen Raum stellt Russland die wichtigste geopolitische Herausforderung dar. In wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht ist Russland zwar eine Macht, deren Bedeutung abnimmt; es hat jedoch klar unter Beweis gestellt, dass es zu territorialer Aggression in der Lage ist, und wird wohl auch im kommenden Jahrzehnt eine wesentliche Bedrohung für die NATO bleiben. Russland verfügt nach wie vor über umfassende konventionelle und solide nukleare Waffenbestände, die das gesamte NATO-Gebiet bedrohen, insbesondere aber dessen östliche Flanke. Bei der Beseitigung von Lücken hinsichtlich der Abschreckung und Verteidigung an dieser Flanke hat das Bündnis bereits Fortschritte erzielt. Dies muss auch künftig eine Priorität für das Bündnis bleiben. Auch in nicht kinetischen Bereichen bedroht Russland die NATO in einer Art und Weise, die die Grenzen zwischen Krieg und Frieden verwischt. Die Versuche der NATO, eine umfassende Partnerschaft aufzubauen und Russland bei der Schaffung einer euro-atlantischen Sicherheitsarchitektur für die Zeit nach dem Kalten Krieg einzubinden, wurden zurückgewiesen. Im Jahr 2014 hat Russland illegal und illegitim die Krim annektiert und Teile der östlichen Ukraine besetzt.

„Das Hauptmerkmal des gegenwärtigen Sicherheitsumfelds ist die Rückkehr des geopolitischen Wettbewerbs.“

Die russische Regierung strebt die Führungsmacht über ihre früheren sowjetischen Gebiete an, untergräbt deren Souveränität und territoriale Unversehrtheit und versucht, Ländern den Weg zu versperren, die sich der NATO annähern möchten. Während das aggressive Verhalten Russlands in der Ukraine und in Georgien anhält, hat sich Russlands selbstbewusste Vorgehensweise im Hohen Norden sowie im Nordatlantik durch eine Aufrüstung der Luft- und Seestreitkräfte in und um entscheidende maritime Engpässe der Barentssee, der Ostsee, des Schwarzen Meeres sowie des Mittelmeers verstärkt. In den drei letztgenannten Gebieten hat Russland Fähigkeiten zur Verwehrung von Gebietszugang und -nutzung (A2AD) platziert, die hybride Kriegsführung erweitert sowie Energie- und

kritische Infrastrukturen bedroht. Gleichzeitig hat Russland versucht, sich Satelliten- oder Klientelstaaten in der Nähe des NATO-Gebiets zu schaffen, auch durch so genannte eingefrorene Konflikte, sowie gegen Rüstungskontrollregimes verstoßen und somit das Ende des INF-Vertrags herbeigeführt. Ferner ist Russland bemüht, im Mittelmeerraum und in Afrika Fuß zu fassen, auch mithilfe von Stellvertretern und privaten russischen Militärunternehmen. Zusätzlich zu seinem konventionellen militärischen Bedrohungsarsenal nutzt Russland ein breites hybrides Instrumentarium, darunter offensive Cyberangriffe, staatlich sanktionierte Mordanschläge und Vergiftungen unter Rückgriff auf chemische Waffen, die Ausübung von politischem Druck und weitere Methoden, um die Souveränität der Verbündeten zu verletzen.

„Russland nutzt ein breites hybrides Instrumentarium, darunter offensive Cyberangriffe, staatlich sanktionierte Mordanschläge und Vergiftungen.“

Die Rückkehr des geostrategischen Wettbewerbs hat auch eine Vermehrung hybrider Angriffe mit sich gebracht. Diese Aktivitäten in einer Grauzone haben die Grenzen herkömmliche Konflikte verwischt. Nationale und internationale Sicherheit gehen nunmehr ineinander über. Die Trennlinie zwischen Zivilpersonen und Kämpfern verschwimmt zunehmend durch den Einsatz von Stellvertretern und privaten Militärunternehmen, durch Desinformation und Subversion. Durch all dies wird ebenso wie durch die hybriden Aktivitäten von Terrororganisationen das Ziel verfolgt, die Verbündeten durch Untergrabung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und unserer Lebensweise von innen zu schwächen und zu spalten. Daher musste die NATO immer mehr Zeit für die Entwicklung politischer und nicht politischer Instrumente zur Bekämpfung hybrider Aktivitäten aufwenden, etwa mit neuen Ansätzen bei der Zuschreibung, Abschreckung im hybriden Bereich und Kampf gegen Desinformation.

Die zunehmende Macht und selbstbewusste Haltung Chinas ist die andere große geopolitische Entwicklung, die die strategische Planung des Bündnisses verändert. Bei ihrem Londoner Treffen im Dezember 2019 haben die Staats- und Regierungschefs der NATO erklärt, dass Chinas wachsender Einfluss und seine internationale Politik sowohl Chancen als auch Herausforderungen bergen, die das Bündnis gemeinsam angehen muss. Die Herausforderung durch China ist ganz anderer Art als die russische. Im Gegensatz zu Letzterer stellt sie zum jetzigen Zeitpunkt keine direkte militärische Bedrohung für den euro-atlantischen Raum dar. Dennoch verfolgt China, gestützt auf sein wirtschaftliches und militärisches Gewicht, eine zunehmend globale strategische Agenda. Es hat seine Bereitschaft bewiesen, gewaltsam gegen Nachbarn vorzugehen und weit über den Indo-Pazifik hinaus zu Mitteln der wirtschaftlichen Druckausübung und Diplomatie der Einschüchterung zu greifen. Im Laufe des kommenden Jahrzehnts wird China sicherlich auch die Fähigkeit der NATO auf die Probe stellen, kollektive Resilienz aufzubauen, kritische Infrastrukturen zu erhalten, neuen und in der Entstehung begriffenen Technologien wie 5G zu begegnen und sensible Wirtschaftsbereiche sowie deren Lieferketten zu schützen. Längerfristig wird China seine militärische Stärke höchstwahrscheinlich weltweit entfalten wollen, voraussichtlich auch im euro-atlantischen Raum.

„China verfolgt, gestützt auf sein wirtschaftliches und militärisches Gewicht, eine zunehmend globale strategische Agenda.“

Chinas Industriepolitik und seine Strategie der militärisch-zivilen Fusion (MCF) sind zentrale Bestandteile dieser systemischen Herausforderung. Seine militärische Modernisierung in allen Bereichen, einschließlich dem der nuklearen, maritimen und Flugkörperkapazitäten, bergen neue Risiken und potenzielle Bedrohungen für das Bündnis und die strategische Stabilität. Seine Haltung zu Menschenrechten und dem Völkerrecht stellen den Grundsatz einer regelbasierten internationalen Ordnung infrage. In einigen kritischen Sektoren, etwa Telekommunikation, Weltraum, Cyberraum und

neue Technologien, gehen von China ernsthafte Gefahren aus, ebenso wie durch Desinformationskampagnen. Seit dem Ausbruch der COVID 19-Pandemie hat China in zahlreichen Staaten des Bündnisses eine Desinformationskampagne durchgeführt. Gleichzeitig hat es in umfassender Weise Diebstahl geistigen Eigentums begangen, der Auswirkungen auf die Sicherheit und den Wohlstand der Verbündeten hat, und mehrere Cyber-Angriffe auf die Regierungen und Gesellschaften von NATO-Mitgliedern durchgeführt, deren Ursprung von den Verbündeten in China gesehen wurde.

Gleichzeitig ist China aufgrund seiner Größe und wirtschaftlichen Entwicklung weltweit ein Motor für Wachstum, Handel und Investitionen sowie ein bedeutsamer Investor in vielen NATO-Ländern. Mithilfe der „Belt and Road“-Initiative, des 17+1-Formats, zahlreicher bilateraler Abkommen sowie seiner MCF-Strategie hat es begonnen, im euro-atlantischen Raum eine strategisch-kommerzielle Präsenz aufzubauen. Die Verbündeten werden sich auch weiterhin um Beziehungen zu China bemühen, wirtschaftliche und Handelsverbindungen knüpfen und in Fragen des Klimawandels und der biologischen Vielfalt mit China zusammenarbeiten wollen. Für die Chancen, Lösungen für globale Herausforderungen zu finden, wie für die Ziele für nachhaltige Entwicklung, ist Chinas Handeln von zentraler Bedeutung, da es ein Drittel der globalen Emissionen produziert und knapp die Hälfte der weltweiten Investitionen im Bereich grüne Technologie tätigt.

Eine der unmittelbarsten großen und asymmetrischen Bedrohungen für das Bündnis ist und bleibt der Terrorismus, der wiederholt innerhalb der NATO zugeschlagen hat und bei der Bevölkerung in den Bündnisstaaten für große Beunruhigung gesorgt hat. In den letzten Jahren sind die Terrorakte im euro-atlantischen Raum zwar infolge der militärischen Rückschläge, die der sogenannte „Islamische Staat in Irak und Syrien“ (ISIS), auch Daesch genannt, dank der Anstrengungen des Bündnisses erlitten hat, zurückgegangen, dennoch bleiben Anschläge durch extremistische nicht staatliche religiös oder politisch motivierte terroristische Akteure eine große Gefahrenquelle in Europa und Nordamerika und haben dramatische Folgen. Weitere Risiken gehen etwa von illegaler Massenmigration, der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen (MVW) und geopolitischen Konflikten um Ressourcen aus. Illegaler Waffen- und Drogenhandel, grenzüberschreitende organisierte Kriminalität sowie Piraterie wirken sich ebenfalls auf die Sicherheit des Bündnisses aus.

Vor dem Hintergrund des geopolitischen Wettbewerbs bleiben auch andere Bedrohungen und Herausforderungen bestehen, einige davon verstärken sich sogar. Der „Süden“ der NATO bezeichnet ein weites geographisches Gebiet, das Nordafrika sowie große Teile des Nahen Ostens umfasst und sich bis nach Afrika südlich der Sahara und Afghanistan erstreckt. Trotz der Vielfalt dieser Region sind große Teile der südlichen Nachbarschaft von Fragilität, Instabilität und fehlender Sicherheit geprägt. Die in Libyen, Irak, Syrien und Afghanistan herrschende Instabilität führt weiterhin zu illegaler Migration, deren Folgen in ganz Europa deutlich zu spüren sind, insbesondere jedoch bei den Verbündeten, die Mittelmeeranrainerstaaten sind.

Die Herausforderung im Süden liegt auch in der Präsenz Russlands und in geringerem Maße Chinas, die regionale Schwächen ausnutzen. Russland hat sich im Nahen Osten und im östlichen Mittelmeer wieder als Akteur ins Spiel gebracht. Seit seiner Intervention 2015 im syrischen Bürgerkrieg hat es diesen Schauplatz nicht wieder verlassen. Die russische Nahostpolitik dürfte die Spannungen und politischen Unruhen in der Region noch weiter verschärfen, da Russland seinen Partnern immer mehr politische, finanzielle, operative und logistische Mittel zur Verfügung stellt. Der Einfluss Chinas im Nahen Osten wächst ebenfalls. Es hat eine strategische Partnerschaft mit Iran geschlossen, ist der größte Importeur von irakischem Rohöl, hat sich in den afghanischen Friedensprozess eingebracht und ist der wichtigste ausländische Investor in der Region.

Im kommenden Jahrzehnt werden EDTs eine zunehmende Rolle im Sicherheitsumfeld spielen, sowohl im systemischen Wettbewerb als auch potenziell bei einer Verschärfung grenzüberschreitender Sicherheitsbedrohungen. Seit Gründung der NATO stand der Westen an vorderster Front bei der Erforschung und Entwicklung von für Stabilität und Sicherheit entscheidenden Innovationen. Heute jedoch wendet China, und in geringerem Maße auch Russland, erhebliche und zunehmend mehr Mittel in diesem Bereich in dem Bestreben auf, den Westen zu überholen, einschließlich durch illegalen Technologietransfer und Diebstahl geistigen Eigentums, um bereits mächtige, nicht konventionelle Instrumente noch zu verbessern. Neue Technologien werden die Art der Kriegsführung verändern und neue Angriffsformen mit Hyperschallraketen und hybriden Operationen ermöglichen. Eine wichtige Rolle spielen neue Technologien auch im Weltraum, der für die NATO zu einem Einsatzbereich geworden ist, der stetig an Bedeutung gewinnen wird, je mehr Russland und China ihre Fähigkeiten dort erweitern. Die Bevölkerung der NATO-Staaten erwarten Schutz vor neuen Bedrohungen wie Cyber-Angriffen und Desinformation und erwarten von ihren Regierungen, dass sie mit der Unterstützung der NATO Instrumente der Zuschreibung und Abschreckung entwickeln. Resilienz muss sowohl in den Gesellschaften als auch im Staat verankert sein.

„Neue Technologien werden die Art der Kriegsführung verändern und neue Angriffsmöglichkeiten mit Hyperschallraketen und hybriden Operationen hervorbringen.“

Der Klimawandel wird zu einem Bedrohungsmultiplikator, der aller Wahrscheinlichkeit nach die Ressourcenknappheit sowie die weltweite Nahrungsmittel- und Wasserunsicherheit noch beschleunigen wird. Steigende Meeresspiegel und der weltweite Rückgang der bewohnbaren Landmasse könnten zu einer Intensivierung der Migrationsströme in Richtung NATO-Gebiet führen. Mit dem Schmelzen der Polkappen und der damit einhergehenden Eröffnung neuer Transportwege, wie etwa der Nordostpassage im Hohen Norden, werden neue Wettbewerbsschauplätze entstehen, die geopolitische Rivalen unter ihre Kontrolle bringen und erschließen wollen. Da einige Verbündete das Ziel der CO₂-Neutralität anstreben, muss die NATO ihre Politik diesbezüglich weiter anpassen, beispielsweise durch die Einführung grüner Technologien.

Die COVID-19-Krise hat auf dramatische und ungeahnte Weise gezeigt, welche schädlichen Auswirkungen Pandemien nicht nur auf die öffentliche Gesundheit aller Bürgerinnen und Bürger in der NATO haben können, sondern auch auf die gesellschaftliche Widerstandsfähigkeit und Sicherheit, da sie sowohl zu einer Neuausrichtung der politischen Aufmerksamkeit und zu Ressourcenknappheit geführt als auch internationale Rivalitäten und Konfrontationen geschürt hat. Die Krise hat den digitalen Wandel in den NATO-Gesellschaften beschleunigt und könnte in den kommenden Jahren zu einer Verringerung der Verteidigungsausgaben führen.

In diesem beginnenden Jahrzehnt neuerlicher systemischer Rivalitäten und steigender grenzüberschreitender Bedrohungen und Gefahren wird eine funktionierende und stabile NATO für die Sicherheit und den Wohlstand ihrer Mitglieder umso wichtiger sein. Kein einzelner Verbündeter kann all diesen Bedrohungen alleine begegnen. Das Bündnis benötigt als Vorbereitung für das kommende Jahrzehnt eine gemeinsame Einschätzung der Bedrohungen – ebenso wie Anpassungsfähigkeit, Kreativität, Strategie und die Bereitschaft, die Lasten und Risiken zu teilen.

3.2 Das Politikumfeld: Belastungen der Bündniseinheit

Um sich an dieses veränderte Sicherheitsumfeld anzupassen, wird die NATO ihre Einheit bewahren und potentielle Hindernisse für ihr kollektives Handeln aus dem Weg räumen müssen. Die Einheit der NATO beruht auf dem unerschütterlichen geteilten Bekenntnis zu den gemeinsamen Werten, wie sie im Nordatlantikvertrag niedergelegt sind: „Demokratie, die Freiheit des Einzelnen und Rechtsstaatlichkeit.“ Die Tatsache, dass die Verbündeten über diese Grundwerte eng verbunden sind, ist der wichtigste Faktor, der sieben Jahrzehnte lang die Beständigkeit des Bündnisses sichergestellt hat. Durch seine gemeinsame demokratische Identität unterscheidet sich das Bündnis von den wesentlichen Bedrohungen und Herausforderungen, denen es gegenübersteht.

„Durch seine gemeinsame demokratische Identität unterscheidet sich das Bündnis von den wesentlichen Bedrohungen und Herausforderungen, denen es gegenübersteht.“

Wie es sich für eine Gemeinschaft von souveränen demokratischen Staaten gebührt, hat die NATO nie vollkommene Harmonie erreichen können und Zeiten der Spannungen und Divergenzen erlebt. Mitunter herrschte unter den Verbündeten in der Vergangenheit Uneinigkeit über ihre Interessen und Werte, was das Bündnis belastete. Trotzdem liegt ein weiterer Schlüssel zum Erfolg der NATO darin, dass sie auch angesichts vieler Herausforderungen widerstandsfähig geblieben ist, da die Verbündeten selbst unter schwierigen Bedingungen nicht von ihrem uneingeschränkten Bekenntnis zur gegenseitigen Verteidigung ihrer Sicherheit abweichen. Neben einem Fundament geteilter Werte steht daher die Bereitschaft, gemeinsam zu handeln.

In den letzten Jahren haben die NATO-Verbündeten eine Reihe von politischen Herausforderungen und eine Phase ungewöhnlicher Turbulenzen in den westlichen Gesellschaften erlebt. Dies war zum Teil eine Folge der Belastungen durch die weltweite Finanzkrise von 2008, die eine Infragestellung einiger Aspekte der internationalen Ordnung ausgelöst hat. Die demokratischen und internationalen Institutionen haben seitdem an Vertrauen und Glauben eingebüßt, gleichzeitig haben sich Spannungen im Handelsbereich und der Wettbewerb um Ressourcen erhöht, was durch Entwicklungen im Bereich der EDTs und die Verbreitung von Desinformationen noch verschärft wurde.

Ganz allgemein ist das Vertrauen aus der Zeit nach dem Kalten Krieg, in der man glaubte, der Siegeszug der Demokratie und der freien Marktwirtschaft würde ewig weitergehen, zugunsten einer so genannten „demokratischen Rezession“, der weltweiten Aushöhlung demokratischer Normen und dem Erstarren des Autoritarismus stark zurückgegangen. In mancherlei Hinsicht ähnelt die politische Rolle der NATO heute mehr ihrer Rolle in der Zeit vor 1989, als sie ein Bollwerk der Demokratie gegen einen autoritären Herausforderer war. Deshalb ist es unerlässlich, dass die Verbündeten, auch wenn sie heute vorsichtiger mit dem Export ihres Demokratiemodells umgehen, nicht zulassen, dass die Demokratie (bewusst oder unbewusst) untergraben wird und sich dies auch in ihrer eigenen Politik niederschlägt. Während die besondere Stärke des Bündnisses in der Vielfalt seiner Standpunkte und den unterschiedlichen politischen Strukturen liegt, hätte jegliches Abrücken vom demokratischen Kern eine zersetzende Wirkung auf die Einheit, die kollektive Verteidigung und die Sicherheit.

Im Reflexionsprozess konnte unter den nationalen Regierungen, Akteuren und Experten in Bezug auf die Natur des strategischen Umfelds und die Bedrohungseinschätzung eine starke Übereinstimmung festgestellt werden. Hingegen könnten die Art und Weise, wie die jeweiligen Verbündeten unterschiedliche Bedrohungen bewerten – und unterschiedlich gewichten – unter Umständen zu Meinungsverschiedenheiten führen. Angesichts eines künftigen Sicherheitsumfelds, das sich immer schwieriger und unvorhersehbarer gestaltet, wird die NATO noch bedachsamer und entschlossener als

bisher an der Schaffung einer gemeinsamen Basis bei der Priorisierung der Bedrohungen arbeiten müssen. Falls diese Herausforderungen nicht zum Gegenstand einer vollumfänglichen und aufrichtigen Debatte gemacht werden, besteht die Gefahr, dass das schwierige Sicherheitsumfeld Gegnern der NATO die Möglichkeit gibt, Differenzen zu schüren und das kollektive Handeln zu beeinträchtigen. Die Reaktion auf die Anschläge des 11. September, die illegale und illegitime Annexion der Krim und die Reaktion auf hybride und Cyber-Bedrohungen zeugen allerdings von der ausgeprägten Fähigkeit der NATO zur strategischen Anpassung. Auf diese Tradition muss nun, zu Beginn der 2020er-Jahre, wieder zurückgegriffen werden.

Eine weitere potentielle Belastung der Bündniseinheit ist die unterschiedlich ausgeprägte Bereitschaft der Verbündeten, nationale Mittel in den Erhalt der Verteidigungsfähigkeiten zu investieren, die die NATO zu einem wirksamen Garanten ihrer Sicherheit gemacht haben. Symbolisiert wird dieses politische Bekenntnis der Verbündeten zueinander unter anderem durch ihr 2014 anlässlich des Gipfels von Wales geleistetes Versprechen, bis 2024 zwei Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes für Verteidigung sowie zwanzig Prozent ihrer jährlichen Verteidigungsausgaben für neue Ausrüstung aufzuwenden. Dieses Versprechen stellt ein unerschütterliches Bekenntnis eines jeden Verbündeten zur kollektiven Verteidigung dar, und die Verbündeten haben seit dieser Zielsetzung beträchtliche Anstrengungen in Richtung einer gerechteren Lastenteilung geleistet. COVID-19 hat ernsthafte wirtschaftliche Probleme verursacht, die sich höchstwahrscheinlich auf die Haushaltslage aller Verbündeten auswirken wird. Gleichzeitig sind aber die Sicherheitsbedrohungen, die die Verbündeten zu höheren Verteidigungsausgaben bewogen haben, nicht verschwunden.

Die Einheit der NATO wird auch durch Streitigkeiten zwischen einzelnen Verbündeten in Mitleidenschaft gezogen. In den letzten Jahren haben einige Mitglieder ihre Differenzen zu externen Themen in die NATO hineingetragen, was mitunter den Zusammenhalt belastet und die Entscheidungsfindung erschwert hat. Lässt man zu, dass externe Streitigkeiten die Funktionsweise des Bündnisses beeinträchtigen, könnten diesem dadurch langfristige Schäden entstehen.

„Lässt man zu, dass externe Streitigkeiten die Funktionsweise des Bündnisses beeinträchtigen, könnten diesem dadurch langfristige Schäden entstehen.“

Zusätzlich zu den besonderen nationalen Interessen oder Streitigkeiten zwischen den Verbündeten muss die NATO bemühen, mit Veränderungen hinsichtlich des übergeordneten strategischen Ansatzes umzugehen, die ebenfalls Anlass zur Differenzen geben könnten. In den letzten zehn Jahre waren die Frage des Bekenntnisses der Vereinigten Staaten zur Verteidigung des europäischen Kontinents, die Frage der Auswirkungen der Entwicklung des sicherheitspolitischen Selbstverständnisses der Europäischen Union auf die Zukunft der NATO, die Frage der Bereitschaft einzelner europäischer Verbündeter, die gemeinsamen Verteidigungslasten zu teilen und die Frage des immer tieferen politischen Vordringens der Rivalen der NATO in das Hoheitsgebiet des Bündnisses prägend.

Um die Einheit zu wahren und die kollektive Weiterentwicklung zu stärken, müssen die Verbündeten ihr Bekenntnis zur politischen Identität und zu den strategischen Zielen des Bündnisses immer wieder bekräftigen und deutlich machen, sowohl durch Taten als auch durch Worte. Die NATO muss stabil genug bleiben, um eine Plattform für Meinungsverschiedenheiten zu bieten und die Vielfalt der Standpunkte und Perspektiven auszuhalten. Letztlich liegt die Verantwortung hierfür bei den Verbündeten selbst und ihrer Bereitschaft, die Konsultations- und Diskussionsmöglichkeiten zu nutzen, die das Bündnis ihnen bietet. Durch eine politische Stärkung der NATO wird das Bündnis für das nächste Jahrzehnt gewappnet sein.

4 Empfehlungen: Stärkung der Rolle der NATO, ihres Zusammenhalts und des Konsultationsprozesses

4.1 Der politische Zweck der NATO im 21. Jahrhundert

Möchte sie die Herausforderungen des kommenden Jahrzehnts bewältigen, benötigt das Atlantische Bündnis Zusammenhalt. Die Reflexionsgruppe ist der Ansicht, dass die NATO zur Erfüllung ihrer Aufgabe weiterhin die politischen Wege, Mittel und Ziele ihrer Arbeit gezielt aufwerten muss. Dies steht im Einklang mit den Ereignissen und Erfahrungen aus der Geschichte der NATO, und auch die Grundzüge des Auftrags des Generalsekretärs an die Reflexionsgruppe stimmen weitgehend mit den zwei wichtigsten politischen Dimensionen des Bündnisses aus dem Harmel-Bericht überein: Erhalt der politischen Solidarität und Streben nach einem langfristig stabilen äußeren Umfeld.

„Die NATO muss weiterhin die politischen Wege, Mittel und Ziele ihrer Arbeit gezielt aufwerten.“

Die Gruppe ist der Ansicht, dass es für die NATO von Vorteil wäre, ihre Bemühungen weiterhin proaktiv auf dieses Ziel zu richten, anstatt abzuwarten, bis politische Defizite reaktiv unter Krisenbedingungen oder unter noch unsicheren Bedingungen behoben werden. Des Weiteren meint die Gruppe, dass es für das Bündnis günstig wäre, langfristige zu planen und sich die NATO-Vision aus früheren Jahrzehnten wieder zu eigen zu machen – als Instrument der Vorbeugung, um ihr Umfeld zu gestalten, anstelle eines Instruments zur Bewältigung von Krisen, die bereits ausgebrochen sind. Ein solcher proaktiver Ansatz sollte die Überlegungen der Verbündeten hinsichtlich der Stärkung der politischen Rolle der NATO, ihres Zusammenhalts und ihrer Einheit sowie der Prozesse zur Konsultation und Entscheidungsfindung im kommenden Jahrzehnt prägen.

4.2 Die Stärkung der politischen Rolle der NATO und ihrer Instrumente angesichts sich abzeichnender Bedrohungen und Herausforderungen aus allen Richtungen

Das veränderte strategische Umfeld erfordert von der NATO, dass sie das Verständnis ihres politischen Auftrags ebenso wie die Instrumente, die sie benötigt, um ihr übergeordnetes Ziel, die Gewährleistung der kollektiven Verteidigung, zu erreichen, neu bewertet. Der Schlüssel zur politischen und strategischen Glaubwürdigkeit der NATO liegt in ihrer Fähigkeit, mit einem strategischen Umfeld Schritt zu halten, das sich auf drastische und grundlegende Weise verändert. Dies ist angesichts des Paradigmenwechsels hinsichtlich der Art und Weise, wie die Verbündeten ihre Sicherheit sehen, wichtiger denn je. Um dieses Ziel zu erreichen, werden die Verbündeten weiter dabei vorankommen müssen, sich eine strategische Denkweise anzueignen, die über die reine Risiken- und Krisenbewältigung hinausgeht. Die NATO muss sich eine geopolitische Sichtweise und eine gemeinsame Vision für die Strategie der NATO bewahren und gleichzeitig ihre Fähigkeit verbessern, die grenzüberschreitenden Bedrohungen zu erfassen und zu meistern, die ihre Umgebung langfristig prägen werden. Nur mit einem solchen klaren strategischen Rahmen wird sie in der Lage sein, die ihr zur Verfügung stehenden Ressourcen zur Gestaltung ihres äußeren Umfelds voll zu nutzen.

„Die Verbündeten müssen sich eine strategische Denkweise aneignen, die über die reine Risiken- und Krisenbewältigung hinausgeht.“

Empfehlungen:

„Die NATO muss das Strategische Konzept von 2010 aktualisieren.“

1. Die NATO muss das Strategische Konzept von 2010 aktualisieren. Dieses Dokument beschreibt das unveränderliche Ziel der NATO und ihre grundlegenden Sicherheitsaufgaben, [...] es bestimmt die zentralen Merkmale des neuen Sicherheitsumfelds, legt die Bestandteile des sicherheitspolitischen Ansatzes des Bündnisses dar und liefert einen Leitfaden zur Anpassung seiner Streitkräfte. Das aktuelle Strategische Konzept entstand im Jahr 2010, also zu einer Zeit, in der viele der entscheidenden Merkmale der heutigen Sicherheitsumgebung noch nicht existierten, insbesondere das Wiederaufflammen der Konfrontation mit Russland und die systemische Rivalität mit China. Obwohl die NATO bereits jetzt wichtige Anstrengungen zur Bewältigung dieser Bedrohungen leistet, bietet das bestehende Strategische Konzept aufgrund der anhaltenden Veränderungen des strategischen Umfelds keine geeignete Grundlage, um auf den aktuellen geopolitischen Kontext zu reagieren. Kein zeitgemäßes Strategisches Konzept zu haben, könnte den Prozess der Voraussage großer Bedrohungen behindern und das Risiko der Uneinigkeit oder Improvisation in Krisenzeiten erhöhen. Bei der Aktualisierung des Strategischen Konzepts sollte die NATO die Empfehlungen dieses Berichts sowie die folgenden Faktoren beachten:
 - Ein aktualisiertes Strategisches Konzept ist kein Allheilmittel und die Herausforderungen, vor denen die NATO steht, sind nicht auf das Fehlen eines solchen Dokuments zurückzuführen.
 - Viele Elemente des bestehenden Strategischen Konzepts, insbesondere die drei darin genannten Kernaufgaben – kollektive Verteidigung, Krisenbewältigung und kooperative Sicherheit – bleiben in hohem Maße relevant.
 - Die Entwicklung eines neuen Strategischen Konzepts sollte als Chance gesehen werden, eindeutige Prioritäten zu setzen, den Zusammenhalt dadurch zu festigen, dass das Bündnis neuen strategischen Realitäten ins Auge sieht, und die verschiedenen Bereiche der bereits erfolgten Anpassungen in ein kohärentes strategisches Gesamtbild zusammenzuführen.
 - Der Aktualisierungsprozess sollte unter der Ägide des Generalsekretärs und in Abstimmung mit den Verbündeten geführt werden und unmittelbar nach der Zustimmung durch die Staats- und Regierungschefs der NATO bei ihrem nächsten Treffen beginnen. Idealerweise sollte er nicht länger als ein Jahr dauern und auf einem klaren Zeitplan basieren, auch sollte er viele Kontaktmaßnahmen vorsehen, um eine große Vielfalt der Perspektiven abzudecken.
2. Bei der Erarbeitung eines aktualisierten Konzepts sollten die NATO-Verbündeten die Hauptergebnisse des vorliegenden Berichts berücksichtigen. Zusätzlich sollten sie Folgendes bedenken:
 - Inhalte, die beibehalten und verstärkt werden sollten:
 - die drei Kernaufgaben: kollektive Verteidigung, Krisenbewältigung und kooperative Sicherheit;
 - Rolle der NATO als einzigartiges und wichtiges transatlantisches Forum für Konsultationen zwischen den Verbündeten;
 - Stärkung der Abschreckung und Verteidigung, einschließlich der nuklearen Abschreckung im Rahmen des Gesamtdispositivs des Bündnisses, Ausstrahlen von Stabilität und Aufbau von Resilienz in allen Bereichen;
 - Rolle der Rüstungskontrolle.
 - Inhalte, die aktualisiert werden sollten:
 - Bekräftigung und Weiterentwicklung der Prinzipien, die dem NATO-Bündnis zugrunde liegen;
 - Veränderungen im geostrategischen Umfeld, einschließlich der zentralen Herausforderung durch Russland und der neuen Herausforderung durch China;
 - Stärkere Aufnahme des Terrorismus, in all seinen Erscheinungsformen und Ausprägungen, in die Kernaufgaben der NATO;
 - Berücksichtigung der wachsenden Rolle hybrider Bedrohungen durch NATO-Gegner sowie der Auswirkungen von EDTs.

3. Die NATO sollte die Schaffung einer neuen Stelle für vergleichende Analyse und Bewertung („*net assessment*“) in Betracht ziehen, die sowohl aus militärischem als auch aus zivilem Personal besteht und direkt dem Generalsekretär Bericht erstattet. Sie hätten den Auftrag, das strategische Umfeld der NATO auf bestimmte vereinbarte Bedrohungen und Herausforderungen aus dem gesamten Spektrum militärischer und nicht militärischer Instrumente zu prüfen. Eine solche Fähigkeit würde klar abgegrenzt von den Instrumenten, die die NATO in den letzten Jahren entwickelt hat, einschließlich der Abteilung für gemeinsame Nachrichtengewinnung und Sicherheit (JISD), dem Planungsstab (PPU) sowie den regelmäßigen Treffen des Führungskräftebeirats zum Zwecke der Früherkennung und strategischen Planung, diese jedoch ergänzen. Eine vergleichende Bewertungsfunktion, die in kontinuierlicher und vollständiger Absprache mit den Verbündeten erfolgt, würde eine systematische Methodik bereitstellen, die sich klar von der Früherkennung unterscheidet. Ihr Zweck wäre die Analyse der Stärken der Organisation sowie der Punkte, die die Verbündeten prüfen sollten, auf der Grundlage einer umfassenden Bewertung aller Perspektiven und Instrumente. So könnte sie unmittelbar dazu beitragen, Unterschiede in der Bedrohungseinschätzung durch die einzelnen Verbündeten zu verringern, die ein wesentliches Hindernis für den politischen Zusammenhalt darstellen.

4. Die NATO sollte eine Praxis entwickeln, durch die die anhand ihres strategischen Instrumentariums –JISD, PPU, Führungskräftebeirat und gegebenenfalls die neue Bewertungsstelle – gewonnenen Erkenntnisse besser mit den politischen Diskussionen im Nordatlantikrat verknüpft würden. Dies würde erfolgen, um den Prozess der Anpassung an ein neues strategisches Umfeld fortzusetzen, in dem politische und nicht politische Instrumente in ergänzender Weise genutzt werden müssen. Die NATO muss auf politischer Ebene ebenso gewappnet sein wie auf militärischer. Daher sollte sie im Nordatlantikrat und/oder im Militärausschuss (MC) mithilfe neuer Datentechniken und Visualisierungstechnologien eine Praxis regelmäßiger Konfliktsimulationen, vergleichender Bewertungspräsentationen und Bedrohungsszenarien einführen. Dabei sollten auch solche Szenarien vorgestellt werden, die die Auswirkungen einer etwaigen politischen Untätigkeit der NATO in einer Krise veranschaulichen.

„Die NATO sollte im Nordatlantikrat regelmäßig Konfliktsimulationen, vergleichende Bewertungspräsentationen und Bedrohungsszenarien einführen.“

Russland

Nach dem Ende des Kalten Krieges hat die NATO den Versuch unternommen, auf der Grundlage des Dialogs und der praktischen Zusammenarbeit in Bereichen gemeinsamer Interessen eine umfassende Partnerschaft mit Russland aufzubauen. Jedoch haben das aggressive Verhalten Russlands gegenüber Georgien und der Ukraine, gefolgt von seiner umfangreichen militärischen Aufrüstung und einem selbstbewussten Auftreten im Ostsee- und Schwarzmeerraum, im östlichen Mittelmeer und im Hohen Norden zu einer erheblichen Verschlechterung der Beziehungen geführt und sich negativ auf die Sicherheit des euro-atlantischen Raumes ausgewirkt. Russland führt regelmäßig militärische Einschüchterungsoperationen in unmittelbarer Nähe zur NATO durch und hat seine Reichweite sowie seine Fähigkeiten gesteigert, sodass es den Luftraum und die freie Schifffahrt im Atlantik bedrohen kann. Es hat zahlreiche wichtige internationale Verpflichtungen verletzt und eine Reihe konventioneller und nicht konventioneller Kapazitäten aufgebaut, die sowohl die Sicherheit einzelner NATO-Verbündeter als auch die Stabilität und Geschlossenheit des Bündnisses als Ganzes bedrohen. Russland hat hinreichend bewiesen, dass es fähig und bereit ist, mit militärischer Gewalt vorzugehen, und versucht nach wie vor, die Risse zwischen den Verbündeten sowie innerhalb der NATO-Gesellschaften auszunutzen. Außerdem hat es im Bündnisgebiet chemische Waffen verwendet, was zivile Opfer gefordert hat.

Nach der illegitimen und illegalen Annektierung der Krim im Jahr 2014 hat das Bündnis gegenüber der Aggression durch Russland eine geeinte Front bewahrt, sowohl in militärischer Hinsicht – mit einem verbesserten NATO-Abschreckungsdispositiv an der Ostflanke – als auch in politischer Hinsicht – mit dem Schulterschluss der Verbündeten als Reaktion auf den Nervengiftanschlag in Salisbury, dessen Drahtzieher Russland war, die Verletzung des INF-Vertrags und weitere aggressive Handlungen. 2016 und 2018 bekräftigten die Verbündeten ihre zweigleisige Politik der Abschreckung bei gleichzeitigem Erhalt der Dialogbereitschaft mit Russland im Rahmen des NATO-Russland-Rates (NRR), um einen Meinungsaustausch zur Krise in der Ukraine zu ermöglichen, und erhielten die militärischen Kommunikationskanäle mit dem Ziel aufrecht, Risiken zu mindern und Missverständnissen vorzubeugen. Bis heute haben sich allerdings Russlands anhaltende Maßnahmen der Selbstbehauptung und sein aggressives Handeln – darunter eine hybride Kampagne zur Untergrabung des Vertrauens in die demokratischen Institutionen des Bündnisses – als hartnäckige Hindernisse für einen substanziellen Dialog erwiesen. Mit Blick auf 2030 wird Russland für das Bündnis höchstwahrscheinlich die wichtigste militärische Bedrohung bleiben. Es ist in der Lage, die NATO vor vollendete Tatsachen zu stellen bzw. in Krisensituationen dauerhaften und lähmenden Druck auszuüben. Gegenüber einem solchen Akteur muss die NATO Sorgfalt und Solidarität an den Tag legen, gleichzeitig aber weiterhin die Tür für einen Dialog für den Fall offenhalten, dass die Regierenden in Russland einen konstruktiveren Weg einschlagen sollten.

Empfehlungen:

1. Als Grundlage für ihre Haltung gegenüber Russland sollte die NATO ihren zweigleisigen Ansatz aus Abschreckung und Dialog im Rahmen der bei den Gipfeltreffen in Wales und Warschau festgelegten Parameter fortführen.

„Die NATO sollte die Inhalte ihrer zweigleisigen Strategie weiterentwickeln, um sicherzustellen, dass sie weiterhin wirksam bleibt.“

2. Die NATO muss auf Bedrohungen und feindliche Aktionen Russlands weiterhin in einer politisch geeinten, entschlossenen und kohärenten Weise reagieren, ohne zu „*business as usual*“ zurückzukehren – es sei denn, Russland ändert sein aggressives Verhalten und kehrt zu einer uneingeschränkten Einhaltung des Völkerrechts zurück. Die Einheit der NATO gegenüber Russland ist das eindrucklichste Symbol des politischen Zusammenhalts, der wiederum die Grundlage effektiver Abschreckung bildet – der eindeutigste Nachweis, dass sie auf Bedrohungen mit Klarheit und Stärke antwortet.
3. Deshalb müssen die NATO-Mitglieder sich an die gemeinsamen, in der NATO vereinbarten Richtlinien halten, wenn sie auf nationaler Ebene sicherheits- und verteidigungspolitische Maßnahmen gegenüber Russland formulieren, und dabei klar und konsequent auf die Unteilbarkeit der Sicherheit des euro-atlantischen Raumes verweisen, wie einstimmig in den Gipfelerklärungen oder, wenn es sich um Cyber- oder andere Vorfälle handelt, in abgestimmter Zuschreibung ausgedrückt.
4. Die NATO muss weiterhin über angemessene konventionelle und nukleare Militärkapazitäten verfügen und die Beweglichkeit und Flexibilität besitzen, Aggressionen im gesamten Bündnisgebiet zu begegnen, auch dort, wo russische Streitkräfte entweder direkt oder indirekt tätig sind, insbesondere an der Ostflanke der NATO. Außer den Vereinigten Staaten sollten die Verbündeten ihre Bemühungen verstärken, um zu gewährleisten, dass ihre finanziellen Zusicherungen und militärischen Beiträge den strategischen Bedürfnissen der NATO entsprechen und zu einem effektiven Gleichgewicht zwischen den Zusagen der USA und dem Ausbau der Fähigkeiten der übrigen Verbündeten führen.
5. Die NATO sollte weiterhin offen dafür bleiben, über ein friedliches Miteinander zu diskutieren und positiv auf konstruktive Veränderungen in Russlands Dispositiv und Verhalten zu reagieren. Ein solcher Dialog muss, um produktiv zu sein, hinsichtlich der Prinzipien klar sein und aus einer Position der Einheit und Stärke geführt werden. Gleichwohl kann der Dialog weder die notwendige Transparenz noch die Erfüllung von Verpflichtungen ersetzen, die Russland nach dem Völkerrecht oder bilateralen Abkommen eingegangen ist, einschließlich des Verzichts auf die Anwendung von Gewalt. Daher müssen die Verbündeten weiterhin in ihren Bemühungen geeint sein, Russland zur Rückkehr zu einer uneingeschränkten Einhaltung des Völkerrechts zu bewegen, auch durch Bemühungen zur Koordinierung im Rahmen anderer internationaler Institutionen. In all ihrem Tun Russland gegenüber sollte die NATO weiterhin deutlich machen, dass sie keinen Konflikt mit der russischen Bevölkerung hat und ihr Handeln lediglich eine Reaktion auf das Handeln der derzeitigen russischen Regierung ist.
6. Das Bündnis sollte den NATO-Russland-Rat weiter als Hauptplattform zur Übermittlung politischer Botschaften an Russland nutzen. Der NRR sollte als Plattform dienen, um Russland gemeinsame Botschaften mit zweierlei Inhalt zu übermitteln: einerseits hinsichtlich der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen, andererseits zur Betonung des Bestehens des Verteidigungs- und Abschreckungsdispositivs des Bündnisses. Der Konflikt in der Ukraine sollte eine der wichtigsten Prioritäten auf der Tagesordnung des NRR bleiben.
7. Die NATO sollte weiter konfliktentschärfende und vertrauensbildende Maßnahmen entwickeln. In Bereichen, welche die Sicherheit des Bündnisses unmittelbar bedrohen, sollte sie regelmäßig mit Russland in Kontakt stehen, einschließlich der Rüstungskontrolle und militärischen Transparenz

„Die NATO muss auf Bedrohungen und feindliche Aktionen Russlands weiterhin in einer politisch geeinten, entschlossenen und kohärenten Weise reagieren.“

und des Erhalts der Kommunikationskanäle zur Vorbeugung von Missverständnissen, die eskalieren und sich zu schweren Krisen entwickeln könnten.

8. Für die Zukunft sollte die NATO Möglichkeiten prüfen, die Inhalte ihrer zweigleisigen Strategie weiterzuentwickeln, um sicherzustellen, dass sie weiterhin wirksam bleibt. Das Bündnis sollte über ein dynamisches Vorgehensschema nachdenken, das es ermöglichen würde, die für Russland entstehenden Kosten einer Aggression zu steigern (beispielsweise durch koordinierte Verschärfung statt bloßer Erneuerung der Sanktionen, je nachdem, wie Russland sich verhält, Aufdeckung der verdeckten russischen Aktivitäten in der Ukraine usw.), während gleichzeitig ein verstärktes politisches Zugehen auf Russland mit dem Ziel unterstützt werden sollte, über Maßnahmen der Rüstungskontrolle und der Risikoverringerung zu verhandeln. Eine Weiterentwicklung der Strategie in diese Richtung würde die Geschlossenheit der NATO wahren und gleichzeitig eine Perspektive eröffnen, die Pattsituation mit Russland zu überwinden, und zwar zu den Bedingungen der NATO.
9. Die NATO sollte innerhalb des JISD eine spezielle Einheit ernennen, die beobachtet und bewertet, inwiefern die russisch-chinesische Zusammenarbeit im militärischen, technologischen und politischen Bereich, einschließlich der Abstimmung bei Desinformation und hybrider Kriegsführung, die euro-atlantische Sicherheit beeinträchtigt, und dem Nordatlantikrat regelmäßig Bericht erstattet.

China

Die Macht Chinas und sein weltweiter Einfluss stellen die offenen und demokratischen Gesellschaften vor drängende Herausforderungen, insbesondere aufgrund der Entwicklung des Landes hin zu mehr Autoritarismus und der Ausweitung seiner territorialen Bestrebungen. Für die meisten Verbündeten ist China sowohl ein wirtschaftlicher Konkurrent als auch ein wichtiger Handelspartner. China ist daher am besten als systemischer Rivale im gesamten Spektrum zu begreifen und nicht als reiner Wirtschaftsteilnehmer oder lediglich auf Asien fokussierter Sicherheitsakteur. Zwar stellt China für den euro-atlantischen Raum keine mit Russland vergleichbare, unmittelbare Bedrohung dar, doch es vergrößert seine militärische Reichweite im Atlantik, im Mittelmeer und in der Arktis, vertieft seine Verteidigungsbeziehungen zu Russland und entwickelt Langstreckenflugkörper und -luftfahrzeuge, Flugzeugträger und nukleare Angriffsunterseeboote mit globaler Reichweite, umfangreiche weltraumgestützte Fähigkeiten und größere Kernwaffenbestände. Für die NATO-Verbündeten wird Chinas Einfluss in allen Bereichen immer stärker spürbar. Seine „Belt and Road“-Initiative, die Polare Seidenstraße und die Cyber-Seidenstraße sind rasch vorangekommen. Gleichzeitig erwirbt China in ganz Europa Infrastrukturen, was sich auf Kommunikation und Interoperabilität auswirken könnte. Mehrere Verbündete haben Cyberangriffe auf Akteure in China zurückgeführt, Diebstahl geistigen Eigentums mit Auswirkungen auf die Verteidigung festgestellt und sind Ziel von Desinformationskampagnen geworden, die ihren Ursprung in China hatten, insbesondere in der Zeit seit dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie. Chinas offizielle Politik umfasst den Anspruch, im Bereich der künstlichen Intelligenz bis 2030 eine globale Führungsrolle einzunehmen und bis 2049 zur weltweit führenden technologischen Supermacht aufzusteigen.

„Die Macht Chinas und sein weltweiter Einfluss stellen offene und demokratische Gesellschaften vor drängende Herausforderungen.“

Beim Londoner Treffen der Staats- und Regierungschefs der NATO im November 2019 haben die Verbündeten anerkannt, dass China sowohl

Chancen als auch Herausforderungen birgt, die als Bündnis gemeinsam angegangen werden müssen. Mit Blick auf 2030 muss die NATO eine Position der Sicherheit und Stärke einnehmen, um die Verbündeten in ihren Beziehungen zu China zu unterstützen, und ihre Mitglieder gegen jeglichen Versuch der Ausübung von Druck seitens Pekings schützen. Dafür muss China daran gehindert werden, Differenzen zwischen den Verbündeten auszunutzen. Das Bündnis muss ein besseres Verständnis der Fähigkeiten, Aktivitäten und Absichten Chinas entwickeln, die die euro-atlantische Sicherheit beeinträchtigen, und dabei klar Risiken, Bedrohungen und Chancen erkennen. Die NATO muss sich noch sehr viel intensiver bemühen, den Verbündeten dabei zu helfen, Resilienz aufzubauen und ihren technologischen Vorsprung zu bewahren bzw. kritische Schwächen zu beheben, die sich auf die Sicherheit des gesamten Bündnisses auswirken könnten. Vor allem muss sie politische Geschlossenheit an den Tag legen und weiterhin als Plattform für Konsultationen über Chinas Handeln und die Reaktionen der Verbündeten darauf dienen, um die Werte der Verbündeten sowie die internationale, regelbasierte Ordnung zu verteidigen. Gleichzeitig sollte die NATO offen sein für die Möglichkeit eines konstruktiven Dialogs mit China, wenn dies in ihrem Interesse liegt, und sollte weiterhin Chancen und Perspektiven zur Bewältigung einer Reihe globaler Herausforderungen identifizieren.

Empfehlungen:

„Die NATO sollte erwägen, ein Beratungsgremium einzurichten, um alle Aspekte der Sicherheitsinteressen der Verbündeten gegenüber China zu erörtern.“

1. Die NATO sollte ihre Fähigkeit verbessern, gegenüber China die Strategie zu koordinieren und die Sicherheit der Verbündeten zu gewährleisten. Es ist dringend erforderlich, die politische Koordination der Verbündeten innerhalb der NATO hinsichtlich derjenigen Themen zu erhöhen, bei denen Chinas Vorgehen ihren Sicherheitsinteressen zuwiderläuft. Das Bündnis sollte sich weiterhin bemühen, die durch China gestellte Herausforderung in allen vorhandenen Strukturen und Ausschüssen zu berücksichtigen, auch im Cyber- und Hybridbereich sowie in Bezug auf EDTs, den Weltraum, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung. Das Bündnis sollte erwägen, ein Beratungsgremium zur Unterstützung bestehender Bemühungen einzurichten, um Verbündete sowie nach Bedarf andere Institutionen und Partner zusammenzubringen und Informationen auszutauschen, Erfahrungen zu teilen und alle Aspekte der Sicherheitsinteressen der Verbündeten gegenüber China zu erörtern. Sollten Verbündete von China bedroht werden, muss die NATO in der Lage sein zu zeigen, dass sie ein wirksamer Akteur ist, der Schutz bietet.

2. Die NATO muss viel mehr Zeit, politische Ressourcen und Maßnahmen auf die durch China gestellten Sicherheitsherausforderungen verwenden. Dies muss auf der Grundlage einer Bewertung seiner nationalen Fähigkeiten, seines wirtschaftlichen Gewichts und der erklärten ideologischen Ziele seiner Führung erfolgen. Die NATO muss eine politische Strategie für ihre Rolle in einer Welt entwickeln, in der China bis 2030 immer mehr an Bedeutung gewinnt.

„Die NATO muss viel mehr Zeit, politische Ressourcen und Maßnahmen auf die durch China gestellten Sicherheitsherausforderungen verwenden.“

3. Die NATO muss ihre Fähigkeit ausbauen, chinesische Aktivitäten, welche die Sicherheit der Verbündeten untergraben, vorausszusehen und darauf zu reagieren. Dies sollte folgende Schritte beinhalten:
 - Austausch und Analyse der Informationen über China innerhalb der Allianz vertiefen;
 - Aufbau von Resilienz und Bekämpfung von aus China stammenden Cyberangriffen und Desinformationen fortführen;
 - Bewertung der Auswirkungen der technologischen Fähigkeitsentwicklung Chinas auf die Sicherheit der Verbündeten verstärken;
 - in ihre Fähigkeiten investieren, alle Aktivitäten Chinas zu überwachen und abzuwehren, die die kollektive Verteidigung, die militärische Einsatzfähigkeit und/oder die Resilienz im Zuständigkeitsbereich des SACEUR beeinträchtigen könnten;
 - in Zusammenarbeit mit der EU weiterhin Schwächen in Schlüsselsektoren und Lieferketten identifizieren;
 - Geschlossenheit der NATO aufrechterhalten, wenn Verbündete auf bilateraler Ebene und durch Formate wie dem 17+1-Format und der „Belt and Road“-Initiative Beziehungen mit China eingehen;
 - Anpassung an Chinas integrierte MCF-Doktrin durch die Ermutigung der Verbündeten, auf technologischer und militärischer Ebene enger mit solchen Verbündeten zusammenzuarbeiten, die anfälliger für das Vordringen Chinas sind.

4. Die NATO sollte die Perspektive des politischen Dialogs mit China zu gemeinsamen Interessen und Differenzen offenhalten, zum Beispiel im Bereich der Rüstungskontrolle. Bei Themengebieten von gemeinsamem Interesse sollte sie weiterhin Kontakte zu China pflegen und chinesische Vertreter proaktiv einbinden, wenn dies im Interesse der NATO liegt. Sie sollte offen dafür sein, sich auf unterschiedlichen Ebenen mit China einzulassen und Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu nutzen, einschließlich Überlegungen zur Einrichtung eines Mechanismus zur Konfliktschärfung auf militärischer Ebene, sollte Chinas Rolle im euro-atlantischen Raum dies rechtfertigen. In all ihrem Tun China gegenüber sollte die NATO weiterhin deutlich machen, dass sie keinen Konflikt mit der chinesischen Bevölkerung hat, dass alle ihre Handlungen defensiver Natur sind und eine Reaktion auf die erklärten Absichten oder das Handeln der derzeitigen chinesischen Regierung darstellen.

Neue und disruptive Technologien (EDTs)

Die Wahrung eines technologischen Vorsprungs ist letztlich die Grundlage für die Fähigkeit der NATO zur Abschreckung und Verteidigung angesichts potenzieller Bedrohungen. EDTs stellen für die NATO eine grundlegende Herausforderung dar – bei richtiger Nutzung jedoch auch eine Chance. Es bedarf hier eines strategischen Vorstoßes, um zu verhindern, dass Gegner einen Wettbewerbsvorteil erlangen, und ansonsten die Fähigkeit der NATO beeinträchtigt würde, auf dem Gefechtsfeld zu gewinnen, die strategische Stabilität bedroht wäre und die Grundlagen der Abschreckung verändert würden. Nicht zuletzt würde es staatlichen und sogar nicht staatlichen Akteuren, darunter gegebenenfalls Terroristen, ermöglichen, unsere Gesellschaften von innen zu bedrohen. Des Weiteren könnten EDTs den politischen Zusammenhalt der NATO untergraben, da durch sie Fragen hinsichtlich der gemeinsamen Nutzung von Technologien innerhalb des Bündnisses aufgeworfen werden, die Interoperabilität behindert wird und möglicherweise Abhängigkeiten von Rivalenstaaten begünstigt werden. Auf der anderen Seite stellen neue Technologien eine historische Chance für strategische Vorteile, beispielsweise im Umgang mit neuartigen Konfliktformen oder beim Austausch und der Analyse von Daten auf bisher unerreichtem Niveau, sowie, ganz allgemein, für die Bereicherung und Verbesserung der Gesellschaft dar.

„Neue Technologien stellen eine historische Chance für strategische Vorteile und die Bereicherung und Verbesserung der Gesellschaft dar.“

Vor diesem Hintergrund ist der Erwerb von, und der Zugang zu, EDTs in Bereichen wie „Big Data“, künstliche Intelligenz, autonome Fähigkeiten, Weltraum, Cloud-Technologien, Hyperschall und neue Raketentechnologien, Quantentechnologien und Biotechnologien sowie „Human enhancement“ (also die Erweiterung der menschlichen Fähigkeiten) für die künftige Sicherheit der NATO und ihrer Verbündeten entscheidend. Dies sollte sich daher auch in den Fähigkeiten widerspiegeln, die die NATO von ihren Mitgliedern erwartet. Grundlage hierfür sind ein gemeinsames Verständnis und ein gemeinsamer Ansatz angesichts der großen Herausforderungen, denen sich die NATO in diesem Bereich gegenüber sieht. Die NATO und ihre Verbündeten haben die tiefgreifenden Auswirkungen neuer Technologien anerkannt und beim Londoner Treffen der Staats- und Regierungschefs im Dezember 2019 den Fahrplan für neue und disruptive Technologien vorgestellt. Dennoch muss die NATO das Tempo und die Intensität ihrer politischen Fokussierung auf diesen Bereich erhöhen, wenn sie tatsächlich den Bedrohungen durch die neuen Technologien erfolgreich begegnen und gleichzeitig von ihnen profitieren möchte.

Empfehlungen:

1. Die Verbündeten sollten sich schnellstmöglich auf die Durchführungsstrategie der NATO für EDTs einigen und mit ihrer Umsetzung beginnen. Die Entwicklung und Einführung modernster Fähigkeiten ist in erster Linie Sache der nationalen Regierungen. Trotzdem muss die NATO eine wichtige Rolle bei der Förderung der Entwicklung einer gemeinsamen Strategie spielen, die auf einer bündnisweiten Einschätzung der Bedrohungen durch EDTs sowie einer Analyse der Chancen beruht, die sie bieten. So können die Mitgliedstaaten sich eine Vorstellung davon machen, wie ihre nationalen Bemühungen mit den Zielen der gemeinsamen Sicherheit zusammenpassen und wo das Bündnis von neuen Technologien profitieren kann.
2. Für das Bündnis und seine Mitglieder muss es eine strategische Priorität sein, mit den aktuellen Bemühungen großer autoritärer Staaten konkurrieren zu können, die bei wichtigen EDTs die Vorherrschaft erlangen wollen. Das Bündnis sollte seine Rolle für die Verbündeten als zentrale koordinierende Einrichtung in sicherheitsbezogenen EDTs verstärken. Auch wenn

Schlüsselbereiche der technologischen Innovation in nationale oder EU-Zuständigkeit fallen, muss die NATO eine angemessene Rolle spielen – bislang ist diese eher unzureichend – und ein Diskussionsforum zu allen Aspekten der EDTs bieten, die einen direkten Einfluss auf die Sicherheit des euro-atlantischen Raums haben.

„Die NATO sollte als zentrale koordinierende Institution für den Austausch von Informationen und die Zusammenarbeit zwischen Verbündeten bezüglich der sicherheitspolitischen Dimension von EDTs dienen.“

3. Die NATO sollte als zentrale koordinierende Einrichtung für den Austausch von Informationen und die Zusammenarbeit zwischen den Verbündeten bezüglich der sicherheitspolitischen Dimension von EDTs dienen. Derzeit existiert kein transatlantisches Koordinierungsinstrument, das diesen Zweck erfüllt. Diese Konsultationen könnten, sofern es die NATO-Sicherheit erfordert, um nicht dem Bündnis angehörende Staaten erweitert werden, die für den Austausch nachrichtendienstlicher Erkenntnisse freigegeben sind.
4. Die NATO sollte einen digitalen Gipfel der Regierungen und des Privatsektors abhalten, um Lücken in der kollektiven Verteidigungszusammenarbeit in sicherheitsrelevanten KI-Bereichen, -Strategien, -Normen sowie -Forschung und Entwicklung (R&D) auszumachen und sich gegenüber böswilliger und aggressiver KI-Nutzung, auch militärischer Art oder durch die Verbreitung des digitalen Autoritarismus, zu schützen.
5. Die NATO sollte EDTs in ihrem Verteidigungsplanungsprozess (NDPP) verankern, um sicherzustellen, dass alle Verbündeten ihre Streitkräfte angemessen modernisieren und dass die technologische Anpassung in die Evaluierung der gerechten Lastenteilung miteinbezogen wird. Der NDPP sollte vor diesem Hintergrund analysiert und gegebenenfalls angepasst werden, um die Reaktionsfähigkeiten der NATO auf Bedrohungen durch EDTs widerzuspiegeln. Angesichts der Geschwindigkeit technologischer Veränderungen sollte die NATO prüfen, ob der für die Einbindung der EDTs veranschlagte Zeitrahmen von vier Jahren verkürzt werden sollte.
6. Die NATO sollte die Einbindung von KI in die strategische und operative Planung fördern. Sie sollte die Wirkungsmacht KI-basierter Technologien nutzen, um ihre Übungen zur Szenarienplanung und ihre langfristige Einsatzbereitschaft zu verbessern.
7. Die NATO sollte zügig handeln, um die technologischen und insbesondere KI-bezogenen Kenntnisse ihrer Führungskräfte und ihres technischen Personals zu fördern:
 - Die NATO-Führung sollte notwendige technologische Veränderungen in der gesamten Organisation voranbringen. Sie muss es zu einer prioritären Aufgabe machen, in allen NATO-Abteilungen die technischen, bürokratischen und menschlichen Hürden zu verringern, die dem technologischen Wandel innerhalb der Institution im Wege stehen.
 - Die NATO sollte ein Programm zur Wissensbeschleunigung für die Führungskräfte und das Fachpersonal im gesamten NATO-Hauptquartier entwickeln. Hierfür wird es von zentraler Bedeutung sein, KI-kompetenten Nachwuchs ausbilden und einstellen zu können sowie das KI-kompetente Personal zu stärken.
 - Die NATO sollte Unternehmen aus dem Privatsektor ermitteln, die in der Anwendung neuer Technologien führend sind, und mit ihnen zusammenarbeiten, um organisatorische Hindernisse zu identifizieren (zur Ermöglichung einer horizontalen Steuerung), wobei allen Verbündeten die Teilnahme daran möglich sein sollte.

„Die NATO sollte einen digitalen Gipfel der Regierungen und des Privatsektors abhalten.“

8. Die NATO sollte ihre Zusammenarbeit mit dem Privatsektor über die „klassischen“ Partner in der wehrtechnischen Industrie hinaus erweitern und mit ausgewählten Technologie-Unternehmen eine Mentoring- und Ausbildungspartnerschaft eingehen, um tiefergehendes technologisches Fachwissen in der Organisation zu verankern. Neue NATO-Partnerschaften mit dem Privatsektor, der akademischen Welt und NGOs werden es dem Bündnis ermöglichen, das Bewusstsein für die Thematik zu schärfen, Daten zu teilen und sich auf kreative Weise Erfahrungen und Wissen zunutze zu machen.

9. Die NATO sollte einen langfristigen Plan erarbeiten, um der chinesischen MCF-Strategie in Europa entgegenzuwirken, über die China von führenden Wissenschaftlern und Forschungszentren geistiges Eigentum und technologische Neuerungen erwirbt, um seine militärischen Ziele voranzutreiben. Hierfür sind folgende Anstrengungen nötig:

- Alle Verbündeten über das Wesen der MCF-Strategie in Kenntnis setzen und die besonderen Bedrohungen für die Sicherheit des Bündnisses hervorheben;
- die Verbündeten weiterhin dazu ermutigen, Ausrüstungen und Infrastrukturen zu entwickeln, die sicher vor Eindringen von außen und im gesamten Zuständigkeitsbereich des SACEUR interoperabel sind;
- die Verbündeten weiterhin dazu ermutigen, mit anderen Verbündeten militärisch-technologische Beziehungen einzugehen. Dies ist entscheidend, um zu vermeiden, dass Verbündeten der Zugang zu Schlüsseltechnologien verwehrt wird, und sie sich deswegen an externe Quellen wenden.

„Die NATO sollte einen langfristigen Plan erarbeiten, um der chinesischen Strategie der militärisch-zivilen Fusion (MCF) in Europa entgegenzuwirken.“

10. Die NATO sollte in Erwägung ziehen, ein nordatlantisches Äquivalent zur Behörde für verteidigungsrelevante Spitzenforschung (DARPA) der Vereinigten Staaten oder dem Europäischen Verteidigungsfonds (EDF) zu entwickeln, um die gegenseitige Unterstützung der Verbündeten bei Innovationen in strategischen Bereichen zu fördern. Eine solche Stelle könnte von einem Beratungsgremium für kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) im Rahmen der NATO-Industriegeratengruppe (NIAG) unterstützt werden, welches das Bündnis über die Möglichkeiten beraten könnte, mit dem technologischen Wandel Schritt zu halten. Ein Hauptziel dieser Bemühungen sollte darin bestehen, die Entwicklung eines KI-orientierten Fahrplans für die Forschung und Entwicklung (R&D) innerhalb des Bündnisses zu fördern.

Terrorismus

Der Terrorismus hat den Tod von mehr Menschen in den Bündnisstaaten verursacht als jede andere Sicherheitsbedrohung in der Geschichte der NATO. Er stellt auch eine der drängendsten asymmetrischen Bedrohungen für die Bündnisstaaten und ihre Bürgerinnen und Bürger dar. Der Bündnisfall nach Artikel 5 wurde bislang nur einmal, und zwar als Reaktion auf einen Terroranschlag ausgerufen. Im Allgemeinen jedoch ist es bislang Terroristen aufgrund der Art ihrer Taktik möglich gewesen, unterhalb dieser Schwelle zu operieren. Das Strategische Konzept von 2010 erwähnt den Terrorismus zwar als Teil des Sicherheitsumfelds, betont aber hauptsächlich die Notwendigkeit der vertieften Analyse, der Beratungen und der Ausbildung lokaler Kräfte. Seitdem hat die NATO wichtige Fortschritte gemacht, auch durch die Annahme und spätere Aktualisierung des Aktionsplans von 2017 zur Bekämpfung des Terrorismus (CT).

Die sich ständig weiterentwickelnden Strategien und Vorgehensweisen terroristischer Netzwerke und Gruppen sowie das Aufkommen und die Verbreitung von EDTs erfordern anpassungsfähige und innovative Strategien, Mittel und Methoden der Terrorismusbekämpfung. Während die Terrorismusabwehr, wie von den Verbündeten bestätigt, weiterhin in erster Linie im Verantwortungsbereich der nationalen Behörden liegt, liefert die NATO einen Mehrwert und muss im Kampf gegen den Terrorismus eine wichtige Rolle spielen, nicht zuletzt um ihre Bedeutung im öffentlichen Bewusstsein in den betroffenen Mitgliedstaaten beizubehalten. Als Reaktion auf diese Bedrohung bleibt es von entscheidender Bedeutung, als Bündnis eine geschlossene Haltung gegenüber dem Terrorismus an den Tag zu legen. Gemeinsam mit einschlägigen Partnern sollte die NATO ihre Rolle weiterentwickeln, um sich dieser sich verändernden Bedrohung anzupassen. Die NATO muss sich primär auf die Bedrohung durch Terrorismus im euro-atlantischen Raum konzentrieren, einschließlich terroristischer Bedrohungen, die von ihrer Südflanke ausgehen. Sie sollte den Terrorismus nicht weiter als isoliertes Phänomen betrachten, sondern sich auf spezifische identifizierbare Bedrohungen für die Verbündeten konzentrieren. Gleichzeitig sollte das Bündnis auf allgemeinere globale Trends und Verbindungen zwischen terroristischen Gruppen achten, da diese oftmals Ideen, Taktiken und Technologien austauschen.

Empfehlungen:

1. Die NATO sollte die Bekämpfung des Terrorismus ausdrücklicher in ihre Kernaufgaben – kollektive Verteidigung, Krisenbewältigung und kooperative Sicherheit – aufnehmen und sie als Querschnittsaufgabe begreifen. Die Bekämpfung des Terrorismus sollte innerhalb der NATO-Strukturen einen Platz erhalten und mit den nötigen, der Bedrohung angemessenen Mitteln unterstützt werden. Gleichzeitig muss anerkannt werden, dass die Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung durch die einzelnen Verbündeten einer besseren Abstimmung bedürfen.
2. Das Bündnis sollte die Bekämpfung des Terrorismus als Teil der Diskussionen über hybride und Cyberbedrohungen verstärken und sicherstellen, dass die Bedrohung durch den Terrorismus in Übungen und Prozessen zur Auswertung von gemachten Erfahrungen aufgegriffen wird. Nach Bedarf und im Einklang mit der Bewertung der Bedrohungslage sollte es weiterhin den Aspekt der Terrorismusbekämpfung in militärische Planungsdokumente einfließen lassen, um schwere und organisierte terroristische Bedrohungen zu bekämpfen, die ihren Ursprung außerhalb des Bündnisgebiets haben.

„Die NATO sollte die Bekämpfung des Terrorismus ausdrücklicher in ihre Kernaufgaben aufnehmen.“

3. Die NATO sollte sich bemühen, die derzeitigen Praktiken des nachrichtendienstlichen Informationsaustauschs zwischen Verbündeten zu verbessern, um ein besseres gemeinsames Lagebild in Schlüsselbereichen zu erhalten, etwa bezüglich neuer Rückzugsgebiete, der Verwendung von EDTs durch Terroristen und hybrider Taktiken. Der Nordatlantikrat sollte sich aktiver mit künftigen Bedrohungsszenarien beschäftigen, um zu einer gemeinsamen Auffassung davon zu gelangen, wie sich die terroristische Bedrohung entwickelt, wie sie die Bündnisstaaten gefährdet und wie die NATO darauf reagieren sollte.
4. Die NATO sollte sich, wenn sie zusammenkommt, um über die Bedrohung durch den Terrorismus zu sprechen, auf die kürzlich erfolgte praktische Umsetzung ihrer Politik zum Thema Beweismittel an Kriegsschauplätzen stützen, um eine größere Bandbreite an Interessensgruppen aus den Mitgliedstaaten einzubeziehen. Hierzu könnten Vertreter anderer Behörden aus den Ressorts Innenpolitik, Justiz, Verkehr und Zivilschutz zählen sowie gegebenenfalls von Partnerländern und zivilgesellschaftlichen Organisationen, nicht zuletzt aus der südlichen Nachbarschaft der NATO. In diesem Sinne könnten gemeinsame Treffen der Verteidigungs- und Innenminister oder anderer einschlägiger Ministerien angestrebt werden.
5. Die NATO sollte sich mehr auf die Verwendung von EDTs durch die Verbündeten zur Bekämpfung des Terrorismus konzentrieren und dabei die kommerziell erhältlichen fortgeschrittenen Technologien im Blick haben, die von Terroristen genutzt werden, sowie die sich wandelnden Taktiken terroristischer Gruppen. Auch sollte die Entwicklung von Fähigkeiten im Bereich der Terrorismusbekämpfung weiterhin Bestandteil des NATO-Verteidigungsplanungsprozesses (NDPP) bleiben.
6. Die Bündnisstaaten sollten ihre Resilienz verbessern, indem sie ihre nationalen Fähigkeiten hinsichtlich der Zivilverteidigung und inneren Sicherheit stärken. Die Bündnisstaaten behalten zwar die primäre Verantwortung für ihre innerstaatliche Sicherheit und ihre eigene Resilienz, dennoch wäre eine entschlossenerere, besser abgestimmte und integrierte Zusammenarbeit von Vorteil, um zur Vorbereitung auf Krisensituationen mit geringer Wahrscheinlichkeit, aber schweren Auswirkungen Fähigkeiten aufzubauen und zusammenzulegen. Einzelnen Ländern, deren Fähigkeiten beispielsweise nach einem terroristischen Anschlag mit nicht konventionellen Mitteln, einschließlich chemischen, biologischen oder radiologischen Stoffen, überlastet sind, könnte die NATO Mobilisierungskapazitäten anbieten.

Der Süden

Wenn die Nachbarn der NATO sicherer sind, ist auch die NATO sicherer. Die NATO hat schon seit Langem erkannt, dass zusätzlich zu den Bedrohungen aus dem „Osten“ auch im „Süden“ Bedrohungen und diffuse Risiken für die Sicherheit der Verbündeten bestehen. Jedoch ist es immer weniger sinnvoll, zwischen diesen beiden Flanken eine klare Trennlinie ziehen zu wollen: Im Hinblick auf Russland, das im Mittelmeerraum eine immer größere Rolle spielt, sind der Süden und der Osten an ihren Rändern (und geographisch im Westlichen Balkan) miteinander verwoben. In den nächsten zehn Jahren wird es daher unabdingbar sein, bei der Sicherheit einen 360-Grad-Ansatz zu verfolgen, und der Süden wird für die NATO höchstwahrscheinlich immer mehr an Bedeutung gewinnen.

„Wenn die Nachbarn der NATO sicherer sind, ist auch die NATO sicherer.“

Eine neue und beunruhigende Entwicklung im Süden ist das Zusammentreffen von konventionellen Herausforderungen durch staatliche Akteure, insbesondere Russland und in geringerem Maße China, und wachsenden asymmetrischen Bedrohungen. Die Rückkehr geopolitischer Faktoren im Süden wird sich auf die Sicherheit des Bündnisses auswirken, da Herausforderungen, die von der südlichen Nachbarschaft der NATO ausgehen, alle Verbündeten betreffen. Im Bündnis herrscht Einigkeit darüber, dass der Ansatz für den Süden Folgendes beinhaltet: Aufbau von Fähigkeiten von südlichen Partnern und Nachbarn sowie deren Einbindung; Schärfung des Bewusstseins des Bündnisses und der Risikoüberwachung; Steigerung der Resilienz und der Reaktionsfähigkeit des Bündnisses gegenüber sicherheitspolitischen Bedrohungen und Herausforderungen aus dem Süden; gegebenenfalls Zusammenarbeit mit der EU, der Afrikanischen Union und anderen regionalen und internationalen Organisationen.

Bezüglich bestimmter sicherheitspolitischer Herausforderungen im Süden ist es zwischen einigen Verbündeten zu Differenzen gekommen. Mit ihnen sollte vorsichtig umgegangen werden, da sie ansonsten die Fähigkeit des Bündnisses, auf sicherheitspolitische Herausforderungen in der Region zu reagieren, einschränken und den Zusammenhalt gefährden könnten. Umgekehrt bietet ein stabiler Süden die Aussicht, dass die Gesellschaften und Wirtschaften dieser Region ihr riesiges schlummerndes Potenzial mit entsprechendem Nutzen für die Länder des euro-atlantischen Raums entfalten können.

Empfehlungen:

1. Die NATO muss einen konsistenten, klaren und kohärenten Ansatz für den Süden formulieren und dabei sowohl den traditionellen Bedrohungen aus dieser Region wie dem Terrorismus begegnen als auch neuen Risiken, einschließlich der immer stärkeren Präsenz Russlands und in geringerem Maße Chinas. Die Beziehungen zwischen den unterschiedlichen Rahmenwerken und Aktivitäten (Stabilität ausstrahlen, Rahmenwerk für den Süden, Aufbau von Verteidigungskapazitäten, Partnerschaften) müssen effektiver definiert werden – dabei müssen die unterschiedlichen Verantwortungsbereiche klar zugeteilt sein wie etwa in Gebieten wie der östlichen und der nördlichen Flanke.
2. Die NATO muss daher den politischen Schwerpunkt auch weiterhin auf den Ausbau der militärischen Einsatzbereitschaft und der Reaktionsfähigkeit für die Südflanke/Mittelmeerflanke legen, insbesondere durch die Überarbeitung und Fertigstellung ihrer Vorausplanungen und die Stärkung des Koordinierungszentrums für den Süden beim gemeinsamen Führungskommando des Bündnisses in Neapel (JFC Neapel). In diesem Zusammenhang muss die freie Schifffahrt im Mittelmeerraum für die Verbündeten gewährleistet bleiben. Dies ist eine Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der militärischen Einsatzfähigkeit im gesamten Bündnisgebiet.

3. Die NATO sollte ihre Verbindungen und Zusammenarbeit im Rahmen eines koordinierten Ansatzes stärken, insbesondere mit der EU. Die maritime Sicherheit ist ein Aspekt dieser vertieften Zusammenarbeit, wobei die NATO bei der Gewährleistung der freien Schifffahrt der Hauptakteur bleiben muss. Sie sollte stärker mit Partnern im Süden, mit regionalen Organisationen wie der Afrikanischen Union (AU), der Liga der Arabischen Staaten (LA), der Organisation der Islamischen Zusammenarbeit (OIC) sowie dem Kooperationsrat der Arabischen Golfstaaten (GCC) zusammenarbeiten und regelmäßigen Kontakt zu internationalen Organisationen pflegen, einschließlich der Vereinten Nationen, um in der gesamten Region ein kooperatives Sicherheitsnetzwerk aufzubauen.

4. Die NATO sollte häufiger politische Konsultationen zum Süden abhalten, auch auf der Ebene des Nordatlantikrats. Verbündete mit Spezialwissen und/oder größerem Engagement sollten gebeten werden, dem Nordatlantikrat häufiger zu berichten. Die NATO muss die Auswirkungen der Präsenz, Interessen und Aktivitäten Russlands und Chinas stärker in ihre eigenen Zielsetzungen, Verpflichtungen und Handlungen im Süden einbeziehen. In diesem Zusammenhang sollte die Russlandpolitik der NATO um eine mediterrane Komponente erweitert werden.

Rüstungskontrolle und nukleare Abschreckung

Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung spielen eine wichtige Rolle bei der Förderung des Friedens im euro-atlantischen Raum und dem Erhalt einer stabilen internationalen Ordnung. Über viele Jahre hat die NATO aktiv zu wirksamen und nachprüfbareren Anstrengungen im Bereich der Rüstungskontrolle und Abrüstung beigetragen, nicht nur als Bündnis, sondern auch durch die Bemühungen ihrer einzelnen Mitglieder. Auch jenseits des Kalten Krieges haben die Verbündeten längst die Gefahr erkannt, die von der Nutzung von Massenvernichtungswaffen (MVW) und ihren Trägersystemen durch staatliche wie nicht staatliche Akteure ausgeht.

In den letzten Jahren haben sich die traditionellen Strukturen der Rüstungskontrolle im euro-atlantischen Raum deutlich verringert, während mögliche NATO-Gegner stark aufgerüstet und ein gefährliches Verhalten an den Tag gelegt haben, darunter auch durch provokative Manöver in der Luft und zur See. Zentrale Säulen der Rüstungskontrollarchitektur wurden durch Russland manipuliert und wiederholt verletzt: sein Verstoß gegen den INF-Vertrag durch den Bau und die Stationierung von Flugkörpern, seine sogenannte „Aussetzung“ des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE), sein Umgehen des Wiener Dokuments, sein wiederholter Missbrauch des Vertrags über den Offenen Himmel, seine Aufhebung und Abwertung der Sicherheitsgarantien der Budapester Erklärung und seine Verletzungen des Chemiewaffenübereinkommens (CWÜ), auch durch den Gebrauch von Nervengiften im Bündnisgebiet. Daneben stößt Russland im Bereich der unregulierten neuen Technologien vor, es hat seinen Bestand an doppel-einsatzfähigen Präzisionsraketen stark erweitert und in neuen Regionen (Hoher Norden, Krim, Kaliningrad) modernste Waffentechnik stationiert. Bis 2030 wird Russland den laufenden umfassenden Modernisierungszyklus seiner nuklearen Kräfte höchstwahrscheinlich zum Abschluss gebracht haben. Diese Kräfte stellen im Verbund mit den modernisierten konventionellen russischen Kräften eine ernsthafte Bedrohung für die NATO-Verbündeten dar. Ganz allgemein unterstreicht das internationale strategische Umfeld die Notwendigkeit einer wirksameren Rüstungskontrolle. Die NATO-Verbündeten müssen außerdem die Auswirkungen der Modernisierung und Erweiterung der nuklearen und konventionellen Kräfte Chinas berücksichtigen. China besitzt eine immer größere Zahl an Langstreckenwaffensystemen, die für den euro-atlantischen Raum von immer größerer Bedeutung sind, und arbeitet verstärkt an neuen Technologien. Auch wenn das Verhalten Chinas besorgniserregend ist, ändert es nichts an den Gründen für bestehende oder neue Vereinbarungen mit Russland. Schließlich haben wir im vergangenen Jahrzehnt eine steigende Tendenz beim Einsatz chemischer Waffen erlebt.

All dies birgt ernste Risiken für die internationale Sicherheit und betrifft auch den transatlantischen Raum. In einem solchen Umfeld spielt die Rüstungskontrolle eine wichtige Rolle. Wir unterstreichen jedoch auch, dass die NATO bei der konventionellen und der nuklearen Abschreckung und Verteidigung weiterhin eine entscheidende Rolle spielen muss, sowohl durch die Waffenbestände der Verbündeten als auch durch die Vorwärtsdislozierung der Vereinigten Staaten in Europa. Seit Gründung der NATO bilden Kernwaffen einen entscheidenden Pfeiler ihrer kollektiven Verteidigung. Darüber hinaus sind Übereinkünfte zur nuklearen Teilhabe von entscheidender Bedeutung für die Beziehungen innerhalb des Bündnisses und sollten weiterhin ein Hauptbestandteil der Sicherheitsgarantien und der Unteilbarkeit der Sicherheit im gesamten euro-atlantischen Raum bleiben. Zusätzlich muss die NATO neuen Formen der Rüstungskontrolle mehr politische Aufmerksamkeit widmen und bei Bedarf einen proaktiveren Ansatz bezüglich der Regulierung neuer Technologien wählen.

Empfehlungen:

1. Hiermit bekräftigen wir die grundlegende Logik, die die NATO mindestens seit 1957 verfolgt und die im Harmel-Bericht von 1967 festgeschrieben ist: ein zweigleisiger Ansatz aus wirksamer Abschreckung und Verteidigung gekoppelt mit Bemühungen zur Risikominderung. Angesichts des Zerfalls des Rüstungskontrolltechnischen Rahmenwerks des Kalten Krieges ist es von maßgeblicher Bedeutung, im 21. Jahrhundert die nukleare Abschreckung sowie konventionelle Verteidigungsfähigkeiten als Sockel der NATO-Sicherheit fortzuführen. Die NATO sollte ihre Unterstützung für einen Rüstungskontrollprozess sowie den entscheidenden Wert einer wirksamen nuklearen Abschreckung bekräftigen.

„Es ist von maßgeblicher Bedeutung, die nukleare Abschreckung sowie konventionelle Verteidigungsfähigkeiten fortzuführen.“

Empfehlungen zur Rüstungskontrolle

2. Die NATO sollte eine stärkere Rolle als Forum zur Diskussion von Herausforderungen für bestehende Mechanismen und zur Konsultation über künftige Übereinkünfte zur Rüstungskontrolle spielen. Da die Bemühungen zur nuklearen Abschreckung und Rüstungskontrolle der Sicherheit des gesamten euro-atlantischen Raumes dienen, sollte die NATO regelmäßiger genutzt werden, um die Meinung der einzelnen Verbündeten zu diesen Fragen zu besprechen und somit ein gemeinsames Verständnis und einen einheitlichen Standpunkt zu erreichen. Ziel dabei ist es, die Standpunkte der Verbündeten und gleichgesinnter Länder in den VN und der OSZE sowie anderen einschlägigen internationalen Formaten (z. B. Haager Verhaltenskodex) einzubringen.

„Die NATO sollte eine stärkere Rolle als Forum zur Diskussion über Übereinkünfte zur Rüstungskontrolle spielen.“

3. Die NATO-Verbündeten sollten den politischen Druck auf Russland aufrechterhalten, zur Einhaltung bestehender Übereinkünfte zur Rüstungskontrolle zurückzukehren. Die Verbündeten müssen konsequent die Botschaft vermitteln, dass Kernwaffen nicht als Instrument eingesetzt werden dürfen, um einen Keil zwischen die Verbündeten zu treiben und Druck auf unsere Partner auszuüben. Konsultationen zwischen den Verbündeten sollten gefördert werden, insbesondere, wenn einzelne Verbündete solche Versuche beobachten.
4. Die NATO sollte die Verbündeten dazu ermutigen, auf der Grundlage vergangener Erfahrungen wirksame Verifikationsregimes zu stärken, und Überwachungs- und Umsetzungsmechanismen ermöglichen. Bei allen erneuerten oder neuen Übereinkünften sollten die Verbündeten dem technischen Fortschritt Rechnung tragen, einschließlich neuartiger Trägersystemen. Die Verbündeten sollten untersuchen, inwiefern wissenschaftliche Erkenntnisse und neue Technologien einen Beitrag zu den Rüstungskontrollregimes des 21. Jahrhunderts leisten können.
5. Die NATO sollte eine historische Überprüfung des erfolgreichen Ansatzes des Bündnisses hinsichtlich der nuklearen Entspannungs- und Abschreckungspolitik während des Kalten Krieges vornehmen, um zu ermitteln, welche Methoden in Zeiten verschärfter Spannungen am besten funktioniert haben, wobei einschlägige Erfahrungen aus der Vergangenheit an das gegenwärtige Umfeld angepasst werden sollten.

6. Die NATO-Verbündeten und die Partnernationen sollten ihr uneingeschränktes Bekenntnis zu den Bestimmungen des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) bekräftigen und die Notwendigkeit einer vollständigen Umsetzung des Vertrags in all seinen Aspekten betonen, einschließlich durch Iran und Nordkorea. Die Verbündeten sollten außerdem ihren Standpunkt zum Vertrag über das Verbot von Atomwaffen (AVV) in Erinnerung rufen, nämlich, dass dieser weder zu faktischer Abrüstung führen noch einen Einfluss auf das Völkerrecht haben wird. Die NATO sollte Verträge zur Rüstungskontrolle begrüßen, die das strategische Rüstungsgleichgewicht regulieren, wie etwa der neue START-Vertrag oder, im europäischen Kontext, ein angepasster INF-Vertrag. Solche Verträge müssen aktuelle strategische Realitäten widerspiegeln.
7. Die Verbündeten sollten wachsam sein und geeint die kürzlich erfolgten Einsätze chemischer Waffen durch Syrien, Russland, Nordkorea und terroristische Organisationen verurteilen und die Urheber dieser Vorfälle, Gräueltaten, welche die internationale Norm gegen Chemiewaffen untergraben, zur Rechenschaft ziehen. Die Verbündeten sollten der Entwicklung einer gemeinsamen Politik der Abschreckung und Reaktion auf den Einsatz chemischer Waffen mehr Aufmerksamkeit widmen, um den Schutz der NATO-Verbündeten und ihrer Streitkräfte vor diesen Waffen sicherzustellen und das internationale System (Organisation für das Verbot chemischer Waffen, OVCW) zu stärken, damit eine zügige und korrekte Zuordnung sowie wirksame Reaktionsmechanismen gewährleistet sind.
8. China muss in möglichen künftigen Verhandlungen zur Rüstungskontrolle berücksichtigt werden, insbesondere im Zusammenhang mit Kernwaffen und ballistischen Flugkörpern. Das Bündnis sollte China dazu ermutigen, sich zu umfassenden und nachprüfbaren Maßnahmen zur Rüstungskontrolle zu verpflichten, um die Möglichkeit eines Wettrüstens in Asien und darüber hinaus zu verringern. Um dieses Ziel zu erreichen, sind eine verstärkte Überwachung sowie definierte Regeln für EDTs von wesentlicher Bedeutung.
9. Die NATO sollte einen Fahrplan für die internationale Rüstungskontrolle in Schlüsselbereichen der EDTs entwickeln, die auch militärisch genutzt werden können. Dieser sollte einerseits auch diejenigen Technologien beinhalten, die für die Verteidigungsfähigkeiten der Verbündeten nützlich sein könnten, gleichzeitig sollte der Zugang unserer Gegner zu Technologien beschränkt werden, die im kommenden Jahrzehnt die strategische Stabilität bedrohen könnten. Dieses Vorhaben sollte sich in etwa an der Rolle orientieren, die die NATO als Treiber für die Entwicklung von Plattformen zur Rüstungskontrolle gespielt hat, wie die Anstrengungen zum gegenseitigen ausgewogenen Truppenabbau in den 1970er Jahren, die schließlich zum Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa geführt haben.

Empfehlungen zur nuklearen Abschreckung

10. Im Lichte des Zerfalls des rüstungskontrolltechnischen Rahmenwerks des Kalten Krieges ist es von maßgeblicher Bedeutung, im 21. Jahrhundert die nukleare Abschreckung sowie konventionelle Verteidigungsfähigkeiten als Sockel unserer Sicherheit zu erhalten. Die NATO sollte ihr Verteidigungs- und Abschreckungsdispositiv für die Zeit nach dem INF-Vertrag weiter anpassen, um der Bedrohung durch Russlands bisherige und neue militärische Fähigkeiten Rechnung zu tragen.
11. Die NATO sollte Übereinkünfte zur nuklearen Teilhabe fortführen und wiederbeleben, die im Verbund mit einer wirksamen konventionellen Verteidigung und den unabhängigen Rüstungsbeständen der USA, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs ein wesentlicher Bestandteil der NATO-Abschreckungspolitik sind. Die nukleare Teilhabe steht im Einklang mit dem NVV und gewährleistet

den politischen Zusammenhalt aller Staaten, indem sie Sicherheitsgarantien bietet und einen Anstieg der Zahl unabhängiger Kernwaffenbestände verhindert. Der politische Wert dieser Verpflichtung ist ebenso wichtig wie ihr militärischer Wert.

12. Die NATO sollte die Schlüsselrolle ihrer nuklearen Abschreckungspolitik für die Gewährleistung der Sicherheit der Verbündeten und ihrer Bevölkerungen besser nach außen kommunizieren, ihre Werte und Grundsätze mitteilen, um gegnerische Bestrebungen zur Untergrabung dieser lebenswichtigen Politik wirksam abzuwehren. Sie sollte systematisch den Kontakt zur Fachwelt und zur Zivilgesellschaft suchen und diese informieren, unter anderem über den Inhalt der russischen Nukleardoktrin und die Fähigkeiten Russlands.

Energiesicherheit

Die Verbündeten erkennen den Bereich der Energiesicherheit als Teil ihrer gemeinsamen Sicherheit an. Eine Unterbrechung der Energieversorgung könnte die Sicherheit der Verbündeten und ihrer Partner gefährden und die militärischen Operationen der NATO beeinträchtigen. Die Energiesicherheit ist zudem ein zentraler Bestandteil der verbesserten Resilienz des Bündnisses und der anhaltenden Anstrengungen zur Abwehr hybrider Kriegsführung. Zwar liegt die Energiesicherheit in erster Linie in nationaler Zuständigkeit, jedoch ist dieses Gebiet für die NATO von entscheidendem Interesse, weshalb das Bündnis es fortwährend beobachten und im Rahmen seiner Möglichkeiten und Fähigkeiten einen Mehrwert einbringen sollte. Der Wettbewerb um knappe Energieressourcen wird sich im kommenden Jahrzehnt nur verschärfen. Angesichts der möglichen Auswirkungen auf die Verbündeten sollte die Energiesicherheit bei Bedarf Gegenstand fortwährender Beobachtung, Bewertung und Beratung unter den Verbündeten sein.

Die Energiepolitik der NATO ist von der Entwicklung der weltweiten Energielandschaft beeinflusst worden. Beispiele aus der Vergangenheit zeigen, dass die Energie von möglichen Gegnern als außenpolitisches Mittel eingesetzt werden kann und zum Instrumentarium ihrer hybriden Aktivitäten gehört. Die Energiewirtschaft zählt zu den Hauptzielen von Cyberangriffen. Eine stabile und zuverlässige Energieversorgung durch Diversifizierung der Versorgungswege, Lieferanten und Energieressourcen und die Verbundfähigkeit von Energienetzen sind von entscheidender Bedeutung und tragen zu erhöhter Widerstandsfähigkeit bei. Für die NATO und die Verbündeten ist es wichtig, die Energieversorgung militärischer Operationen zu gewährleisten.

Vor diesem Hintergrund sollte die NATO weiterhin zur Verbesserung des Lagebilds und zum Risikoverständnis beitragen, sie sollte die Verbündeten auf deren Ersuchen beim Schutz kritischer Infrastruktur unterstützen und bei der Stärkung der Bündnisresilienz Hilfestellung leisten, auch im Cyberraum, und sicherstellen, dass die Streitkräfte der Verbündeten jederzeit Zugang zu den nötigen Energieressourcen haben.

Empfehlungen:

1. Die Verbündeten sollten ihre politischen Beratungen auf strategischer Ebene zu Fragen der Energiesicherheit in all ihren Aspekten vertiefen, gegebenenfalls unter Beteiligung der wichtigsten Interessensgruppen wie der Internationalen Energie-Agentur.
2. Die Verbündeten sollten ihre jeweiligen nationalen Pläne zur Energiesicherheit unter dem Aspekt der Sicherheit anderer Verbündeter prüfen und versuchen, Handlungen in diesem Bereich zu vermeiden, die die Anfälligkeit besagter Verbündeter für Manipulationen erhöhen könnten, etwa durch politische Erpressung oder Unterbrechung der Versorgung.
3. Die NATO sollte sicherstellen, dass die Energiesicherheit zu einem wesentlichen Schwerpunkt der Zusammenarbeit mit Partnern wird, die entweder selbst Energieerzeuger oder Transitländer sind.
4. Die Verbündeten sollten sich in systematischerer Weise mit dem Zusammenhang zwischen Energiesicherheit und hybriden Taktiken befassen, auch indem sie diese in ihren politischen Konsultationen und szenarienbasierten Gesprächen berücksichtigen. Die NATO muss diese Überlegungen zur Energiesicherheit in ihre regelmäßigen Übungen und ihre Verteidigungspläne einfließen lassen.

5. Die Verbündeten sollten ihr Lagebild durch den Austausch nachrichtendienstlicher Erkenntnisse und Beratungen mit externen Experten zu der Entwicklung im Bereich Energie verbessern, sie sollten den Schutz kritischer Energieinfrastrukturen durch den Austausch bewährter Praktiken unter Experten unterstützen und Schulungsmaßnahmen mit Beteiligung des NATO-Programms Wissenschaft für Frieden und Sicherheit sowie NATO-Stellen wie das Kompetenzzentrum für Energiesicherheit in Litauen und des NATO-ICI-Regionalzentrums in Kuwait veranstalten.
6. Die NATO sollte die Energiesicherheit unter dem Gesichtspunkt der Abschreckung und Verteidigung des Bündnisses einer jährlichen Bewertung unterziehen, die beispielsweise den Zustand der Energieinfrastruktur sowie die Möglichkeiten, in Krisenzeiten auf zivile Quellen zurückzugreifen, berücksichtigen sollte.
7. Die NATO sollte in der Lage sein, ihren Fahrplan zu „intelligenter Energie“ fortzuentwickeln, dessen Ziel die Verbesserung der Energieeffizienz im militärischen Bereich ist, indem sie weiterhin die einschlägigen Aspekte dieser Frage in den NATO-Verteidigungsplanungsprozess einfließen lässt.
8. Die NATO sollte sich der Bedeutung der Gewährleistung einer ununterbrochenen Versorgung mit den erforderlichen Energieressourcen und der Verfügbarkeit von Infrastrukturen bewusst bleiben, um die Kontinuität von auf Artikel 5 beruhenden und nicht auf Artikel 5 beruhenden Operationen sicherzustellen.

Klima und umweltfreundliche Verteidigung

Der Klimawandel ist eine der entscheidenden Herausforderungen unserer Zeit und hat gravierende Folgen für die Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen von allen dreißig Verbündeten. Zwar sind andere internationale Organisationen besser für eine Führungsrolle im Kampf gegen den Klimawandel ausgestattet, jedoch muss die NATO in denjenigen Bereichen eine wichtige Rolle spielen, in denen der Klimawandel nachweislich Auswirkungen auf die Sicherheit der Verbündeten hat und die Sicherheitsbedingungen prägt, unter denen die NATO und ihre Gegner operieren. Eine NATO, die im Hinblick auf die Sorgen ihrer Mitglieder und Bürger dauerhaft eine relevante Größe sein möchte, sollte den Klimawandel verstehen und im Rahmen ihrer Möglichkeiten bekämpfen, ohne dabei ihre Kernaufgaben zu verwässern.

Das Strategische Konzept von 2010 besagt, dass der Klimawandel ein Faktor ist, der das Sicherheitsumfeld der NATO beeinflusst. Seine Auswirkungen zeigen sich unter anderem an der Intensität des geopolitischen Wettbewerbs, der Frage der Freiheit der Schifffahrt im Hohen Norden

„Die Verbündeten sollten in grüne Technologien investieren, um letztlich ihre militärische Wirksamkeit zu verbessern und Wettbewerbsvorteile zu bewahren.“

und den Migrationsströmen aus dem Süden, die allesamt zentrale Interessen der Verbündeten berühren. 2014 hat die NATO das Rahmenwerk für umweltfreundliche Verteidigung angenommen, mit dem sie die ökologische Bilanz ihrer militärischen Operationen verbessern und ihre Resilienz durch Investitionen im Bereich grüne Technologien steigern möchte, um den Treibstoffverbrauch, die Energieabhängigkeiten, den ökologischen Fußabdruck der Missionen sowie lange,

angreifbare Versorgungswege zu reduzieren. Die Verringerung von Emissionen und andere Schritte zur Bekämpfung des Klimawandels liegen im nationalen Verantwortungsbereich. Nichtsdestoweniger sollte die NATO weiterhin Maßnahmen zum Umweltschutz ergreifen, die Folgen ihrer eigenen Aktivitäten auf das Klima bedenken und diese Auswirkungen im Rahmen ihrer Möglichkeiten begrenzen. Hierfür sollte sie die Verbündeten dazu ermutigen, wenn möglich und ohne dadurch ihre Reaktionsfähigkeit zu untergraben, in grüne Technologien mit dem Ziel zu investieren, ihre militärische Wirksamkeit zu verbessern und Wettbewerbsvorteile gegenüber systemischen Gegnern zu bewahren.

Empfehlungen:

1. Die NATO sollte bekräftigen, dass der Klimawandel ihr Sicherheitsumfeld prägt und weiterhin prägen wird, und sicherstellen, dass diese Tatsache bei der Erarbeitung künftiger Strategiepapiere berücksichtigt wird.
2. Die NATO sollte ihr Lagebild im Hohen Norden und in der Arktis verbessern und im Hinblick auf den Teil des Hohen Nordens, der im Zuständigkeitsbereich des SACEUR liegt, eine Strategie entwickeln, die umfassendere Abschreckungs- und Verteidigungspläne vorsieht. Diese regionale Strategie sollte in enger Zusammenarbeit mit den Arktis-Anrainerstaaten unter den NATO-Verbündeten entwickelt werden und deren Standpunkte besonders berücksichtigen. Sie sollte Pläne zur Gewährleistung der freien Schifffahrt im Hohen Norden und in angrenzenden Gewässern enthalten, einschließlich des Nordatlantiks, sowie Bestimmungen zur Reaktion auf aggressive Maßnahmen staatlicher Akteure. Zur Unterstützung dieser Bemühungen sollte die Maritime Strategie des Bündnisses von 2011 aktualisiert werden, um neue Bedrohungen für die transatlantische Kommunikation sowie den Wunsch der NATO, die Arktis bzw. den Hohen Norden als spannungsarme Region zu erhalten, widerzuspiegeln.

3. Die NATO sollte die Folgen des Klimawandels für die Sicherheit im kommenden Jahrzehnt überwachen und bewerten und sich ein besseres Lagebild der Bedrohungen verschaffen, die aufgrund immer stärkerer Aktivität und größerer Freiheit der Schifffahrt entstehen könnten. Zur Unterstützung dieser Zielsetzung sollte die NATO ihr Lagebewusstsein verbessern, die Frühwarnung und den Austausch von Informationen zu den Bereichen Klima und Sicherheit vorantreiben, auch indem die Verbündeten die Frage der Einrichtung eines Exzellenzzentrums zu Klima und Sicherheit beziehungsweise die Erweiterung des NATO-Exzellenzzentrums für Energiesicherheit um eine Klimakomponente prüfen.
4. Die NATO sollte die Bemühungen des Generalsekretärs weiterführen, den Klimawandel und andere nicht militärische Bedrohungen wie Pandemien in die Planung, Übungen, Beratungen und Gespräche der NATO zur Widerstandsfähigkeit und Krisenbewältigung einzubeziehen. Sie sollte auch darüber nachdenken, wie das Bündnis dazu beitragen kann, seine Operationen widerstandsfähiger zu machen, auch durch eine verbesserte Wetterbeständigkeit der Energie- und Telekommunikationsnetze.
5. Die NATO sollte ihr Rahmenwerk für umweltfreundliche Verteidigung von 2014 im Lichte veränderter Herausforderungen und neuer grüner Technologien neu beleben, neu bewerten und überarbeiten. Der Schwerpunkt sollte dabei auf dem Zusammenhang von Klimawandel und Sicherheit liegen, und auf der Betonung der Tatsache, dass die Anstrengungen zur Bekämpfung des Klimawandels die militärische Reaktionsfähigkeit und Kapazitäten stärken und nicht untergraben. Hierfür sollte die NATO diejenigen neuen grünen Technologien erfassen, mithilfe derer der Wettbewerbsvorsprung des Bündnisses gegenüber Gegnern gesichert werden könnte, und die Verbündeten dazu ermutigen, derartigen Investitionen entsprechend den Vorzug zu geben.
6. Die NATO sollte das Programm Wissenschaft für Frieden und Sicherheit strategischer nutzen, um die Entwicklung und Umsetzung besserer grüner Technologien und intelligenter Energie voranzutreiben, auch durch Solarmodule und Biokraftstoffe. Zum selben Zweck sollte sie mit ausgewählten Partnern eine gezielte Zusammenarbeit ins Leben rufen.

Menschliche Sicherheit sowie Frauen, Frieden und Sicherheit

In den letzten Jahren hat die NATO einen Fahrplan zur menschlichen Sicherheit erarbeitet, dessen Ziel der Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten, die Bekämpfung von Menschenhandel und die Verhütung und Bewältigung konfliktbezogener sexueller Gewalt ist. Auf der Grundlage der Lehren aus den in Afghanistan gemachten Erfahrungen soll auch die menschliche Dimension von Sicherheit (einschließlich Erwägungen operativer, moralischer, politischer und rechtlicher Art) in NATO-Operationen einbezogen werden.

Gleichzeitig arbeitet die NATO seit der Verabschiedung der Resolution 1325 des VN-Sicherheitsrats im Jahr 2000 und ihrer Folgeresolutionen daran, die Agenda zu Frauen, Frieden und Sicherheit (WPS) im Rahmen ihrer Operationen und Aktivitäten zur Terrorismusbekämpfung zu berücksichtigen und sie bei ihren drei Kernaufgaben sowie als integralen Bestandteil ihrer Grundsätze und ihrer Planung einzubeziehen. Diese Maßnahmen erlauben es der NATO, zusammen mit den Bemühungen zur Gewährleistung der Diversität des Personals, auf kreativere und umfassendere Weise über den Wandel sicherheitspolitischer Herausforderungen nachzudenken, den Wert des Bündnisses sowie seine Relevanz für Bürgerinnen und Bürgern zu steigern, das Umfeld, in dem es agiert, und die möglichen Auswirkungen seiner Politik und seiner Programme besser zu verstehen und vor Ort strategische und operative Wirksamkeit zu gewährleisten. Grundsätzlich unterscheidet sich die NATO durch die Betonung des Wertes der menschlichen Würde und Sicherheit von autoritären Gegnern und terroristischen Gruppen, die weltweit zu denjenigen gehören, die Menschenrechte verletzen.

„Die Betonung des Wertes der menschlichen Würde und Sicherheit unterscheidet die NATO von autoritären Gegnern.“

Empfehlungen:

1. Die NATO sollte den Aspekt der menschlichen Sicherheit in die Erarbeitung künftiger Strategiepapiere einfließen lassen und im Hinblick auf Priorisierung, Umsetzung und Ressourcen klarstellen, in welchem Zusammenhang er zur Kernaufgabe und zu den Hauptzielen der NATO steht.
2. Auf der Grundlage der Einsatzerfahrungen der letzten Jahre in Afghanistan und in Irak sollte die NATO Übungen durchführen, um zu ermitteln, wo bei ihrer Herangehensweise für das zivile Umfeld Verbesserungs- oder Erweiterungsbedarf besteht. Während militärische Notwendigkeiten weiterhin Vorrang haben, sollte sie ihre Streitkräfte besser für die Notwendigkeit sensibilisieren, schwache Bevölkerungsgruppen und Stätten zu schützen.
3. Die Sonderbeauftragte für Frauen, Frieden und Sicherheit sollte die Verbündeten dazu ermutigen, der WPS-Agenda besondere Aufmerksamkeit zu widmen, unter anderem durch die Förderung des Austauschs bewährter Praktiken unter den NATO-Verbündeten. Der Generalsekretär sollte Fortschritte in diesem Bereich im Jahresbericht zur Lage des Bündnisses aufnehmen.
4. Die Abteilung für Public Diplomacy (PDD) der NATO sollte die fortgesetzten Bemühungen der NATO im Bereich der menschlichen Sicherheit nach außen klar kommunizieren, um den positiven Einfluss und die Bedeutung der NATO zu unterstreichen, insbesondere hinsichtlich der Belange der jüngeren Generation.
5. Die NATO sollte bestehende Partnerschaften mit Organisationen der Zivilgesellschaft und Partnerländern nutzen, um eine Gruppe von Botschaftern für ihre Arbeit im Bereich der menschlichen Sicherheit und WPS ins Leben zu rufen, die auch weibliche Vorbilder aus Ländern umfasst, in denen die NATO einen positiven Beitrag geleistet hat. Die persönlichen Geschichten, Erfahrungen und das Engagement der Mitglieder einer solchen Gruppe wären für die NATO ein hilfreiches Instrument in ihren fortgesetzten Bemühungen, die konstruktive Rolle des Bündnisses bei der Förderung von Stabilität und der Bekämpfung von Konflikursachen sichtbar zu machen.

Pandemien und Naturkatastrophen

Die COVID-19-Krise hat auf dramatische und unerwartete Weise gezeigt, welche schädlichen Auswirkungen Pandemien nicht nur auf die öffentliche Gesundheit aller Bürgerinnen und Bürger in der NATO haben können, sondern auch auf die wirtschaftliche Gesundheit, die soziale Widerstandsfähigkeit und Sicherheit, da sie einerseits die politische Aufmerksamkeit sowie knappe Ressourcen umorientiert und andererseits internationale Rivalitäten und Konfrontationen geschürt hat. Die Bewältigung von Pandemien und ihren Folgen liegt grundsätzlich in der Zuständigkeit nationaler Regierungen. Weder ist dies eine Kernaufgabe der NATO noch sollte es eine werden. Nichtsdestoweniger haben diese und künftige Pandemien nachweislich Auswirkungen für die Sicherheit der NATO. Die Pandemie hat bereits grundlegende Tendenzen des geopolitischen Wettbewerbs und Unsicherheiten weltweit verschärft, etwa hinsichtlich der Belastbarkeit der Versorgungsketten, was bleibende Folgen für die internationale Sicherheit und Stabilität hat.

Während der ersten Pandemiewelle waren die operative Reaktionsfähigkeit der NATO und ihre Vorbereitung auf eine Vielzahl von Sicherheitsbedrohungen zu keinem Zeitpunkt gefährdet. Die politischen Konsultationen und Prozesse der Entscheidungsfindung zu allen wesentlichen Themenbereichen konnten ebenfalls aufrechterhalten werden, auch durch die schnelle Umsetzung neuer Wege der Videokommunikation für Ministertreffen. Nichtsdestoweniger hat die Pandemie die Notwendigkeit bestätigt, die Resilienzarchitektur der NATO weiter zu überprüfen und zu verbessern. In der Zeit nach der Pandemie wird man beurteilen müssen, was sie über die Fähigkeit der NATO offenbart hat, mehrere disruptive, in dieser Form noch nie da gewesene und gleichzeitig

„Die Pandemie hat die Notwendigkeit bestätigt, die Resilienzarchitektur der NATO zu verbessern.“

„Die NATO muss in der Lage sein, mehrere disruptive, in dieser Form noch nie da gewesene und gleichzeitig auftretende Ereignisse zu bewältigen.“

auf tretende Ereignisse zu bewältigen und den grundlegenden Erfordernissen der Resilienz zu entsprechen: Schadensbegrenzung, zügige Wiederherstellung der Stabilität und Entwicklung verbesserter Strategien für ähnliche Herausforderungen in der Zukunft. In dieser und anderer Hinsicht ist COVID-19 eine lehrreiche Erfahrung, die die NATO und ihre Mitglieder mit Blick auf ähnliche Ereignisse in der Zukunft genau analysieren sollten.

Empfehlungen:

1. Die NATO sollte weiterhin Übungen auf der Grundlage der Erfahrungen mit der COVID-19-Krise mit einem Schwerpunkt auf unerwarteten Ereignissen im Kontext strategischer Gleichzeitigkeit durchführen. Bei solchen Übungen sollte der Schwerpunkt darauf liegen, zum einen die Fähigkeit der NATO zu bewerten, angesichts zahlreicher disruptiver Ereignisse den Abschreckungs- und Verteidigungsanforderungen gerecht zu werden, und zum anderen nötige Veränderungen in den Bereichen logistische Unterstützung, Kommunikation, Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebs, Versorgungsketten, Energie, Verkehr, Entscheidungsfindung und Planung zu ermitteln.
2. Im Einklang mit ihren verteidigungspolitischen Schwerpunkten sollte die NATO ein Programm regelmäßiger Schulungsmaßnahmen entwickeln, das die Verbündeten darauf vorbereitet, strategische Erschütterungen durch Naturkatastrophen oder von Menschen verursachten Katastrophen vorzusehen und zu simulieren. Diese Übungen sollten sowohl einzeln als auch gemeinsam und gleichzeitig stattfinden. Dadurch soll gewährleistet sein, dass lange vor dem Eintreten solcher Krisen Verantwortungsbereiche zugeteilt und benötigte Informationen vorhanden sind, einschließlich einer im Vorfeld besprochenen und abgestimmten Rolle der NATO.

Hybride und Cyberbedrohungen

Schon immer wurden sogenannte „hybride“ Methoden der Kriegsführung eingesetzt, wie Propaganda, Täuschung, Sabotage und andere nicht militärische Taktiken, um Gegner von innen zu schwächen. Das digitale Zeitalter mit seinen rasanten technologischen Veränderungen und seiner weltweiten Vernetzung hat den Reiz und die Macht dieser Methoden noch gesteigert und deren Tempo, Ausmaß und Intensität verstärkt. Hybride und Cyberangriffe stellen an sich keine Bedrohung dar. Vielmehr sind sie Instrumente der gegnerischen Akteure, staatlichen ebenso wie nichtstaatlichen Akteure – der eigentlichen Bedrohung. Dabei ist es schwierig zu erkennen, wer für sie verantwortlich ist, da Staaten manchmal über Stellvertreter agieren. Hinter solchen Angriffen verbirgt sich ein strategisches Ziel, nämlich die Untergrabung der internationalen Ordnung, die Schwächung der NATO und die Untergrabung demokratischer Regierungssysteme von innen. Diese Methoden zielen häufig auf das „schwächste Glied“ beziehungsweise auf Bündnisstaaten, die in einem bestimmten Bereich verwundbar sind.

In den letzten Jahren ist die NATO verstärkt gegen diese Bedrohungen vorgegangen. 2016 haben die Verbündeten den Cyberraum neben Luft, Land und See als Einsatzbereich anerkannt und sind zur Verbesserung der nationalen Cyberabwehr eine Vereinbarung zur Cyberabwehr eingegangen. 2018 wurden die Unterstützungsteams zur Hybrid-Abwehr ins Leben gerufen, um den Verbündeten auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Unterstützung zur Verfügung zu stellen. Im November 2019 wurde der Bericht zur Reaktion der NATO auf hybride Bedrohungen angenommen, in dem die Schwerpunkte der Bekämpfung hybrider Bedrohungen sowie ein entsprechender Fahrplan darlegt wurden. Gleichzeitig muss die NATO auf ihre Cyberhygiene achten. Nichtsdestoweniger benötigt sie einen gemeinsamen politischen Rahmen, der darlegt, wie die NATO in einer Krise hybride und Cyber-Zwischenfälle bewerten, zuordnen und darauf reagieren sollte. Dies sorgt für mehr Klarheit hinsichtlich der Zielvorgaben der NATO in diesen Bereichen und der angemessenen Rolle der NATO, der EU und der nationalen Regierungen. Langwierige politische Diskussionen über die Urheberschaft und die Frage, ob und wie die NATO handeln sollte, hindern das Bündnis daran, rasch auf Herausforderungen zu reagieren, was die Gefahr von Fehlkalkulationen und unbeabsichtigten Eskalationen durch mögliche Gegner erhöht.

Empfehlungen:

1. Die NATO sollte den Bericht zur Verbesserung der Reaktion der NATO auf hybride Bedrohungen dem Buchstaben und dem Geist nach umsetzen. Sie sollte sich eine konkrete NATO-Zielvorgabe setzen und über den Politischen Ausschuss für Operationen (OPC) hinaus in Foren und Ausschüssen Gespräche zu hybriden Bedrohungen führen und auch die Abteilung für Public Diplomacy einbeziehen. Dadurch könnte die derzeitige Aufsplitterung und Behandlung dieser Themen in unterschiedlichen Einheiten innerhalb der NATO-Strukturen behoben werden.
2. Auf der Grundlage der Ergebnisse des Brüsseler Gipfels sollte die NATO ihre Fähigkeit zur Unterstützung der Verbündeten gegen Cyber- und hybride Angriffe stärken. Solche Angriffe könnten den Bündnisfall nach Artikel 5 auslösen. Im Zusammenhang mit hybriden Angriffen könnten regelmäßige Konsultationen nach Artikel 4 einberufen werden, selbst wenn nicht völlig klar ist, wer für einen bestimmten Angriff verantwortlich ist (Nichtzuordnung). In solchen Situationen sollte Artikel 4 von den Verbündeten offensiver genutzt werden, sowohl als Grundlage für politischen Dialog als auch, um Einheit zu signalisieren.

„Die NATO sollte ihre Fähigkeit zur Unterstützung der Verbündeten gegen Cyber- und hybride Angriffe stärken.“

3. Die NATO sollte ein größeres Bewusstsein für die Besonderheiten hybrider Bedrohungen sowie für die dahinter im Verborgenen organisierten Kampagnen entwickeln. Anhand von Erfassung, Überwachung und Analyse hybrider Bedrohungen sowohl auf operativer als auch strategischer Ebene sollte sie eine einheitliche Terminologie und ein gemeinsames Lagebild erarbeiten, unter anderem durch vorausschauende Studien und Analysen zur Trendvorhersage, den Austausch bewährter Praktiken, des Durchspielens verschiedener Szenarien und die Aufnahme hybrider Konfliktsituationen in Schulungen und Übungen.

4. Die NATO sollte die Verbündeten dabei unterstützen, einen umfassenden Reaktionsrahmen zur Abwehr hybrider Bedrohungen zu entwickeln, beispielsweise in Form eines Folgedokuments zum Bericht zur Verbesserung der Reaktion der NATO auf hybride Bedrohungen. Dabei sollten sowohl ein politisch-strategischer und ein taktisch-operativer Ansatz mit besonderem Augenmerk auf der regelmäßigen Erneuerung der operativen Konzepte gewählt werden. Das Ziel sollte sein, die zivilen und militärischen Optionen der NATO in einem einheitlichen Rahmen zusammenzuführen. Die NATO sollte die Verbündeten weiterhin bei ihren Bemühungen unterstützen, die Widerstandsfähigkeit innerhalb ihrer Gesellschaft und einen umfassenden Bevölkerungsschutz zu stärken. All dies sollte Folgendes beinhalten:
 - Reaktionsmöglichkeiten auf Desinformationsmaßnahmen, die sich gegen die NATO oder einzelne Verbündete richten (z. B. nach der Taktik „Teile und herrsche“). In einem hybriden Umfeld ist die strategische Kommunikation (StratCom) nicht krisenabhängig, sondern Teil eines anhaltenden und übergeordneten Narrativs, das nach innen mit den Verbündeten und nach außen mit den Partnern abgestimmt ist. Dieses Narrativ ist für die Glaubwürdigkeit des Abschreckungsdispositivs der NATO entscheidend.

 - Reaktionsmöglichkeiten auf militärische Einschüchterungen und Belästigungen (sowohl physisch als auch im Cyberraum). Die Wahrscheinlichkeit einer Eskalation sollte so gering wie möglich gehalten werden und die Reaktion darauf eng auf die Reaktionen in anderen Bereichen abgestimmt werden – auch solche, die nicht im NATO-Instrumentarium enthalten sind.

 - Politische Reaktionsmöglichkeiten. Zusätzlich zu ihrer Funktion als militärischer Akteur sollte die NATO versuchen, ihrer Rolle auf der internationalen politischen Bühne eine Struktur zu geben, um auf hybride Bedrohungen zu reagieren. Sie sollte ein diplomatisches Handlungsspektrum zur Deeskalation erarbeiten (beispielsweise durch hochrangige Besuche, Erklärungen, öffentliche Pressekonferenzen und die Einberufung von Konsultationen nach Artikel 4) und ein an hybride Bedrohungen angepasstes politisches Abschreckungsinstrumentarium entwickeln.

 - Reaktionsmöglichkeiten für Partnerländer, einschließlich Weiterentwicklung verschiedenerer Formen der Unterstützung, etwa indem die Unterstützungsteams zur Hybrid-Abwehr Partnern zur Verfügung gestellt werden.

5. Die NATO und die Verbündeten müssen mehr Fähigkeiten für Einsätze im kognitiven und virtuellen Bereich entwickeln, auch auf taktischer Ebene. Diese Fähigkeiten sind nötig, um Desinformationen zu erfassen und bei der Vorbeugung beziehungsweise Begrenzung ihrer Auswirkungen Unterstützung zu leisten, unter anderem durch ein besseres Verständnis von Menschen, Netzwerken, Informationen aus dem Internet und entsprechenden Narrativen. Gleichzeitig müssen die NATO und die Verbündeten einen rechtlichen und ethischen Rahmen schaffen, um wirksam und rechtmäßig in diesen Bereichen agieren zu können.

6. Die NATO sollte in regelmäßigen Abständen Übungen zu Reaktionsmöglichkeiten auf hybride Bedrohungen durchführen, die auf realistischen Szenarien beruhen, wobei sie möglichst eng mit Vertretern aller diplomatischen, informationstechnischen, militärischen, wirtschaftlichen, finanziellen, nachrichtendienstlichen und juristischen Instrumente (DIMEFIL) zusammenarbeiten sollte. Diese Schulungen und Übungen sollten sowohl auf taktisch-operativer als auch auf politisch-strategischer Ebene entwickelt werden.
7. Die NATO muss ihre Fähigkeit verbessern, Personal zu finanzieren, einzustellen und zu schulen, um auf dem neuesten Stand der Cyber-Abwehrmaßnahmen zu sein, und muss ständig gewährleisten, dass sie über den nötigen politischen und rechtlichen Rahmen verfügt, um diese Fragen anzugehen.

Weltraum

Der Weltraum ist ein dynamischer Bereich, der sich rasant entwickelt und dessen Sicherheit entscheidend für die Fähigkeit der NATO ist, nicht nur auf dem Gefechtsfeld zu gewinnen, sondern auch jederzeit die Kommunikation, die Schifffahrt und den Handel zu schützen. In den letzten Jahren haben immer mehr Akteure den Weltraum betreten, wodurch sich die Gefahr von Unfällen oder feindlichen

Aktionen entsprechend erhöht hat. Die Entwicklung neuer hochentwickelter Militärtechnologien durch Russland und China stellen für die Sicherheit der Verbündeten in diesem Bereich eine Bedrohung dar und haben den Weltraum zu einem neuen Schauplatz des geopolitischen Wettbewerbs gemacht.

„Der Weltraum ist zu einem neuen Schauplatz des geopolitischen Wettbewerbs geworden.“

Als Reaktion auf diese Herausforderungen haben die Staats- und Regierungschefs des Bündnisses sich beim Brüsseler Gipfel von 2018 darauf geeinigt, eine NATO-Weltraumpolitik zu entwickeln, die im Juni 2019 von den Verteidigungsministern gebilligt wurde. In London haben die Verbündeten den Weltraum neben Luft, Land, See und dem Cyberraum als Einsatzbereich anerkannt. In Zukunft muss die NATO unermüdlich die Weiterentwicklung und Förderung dieser neuen Politik vorantreiben und die Sicherheit im Weltraum weiterhin als Priorität behandeln.

Empfehlungen:

1. Die NATO sollte das wichtigste transatlantische Forum für Konsultationen zur Weltraumsicherheit werden. Um dies zu erreichen, sollte der Generalsekretär sich dafür einsetzen, im Nordatlantikrat Informationsaustausch, Weltraum-Krisenszenarien, integrierte Bewertungen von Bedrohungen in der Luft, an Land, zur See und im Weltraum sowie regelmäßige Aktualisierungen zur Interoperabilität im Weltraum zu fördern. Anstrengungen sollten jetzt unternommen werden, um innerhalb der NATO mehr Fachwissen über den Weltraum zu bündeln und das allgemeine „Weltraumwissen“ der Verbündeten zu verbessern.
2. Die NATO sollte den Weltraum in ihre Resilienzplanung einbeziehen, um sicherzustellen, dass abschreckungs- und verteidigungspolitische Maßnahmen wirksam bleiben, falls es aufgrund von Angriffen oder Ausfällen im Weltraum zur Behinderung kritischer Infrastrukturen (z. B. der Kommunikations- und Energienetze) kommt.
3. Die NATO sollte den freien Zugang zum Weltraum sowie dessen Erforschung und Nutzung zu friedlichen Zwecken gewährleisten. Die NATO wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass alle Tätigkeiten im Weltraum im Einklang mit dem Völkerrecht stattfinden. Die NATO sollte prüfen, wie die geographischen Grenzen aus dem Nordatlantikvertrag im Hinblick auf Fragen der Weltraumsicherheit gedeutet werden könnten.
4. Die NATO sollte sich darum bemühen, den Dialog zwischen dem Bündnis und dem Privatsektor über weltraumbezogene Herausforderungen und Möglichkeiten für gemeinsame Forschung und Entwicklung (R&D) unter den Verbündeten zu fördern.
5. Die NATO sollte in Betracht ziehen, ihre Weltraumpolitik nach dem Vorbild der Maritimen Strategie des Bündnisses und der Gemeinsamen Luftmachtstrategie in angemessener Weise der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Strategische Kommunikation, Public Diplomacy und Bekämpfung von Desinformation

Strategische Kommunikation ist ein wichtiges Instrument der Abschreckung und Verteidigung. Eine wirksame Abschreckung beruht auf der klaren Vermittlung der Fähigkeit und Entschlossenheit, im Bedarfsfall zu handeln. Für einige Gegner und Herausforderer ist das Informationsumfeld heutzutage ein Wettbewerbsbereich. Diese Akteure verzerren es durch Falschinformationen und Desinformation sowie durch Täuschungen. Solche Techniken zielen darauf ab, manipulierte Informationen zu verbreiten, um das Vertrauen in demokratische Institutionen zu untergraben.

Desinformation, Propaganda und Falschinformationen sind in Zeiten schneller technologischer Fortschritte und eines Generationenwechsels, der die Wahrnehmung der NATO in der Öffentlichkeit der Bündnisstaaten weiter verändert, besonders gefährlich.

„Desinformation und Propaganda sind in Zeiten schneller technologischer Fortschritte besonders gefährlich.“

Das rasante Tempo der Digitalisierung in allen Lebensbereichen stellt die Strategische Kommunikation der NATO vor eine besondere Herausforderung. Die NATO und die Menschen in den Bündnisstaaten beziehen ihre Informationen mehr und mehr aus digitalen Medien und sind immer stärker von ihnen beeinflusst. Strategische Wettbewerber stellen unentwegt ihre wachsende Fähigkeit und ihren Willen unter Beweis, die neuesten digitalen Technologien gegen die NATO und die Verbündeten einzusetzen, insbesondere im Informationsumfeld. Der Aufbau von Resilienz innerhalb der Bevölkerung liegt in erster Linie in der Verantwortung der Verbündeten selbst. Allerdings haben die Verbündeten alle nicht ausreichend in die nötigen menschlichen, technischen und finanziellen Ressourcen investiert, um sich konsequent und anhaltend mit Themen der Sicherheit und Verteidigung zu befassen. Auch haben sie es versäumt, zur Unterstützung der Zielsetzungen des Bündnisses einen besonderen Schwerpunkt auf proaktive und konsequente Kommunikation zu setzen. Angesichts der Bedrohung durch staatliche und nichtstaatliche Akteure, die unterhalb der Schwelle konventioneller Kräfte aggressive Taktiken einsetzen, um die Werte und den Zusammenhalt des Bündnisses zu untergraben, muss die NATO sicherstellen, dass sie aufmerksam bleibt und fähig ist, dieser Bedrohung vorzubeugen und ihr mit objektiven Fakten und Sachinformationen zu begegnen.

Empfehlungen:

1. Die NATO sollte die Umgestaltung ihrer strategischen Kommunikation verstärken und beschleunigen, um das Bündnis zu befähigen, in einem hochgradig wettbewerbsintensiven Umfeld effektiver zu konkurrieren. Dies umfasst Investitionen in den Bereichen Personal, Haushalt und Technologie sowie die Einführung eines zielorientierten Ansatzes für die strategische Kommunikation, der auf Zielgruppenforschung beruht und durch aussagekräftige Bewertungen und Evaluierungen untermauert wird. Entscheidend wird dabei sein, dass die NATO eine starke und klare Identität bewahrt, um für Kohärenz und eine gemeinsame Zielsetzung ihrer zahlreichen Unterbereiche zu sorgen. Hierdurch sollen Anerkennung, Bekanntheit und Rückhalt des Bündnisses in der Öffentlichkeit gesteigert werden.
2. Die NATO sollte den digitalen Aspekten ihrer fortgesetzten Bemühungen zur Umgestaltung der Kommunikation den Vorrang geben, um datengestützte Erkenntnisse und das Verständnis dieses komplexen Umfelds zu nutzen und eine noch flexiblere und gezieltere Ansprache der vorrangigen Zielgruppen der NATO über die gesamte Bandbreite digitaler Kanäle zu ermöglichen.

3. Die Verbündeten sollten zusätzliche proaktive Maßnahmen ergreifen, um einerseits ihre Bürgerinnen und Bürger über die Politik, die Operationen und die Aktivitäten des Bündnisses zu informieren und hierfür deren Unterstützung zu gewinnen, und andererseits die Ziele der NATO voranzubringen.
4. Während die NATO die Digitalisierung ihrer öffentlichen Kommunikationskanäle beschleunigt, sollten auch die Verbündeten verstärkt ein breiteres Publikum direkt ansprechen und dabei mit den Akteuren des umfangreichen Netzwerks von NATO-Multiplikatoren zusammenarbeiten, wie der Parlamentarischen Versammlung der NATO und der Vereinigung Atlantischer Gesellschaften.
5. Die NATO sollte die Zusammenarbeit mit Partnerstaaten, internationalen Organisationen, dem Privatsektor, Denkfabriken und der Wissenschaft weiter ausbauen, um der Herausforderung der Desinformation zu begegnen. Von internationalen Organisationen sowie nationalen und lokalen Regierungen bis hin zu privaten Unternehmen, der Zivilgesellschaft sowie freien und unabhängigen Medien müssen alle Akteure – einschließlich der NATO – eine Rolle spielen.
6. Die NATO sollte Minister- und Gipfelerklärungen als Instrumente der öffentlichen Kommunikation gezielter und strategischer einsetzen. Seit der Abschaffung der Ministererklärungen im Jahr 2011 haben die Gipfelerklärungen an Umfang zugenommen und an praktischem Kommunikationswert verloren. Die NATO sollte solche Erklärungen als Gelegenheit sehen, der Öffentlichkeit in den Bündnisstaaten zu erklären, was das Bündnis tut, und seine wichtigsten Grundsätze und Bekenntnisse zu bekräftigen. Gleichzeitig erfüllen sie intern die Funktion, künftige Aufgaben der NATO zu formulieren. Während längere Gipfelerklärungen bei Bedarf genutzt werden sollten, um die Fachwelt über die in den jeweiligen Arbeitsbereichen der NATO erzielten Fortschritte zu informieren, sollte das Bündnis die Praxis der Ministererklärungen zu bestimmten Themen wiederaufnehmen. Dabei sollte die Länge dieser Erklärungen begrenzt sein, um sie für die öffentliche Kommunikation nutzen zu können. Zur Erreichung strategischer Kommunikationsziele sollten verstärkt kurze, prägnante Gipfelerklärungen und -Kommuniqués des Nordatlantikrats genutzt werden, die bei außergewöhnlichen Anlässen, wie dem Zwischenfall von Salisbury, herausgegeben werden.

4.3 Stärkung des politischen Zusammenhalts und der Einigkeit der NATO

Die NATO ist Ergebnis und Quelle des politischen Zusammenhalts. In jedem Bündnis ist die politische Einigkeit und die Fähigkeit, die erforderlichen Schritte zu unternehmen, abhängig von der Bereitschaft und Fähigkeit seiner Mitglieder, sich auf der Grundlage geteilter Interessen und Werte gegen gemeinsame Bedrohungen zu verteidigen. Grundlage dieser Einigkeit – und gleichzeitig ihr deutlichster Ausdruck – ist die feierliche Verpflichtung der Verbündeten, den Angriff auf einen von ihnen als Angriff auf alle anzusehen, dem entschlossen und gemeinsam begegnet werden muss. Dieser Verpflichtung liegt die Bereitschaft zugrunde, die Lasten zu teilen – sowohl hinsichtlich der Risiken als auch der Mittel –, die mit dem Privileg der kollektiven Verteidigung einhergeht. Dies stellt die Grundlage des Paktes dar, der über sieben Jahrzehnte den einzelnen Verbündeten den Wert der NATO vor Augen geführt hat, nämlich die Unterstützung der Staaten bei ihrer Hauptaufgabe: dem Schutz des eigenen Hoheitsgebiets und der eigenen Bevölkerung. In den Worten des Berichts des „Dreierausschusses“ von 1956 muss die NATO, wenn die Konzeption der atlantischen Gemeinschaft lebens- und entwicklungsfähig sein soll, durch ihre Mitgliedregierungen deutlich machen, dass diese internationale Organisation ihren Mitgliedern etwas Besonderes zu bieten hat, das in den Vereinten Nationen oder anderen internationalen Vereinigungen nicht zu bekommen ist.

„Grundlage der Einigkeit ist die feierliche Verpflichtung, einen Angriff auf einen als Angriff auf alle anzusehen.“

Die andere Dimension der NATO ist die Gemeinschaft von demokratischen Grundwerten, in deren Rahmen sie agiert. Jede Verpflichtung zur Stärkung des politischen Zusammenhalts der NATO muss sich demnach an diesen geteilten Werten und Idealen orientieren, deren Grundlage Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und der Freiheit der Person bilden. Die Geschlossenheit der NATO stärken heißt somit versuchen, die Interessen und Werte zu pflegen, zu fördern, zu achten und zu wahren, die Grundlage ihres Bestehens sind und ihrer gemeinsamen Verteidigung sind. Dies ist keine einmalige Handlung, sondern erfordert statt regelmäßig wiederkehrender Aufmerksamkeit ein konstantes und aktives politisches Engagement, d.h. eine bewusste und fortgesetzte Priorisierung gemeinsamer Ansätze für geteilte Probleme und, selbst wenn hinsichtlich der Priorisierung von Bedrohungen oder ihrer Behandlung Differenzen bestehen, die Vermeidung von Handlungen, die die Fähigkeit anderer Verbündeter untergraben könnten, den in ihren Augen drängendsten Herausforderungen zu begegnen. Die Geschlossenheit zu schwächen hieße, die Motive, die zur Gründung der NATO führten, zu ignorieren oder abzuwerten, die gemeinsamen Werte und Interessen zu vernachlässigen, beim eigenen Handeln den Standpunkt anderer Mitglieder zu missachten oder schlimmstenfalls andere Mitglieder zu gefährden.

Um den Herausforderungen des kommenden Jahrzehnts gewachsen zu sein, muss die Wahrung des Zusammenhalts eine eindeutige politische Priorität aller Verbündeten sein und ihr Verhalten bestimmen, selbst wenn ihnen dadurch Grenzen auferlegt werden.

Empfehlungen:

1. Die Verbündeten auf beiden Seiten des Atlantiks müssen ihr Bekenntnis zur NATO als der zentralen Verteidigungsinstitution im euro-atlantischen Raum bekräftigen. Zu diesem Zweck sollten die

Verbündeten sich zu einem Verhaltenskodex verpflichten, um sowohl dem Geist als auch dem Buchstaben des

Nordatlantikvertrags treu zu bleiben. Da die Verbündeten sich im Falle eines Angriffs gegenseitigen Beistand schulden (Artikel 5 des Vertrags), sollten sie sich auf höchster Ebene erneut dazu verpflichten,

„Die Verbündeten sollten sich zu einem Verhaltenskodex verpflichten, um sowohl dem Geist als auch dem Buchstaben des Nordatlantikvertrags treu zu bleiben.“

- für unsere gemeinsamen Werte, die auf den Grundsätzen der Demokratie, der Freiheit der Person und der Rechtsstaatlichkeit beruhen, einzustehen;
- die individuelle und kollektive Fähigkeit der Verbündeten, gegen einen bewaffneten Angriff Widerstand zu leisten, zu erhalten und zu verbessern;
- sich zu allen wichtigen Fragen der euro-atlantischen Sicherheit zu beraten – auch im Vorfeld militärischer Einsätze, die die Interessen der Verbündeten berühren (wenn operativ möglich), oder wenn die territoriale Unversehrtheit, die politische Unabhängigkeit oder die Sicherheit eines Verbündeten bedroht oder untergraben wird;
- für eine offene und stabile internationale Ordnung auf der Grundlage der Rechtsstaatlichkeit und der friedlichen Beilegung von Konflikten einzustehen;
- sich nach bestem Wissen und Gewissen zu bemühen, jede Streitigkeit, in die ein Verbündeter mit einem anderen Verbündeten verwickelt sein könnte, mit friedlichen Mitteln und vor allem bilateral auf dem Wege des Dialogs beizulegen, wie es in der Charta der Vereinten Nationen und im Einklang mit dem Völkerrecht vorgesehen ist;
- auf politisch motivierte Blockaden aufgrund von

Angelegenheiten zu verzichten, die nicht die NATO betreffen;

- gegebenenfalls umfassendere bilaterale Interaktionen mit Drittländern zu melden, wenn diese die grundlegenden Sicherheitsinteressen von Verbündeten berühren.

„Die Verbündeten sollten auf politisch motivierte Blockaden aufgrund von Angelegenheiten verzichten, die nicht die NATO betreffen.“

Dieses Versprechen würde ein erneutes Bekenntnis zur Solidarität zu Beginn einer neuen und schwierigeren Ära bedeuten. Es würde bedeuten, dass die Verbündeten dafür sorgen, dass ihre Einheit nicht durch Fragen, die nicht die Angelegenheiten des Bündnisses betreffen, beeinträchtigt wird. Dies ist kein Ersatz für die harte Arbeit, die der Erhalt des Zusammenhalts erfordert; diesen können die Verbündeten nur durch ihre Bereitschaft zu Konsultationen erreichen, indem sie gemeinsame Probleme ansprechen und sicherstellen, dass die nationalen Interessen in den kommenden Jahren nicht in einer Weise verfolgt werden, die den Zusammenhalt untergraben.

2. Die NATO sollte ihre Kernidentität als Bündnis, dessen Wurzeln die Grundsätze der Demokratie sind, erneut bekräftigen. Wie in der Präambel des Nordatlantikvertrags erklärt, existiert die NATO, um „die Freiheit, das gemeinsame Erbe und die Zivilisation ihrer Völker, die auf den Grundsätzen der Demokratie, der Freiheit der Person und der Herrschaft des Rechts beruhen, zu gewährleisten.“ Der politische Zusammenhalt der NATO ist dann am stärksten, wenn ihre Mitglieder sich zu diesen Grundsätzen bekennen. Die NATO sollte diese Grundsätze weiterhin bekräftigen und eine klare politische und moralische Unterscheidung zwischen der Demokratie und den autokratischen Regierungsformen treffen, die charakteristisch für die systemischen Rivalen der NATO sind.

„Die NATO sollte ihre Kernidentität als Bündnis, dessen Wurzeln die Grundsätze der Demokratie sind, erneut bekräftigen.“

3. Die NATO-Verbündeten sollten ihre Verpflichtungen hinsichtlich der Lastenteilung beibehalten und erfüllen, welche die Verbündeten als wichtigsten Test für ihr Bekenntnis zur kollektiven Sicherheit vereinbart haben. Die Aufrechterhaltung angemessener militärischer Fähigkeiten ist nicht nur für

„Die Aufrechterhaltung angemessener militärischer Fähigkeiten ist nicht nur für Abschreckung und Verteidigung notwendig, sondern auch als zentraler Pfeiler des politischen

Abschreckung und Verteidigung notwendig, sondern auch als zentraler Pfeiler des politischen Zusammenhalts. Sie steht im Zentrum der Logik der Bündelung der Ressourcen und des Teilens der Vorteile, die sich aus der Zugehörigkeit zum Bündnis ergibt (einschließlich der Sicherheit, die den Wohlstand ermöglicht). Bei der Erfüllung der auf dem NATO-Gipfel in Wales 2014 gemachten Zusage zu Investitionen im Verteidigungsbereich, nach der die Verbündeten bis 2024 zwei Prozent des BIP für Verteidigung und zwanzig Prozent der Verteidigungshaushalte für Großgerät ausgeben wollen, haben sie Fortschritte gemacht. Sie müssen in den nächsten vier Jahren weiter auf dieses Ziel hinarbeiten, da sie so die bestmögliche Ausgangsposition für das Bündnis in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts schaffen werden. Fähigkeiten und Beiträge zu Missionen sind ebenfalls entscheidend für die Lastenteilung – sowohl wegen ihres eigentlichen Nutzens als auch als Beweis für das Engagement der Verbündeten. Eine Abschaffung oder Verwässerung der Zusage von Wales würde die Glaubwürdigkeit künftiger politischer Verpflichtungen untergraben.

4. Die Verbündeten sollten erwägen, ein Exzellenzzentrum für demokratische Resilienz einzurichten, dessen Aufgabe es wäre, einzelnen Verbündeten auf Anfrage Unterstützung zu leisten, um die Resilienz der Gesellschaft zu stärken und der Einmischung von feindlichen externen Akteuren in die Funktionsweise ihrer demokratischen Institutionen und Verfahren zu begegnen. Dieses Zentrum würde die Arbeit der einschlägigen internationalen Organisationen ergänzen.

„Die Verbündeten sollten erwägen, ein Exzellenzzentrum für demokratische Resilienz einzurichten.“

5. Die Verbündeten sollten ihre kollektive Verpflichtung nach Artikel 1 des Nordatlantikvertrags, „jeden internationalen Streitfall, an dem sie beteiligt sind, auf friedlichem Wege [...] zu regeln“, erneuern und bekräftigen. Zwar ist die NATO keine Institution der Streitschlichtung, doch ein Bündnis, dessen Mitglieder miteinander Konflikte austragen, wird wahrscheinlich keine wirksame kollektive Verteidigung leisten können. Die Gruppe ermutigt den Generalsekretär, seine guten Dienste zur Verfügung zu stellen und eine engere Einbindung der anderen Verbündeten als informelle Mediatoren zu erwägen.

„Die Verbündeten sollten ihre kollektive Verpflichtung nach Artikel 1 des Nordatlantikvertrags, Streitfälle auf friedlichem Wege zu regeln, erneuern und bekräftigen.“

4.4 Stärkung der politischen Konsultationen und der Entscheidungsfindungsprozesse in der NATO

Politische Konsultationen sind und bleiben das wichtigste Mittel der NATO, um Meinungsverschiedenheiten beizulegen, Differenzen bezüglich der Bewertung der Bedrohungslage zu entschärfen und den politischen Zusammenhalt zu stärken. In den letzten Jahren, und insbesondere seit 2014, sind die politischen Konsultationen innerhalb der NATO weiter verstärkt worden, zum Teil aus der Notwendigkeit heraus, Russlands Verhalten zu verstehen und darauf zu reagieren, aber auch aufgrund der Herausforderungen im Bereich der Rüstungskontrolle, der Situation im Indo-Pazifik, der Folgen des Aufstiegs Chinas sowie, seit 2019, der strategischen Herausforderungen im Nahen Osten. Gleichzeitig ist es angesichts der Größe des Bündnisses und der Natur des Bedrohungsumfelds wichtiger denn je, dass die NATO beschlussfähig bleibt und in der Lage ist, rechtzeitig einen Konsens zu erzielen bzw. zu erhalten. Die weitere Stärkung der Konsultationen und der Prozesse der Entscheidungsfindung ist von zentraler Bedeutung, um die kollektive Handlungsfähigkeit der NATO im kommenden Jahrzehnt sicherzustellen.

4.4.1 Politische Konsultationen zwischen Verbündeten

Die Gruppe ruft dazu auf, die transatlantischen Konsultationen systematischer zu stärken und ihnen mehr Glaubwürdigkeit und Kraft zu verleihen. Sie stellt fest, dass die Stärkung der NATO als Forum zum Umgang mit den großen strategischen Fragen, die sich den Verbündeten stellen, zu erheblichen

Verbesserungen führen würde. Sie stellt fest, dass es in Zeiten zunehmender systemischer Rivalität dringend notwendig ist, dass das Bündnis bei der Festlegung und Erörterung des strategischen Horizonts weniger reaktiv handelt und stärker eine Führungsrolle einnehmen sollte, und verweist ferner auf den Nutzen politischer Konsultationen zwischen Verbündeten, selbst in den Fällen, in denen die NATO noch nicht für den jeweiligen Zweck einsatzbereit ist.

„In Zeiten zunehmender systemischer Rivalität muss die NATO weniger reaktiv handeln und stärker eine Führungsrolle einnehmen.“

Empfehlungen:

1. Die Verbündeten müssen den Nordatlantikrat als echtem Beratungsforum in den wichtigen strategischen und politischen Fragen stärken, denen sie gegenüberstehen. In einer Ära eines verschärften geostrategischen Wettbewerbs in Verbindung mit nicht staatlichen und grenzüberschreitenden Bedrohungen ist eine häufigere und umfassendere Einbeziehung des Nordatlantikrats für Beratungen erforderlich. Die NATO sollte anstreben, auf allen Ebenen Diskussionen anzustoßen und entscheidendes Forum für die Erörterung der wichtigsten sicherheitspolitischen Herausforderungen zu werden, die das kommende Jahrzehnt prägen werden. Solche Konsultationen sollten das gesamte Spektrum der nationalen Sicherheitsfragen umfassen, mit denen die Mitglieder konfrontiert sind. Dazu gehören:

- Informationsaustausch zu allen Angelegenheiten, die die Sicherheit des euro-atlantischen Raums oder die Sicherheit einzelner Verbündeter betreffen;
- Einschätzungen zu sicherheitspolitischen Entwicklungen, bei denen die NATO zwar nicht der erste Ansprechpartner ist, die aber die Belange der Verbündeten berühren;
- jede Angelegenheit, bei der der Ausdruck der Solidarität der Verbündeten ein Symbol der Solidarität mit gleichgesinnten demokratischen Staaten darstellen würde, die sich in anderen Regionen gegen Aggression oder Autokratie wehren.

„Solidarität mit gleichgesinnten demokratischen Staaten, die sich in anderen Regionen gegen Aggression oder Autokratie wehren.“

2. Die Verbündeten werden ermutigt, den Nordatlantikrat über neue Entwicklungen oder Veränderungen in ihrer Politik zu informieren, die die Interessen anderer Mitglieder erheblich beeinträchtigen könnten. In solchen Fragen sollten die Verbündeten sich bemühen, bei der Festlegung ihrer nationalen Politik der innerhalb der NATO entwickelten politischen Linie möglichst treu zu bleiben, unbeschadet ihrer souveränen und unveräußerlichen Rechte, ihre eigene nationale Sicherheit zu gewährleisten.
3. Die NATO sollte eine Praxis etablieren, nach der die Außenminister des Bündnisses eine regelmäßige Bewertung der politischen Gesundheit und Entwicklung der NATO sowie ihrer Ausrichtung für die kommenden Jahre vornehmen.
4. Die NATO sollte häufiger NATO-Ministertreffen abhalten und gegebenenfalls deren Format erweitern. Das Bündnis sollte die Praxis wiederaufnehmen, nach der die Anzahl der Außenministertreffen der Anzahl der Verteidigungsministertreffen entspricht und die Treffen abwechselnd im NATO-Hauptquartier und in den Hauptstädten der Verbündeten stattfinden. Wenn die Umstände es erfordern, kann das Format gegebenenfalls auch andere Minister umfassen.
5. Die NATO sollte regelmäßige Konsultationen zu Themen jenseits der traditionellen Agenda einführen, einschließlich der Treffen der Politischen Direktoren der NATO oder anderer hochrangiger Beamten zum Beispiel zu Angelegenheiten des Nahen Ostens, Afrikas und Ostasiens ebenso wie zu Cyberbedrohungen und anderen Themen, soweit erforderlich.
6. Die NATO sollte mehr informelle Treffen abhalten. Im derzeitigen Format der Ministertreffen läuft alles in hohem Maße förmlich ab: Die Minister stellen lange im Voraus vorbereitete Positionen dar. Dieses Format ist zwar nützlich, lässt den Staats- und Regierungschefs aber nur begrenzt Raum für die Kontaktpflege und den Vertrauensaufbau. Die NATO sollte eine bestimmte Anzahl von Treffen in einem informellen Format abhalten, um sowohl auf der Ebene der Minister als auch auf der Ebene der Ständigen Vertreter freiere Interaktionen und Diskussionen zu ermöglichen. Dazu sollten innovativere und interaktivere Diskussionsformate und szenarienbasierte Gespräche und Prognosen gehören, bei denen moderne Visualisierungstechniken, Modellierungs- und Simulationsinstrumente sowie der Austausch mit externen Experten aus dem privaten Sektor, der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft zum Einsatz kommen. Die NATO sollte den verstärkten Einsatz sicherer Kommunikationstechnologien prüfen, damit die Minister und Ständigen Vertreter bereits im Vorfeld von Ministertreffen mit der Konsensfindung beginnen können.
7. Die NATO sollte eine Praxis der bündnisinternen Konsultationen im Vorfeld von Treffen anderer internationaler Organisationen einführen. Die Gruppe stellt fest, wie wertvoll es für die Verbündeten ist, in globalen Angelegenheiten mit einer Stimme zu sprechen. Sie plädiert für Konsultationen zu den im Nordatlantikvertrag beschriebenen Bereichen vor oder informell am Rande von Treffen, zum Beispiel der Vereinten Nationen, der G20 und anderer Foren. Gleichzeitig fordert die Gruppe die Stärkung der Fähigkeit der NATO, schneller Kommunikés und Erklärungen zu wichtigen globalen Fragen abzugeben.

4.4.2 Politische Konsultationen mit der Europäischen Union (EU)

Wenn sie sich zusammentun, stellen die Demokratien, die die NATO und die EU ausmachen, eine gewaltige Kraft im Dienste einer stabilen und offenen internationalen Ordnung dar. Gemeinsam besitzen sie in der Tat die Fähigkeit, das internationale Umfeld proaktiv zum Besseren zu gestalten. In den letzten Jahren wurden die Beziehungen zwischen der NATO und der EU erheblich ausgeweitet, wie die von den Leitungspersonen der beiden Organisationen in den Jahren 2016 und 2018 unterzeichneten gemeinsamen Erklärungen zeigen. Dennoch bleibt die Feststellung der Expertengruppe von 2010 gültig, dass „obwohl die NATO und die EU detaillierte Mechanismen für die Zusammenarbeit ausgearbeitet haben, diese nicht immer so gut wie erhofft funktioniert haben.“ Es mangelt an Umsetzung politischer Vereinbarungen, wodurch wichtige Initiativen ins Stocken geraten sind und die Zusammenarbeit auf die Mitarbeiterebene verlegt wird. Die Zusammenarbeit selbst könnte folglich grundlegend verbessert werden. Zudem sollten die Bemühungen der EU um „strategische Autonomie“ im Geiste des NATO-Zusammenhalts entwickelt werden und das Ziel einer gemeinsamen Vision verfolgen, bei der die Grundlagen der Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen uneingeschränkt respektiert und ausgebaut werden.

„Wenn die Demokratien, die die NATO und die EU ausmachen, zusammenhalten, stellen sie eine gewaltige Kraft im Dienste des Guten dar.“

Mit Blick auf 2030 sollten die NATO und die EU angesichts globaler Bedrohungen von einer gemeinsamen Vision transatlantischer Einigkeit geleitet sein, auch wenn sie weiterhin Raum für politischen Pluralismus und wirtschaftlichen Wettbewerb in ihren eigenen Reihen zulassen. Diese Situation sollte ein Anlass dafür sein, ihr Verhältnis zu klären und Unklarheiten zu beseitigen, damit sie nicht genau zu dem Zeitpunkt zu einer Quelle interner Streitigkeiten werden, zu dem das westliche Bündnis selbstbewusst und nach außen gewandt auftreten sollte. Eine unnötige Dopplung der Bemühungen und Fähigkeiten ist sinnlos und eine Verschwendung von Ressourcen; vielmehr sollten diese sich ergänzen und wechselseitig sein. Beide Organisationen können von einer verstärkten Zusammenarbeit deutlich profitieren. Anstatt neue Mechanismen zur Erweiterung der Beziehungen zu entwickeln, sind aufeinander abgestimmte Anstrengungen erforderlich, um Vertrauen aufzubauen und bestehende Vereinbarungen und festgelegte Zusammenarbeitsbereiche besser zu nutzen, damit die langfristige praktische Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen vertieft werden kann.

Empfehlungen:

1. Die NATO und die EU sollten sich bemühen, Vertrauen und Verständnis auf höchster Ebene wieder neu zu beleben. Beim nächsten NATO-Gipfel oder der nächstmöglichen Gelegenheit wäre es hilfreich, wenn die Staats- und Regierungschefs der NATO und der EU wie besprochen in einer offiziellen Sondersitzung zusammenkämen, um den aktuellen Zustand ihrer Beziehungen zu analysieren und zu prüfen, in welchen Bereichen die Zusammenarbeit stärker ausgebaut werden könnte.
2. Die NATO und die EU sollten die Umsetzung der bestehenden Mechanismen und Vereinbarungen, wie sie zwischen den beiden Organisationen getroffen wurden, sicherstellen. Sie sollten ihr Bekenntnis zu den vor fast zwanzig Jahren geschaffenen Grundlagen ihrer Zusammenarbeit bekräftigen, die auch die Prinzipien untermauern, die beide Organisationen im Vorfeld der Gipfeltreffen 2016 in Warschau und 2018 in Brüssel hervorgehoben haben. Dazu zählen

- die Erkenntnis, dass die NATO der transatlantische Rahmen für eine starke kollektive Verteidigung und das entscheidende Forum für sicherheitspolitische Konsultationen und Beschlüsse unter den Verbündeten bleibt. Eine stärkere, mit besseren Fähigkeiten und Ressourcen ausgestattete europäische Verteidigung wird zu einer stärkeren NATO beitragen. Wir begrüßen daher die laufenden Bemühungen zur Entwicklung europäischer Verteidigungsfähigkeiten;
- die Notwendigkeit, effektive gegenseitige Konsultationen, Zusammenarbeit und Transparenz zwischen der NATO und der EU zu fördern, indem die bestehenden Mechanismen wirksam genutzt werden;
- die bestmögliche Einbeziehung der NATO-Verbündeten, die nicht EU-Mitglieder sind, in ihre Initiativen, da dies für die strategische Partnerschaft zwischen den beiden Organisationen von wesentlicher Bedeutung ist.

3. Die NATO und die EU sollten versuchen, weitere Fortschritte in den vierundsiebzig vereinbarten gemeinsamen Schwerpunktbereichen zu erzielen. Sie sollten die Ergebnisse in den vereinbarten Bereichen regelmäßig bewerten und nach Möglichkeiten suchen, sich auf die wichtigsten Bereiche zu konzentrieren, um die Zusammenarbeit zu vertiefen und auszuweiten. Dies könnte zum Beispiel durch die Einrichtung thematischer Arbeitsgruppen auf Mitarbeitererebene geschehen, mit klar definierten Endzielen, gemeinsam vereinbarten Zeitplänen und regelmäßiger Berichterstattung, um die Organisationen bei der Bemessung der Fortschritte zu unterstützen und unnötige Doppelarbeit zu vermeiden.

4. Die NATO und die EU sollten eine institutionalisierte Verbindung zwischen dem Personal der beiden Organisationen in Form eines dauerhaften politischen Verbindungselements im Internationalen Stab der NATO und im EAD schaffen. Die Vereinbarungen dazu sollten auf der Grundlage der Gegenseitigkeit getroffen werden und mit Maßnahmen zur Förderung eines besseren Informationsaustauschs einhergehen, zum Beispiel durch die Entwicklung eines sicheren Datenübertragungswegs zwischen den jeweiligen Kommunikations- und Informationssystemen.

5. Die NATO und die EU sollten ihre Fähigkeit zur Konfliktentschärfung in Bereichen verbessern, bei denen sich die Zuständigkeiten überschneiden könnten. Bei der Überprüfung des Stands ihrer Beziehungen sollten die Verantwortlichen versuchen zu klären, wie die beiden Organisationen unnötige Doppelarbeit und politischen Wettbewerb in der täglichen Arbeit vermeiden können. Die Tatsache, dass die EU/NATO-Gruppe „Fähigkeiten“ derzeit nicht einberufen werden kann, behindert dies. Die Gruppe sollte so schnell wie möglich ihre Arbeit wiederaufnehmen. Bis dahin sollten engere Kontakte auf Mitarbeitererebene in Betracht gezogen werden.

„Die NATO und die EU sollten ihre Fähigkeit zur Konfliktentschärfung verbessern.“

6. Die NATO und die EU sollten prüfen, ob sie gelegentlich koordinierte oder parallele strategische Stellungnahmen zu gemeinsamen Fragen und Anliegen abgeben können. Gemeinsame Erklärungen des NATO-Generalsekretärs und der Präsidenten der EU-Kommission und des Europäischen Rates oder gemeinsame Erklärungen des Nordatlantikrats und des Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees und des Rates für Auswärtige Angelegenheiten der EU sowie gemeinsame Reisen hochrangiger EU- und NATO-Beamter zu Zielen von geteiltem Interesse könnten gemeinsame Prioritäten deutlich machen.

„Europäische Anstrengungen sollten besser genutzt werden, um den Anteil der europäischen Verbündeten an der Unterstützung der NATO-Fähigkeitsziele zu erhöhen.“

7. Die NATO sollte die Anstrengungen der EU für eine stärkere und leistungsfähigere europäische Verteidigungskapazität insofern begrüßen, als dadurch die NATO gestärkt und zu einer gerechten transatlantischen Lastenteilung beigetragen wird und nicht der EU angehörende Verbündete vollumfänglich eingebunden werden, wie von beiden Organisationen vereinbart.
In Zeiten zunehmender Herausforderungen und knapper Ressourcen ist die Entwicklung von kohärenten, sich ergänzenden und interoperablen Verteidigungsfähigkeiten eine wesentliche Voraussetzung dafür, den euro-atlantischen Raum sicherer zu machen. Laufende europäische Anstrengungen sollten besser genutzt werden, um den Anteil der europäischen Verbündeten an der Unterstützung der NATO-Fähigkeitsziele zu erhöhen. Die NATO und die EU sollten darauf hinwirken, dass die im Rahmen von EU-Verteidigungsinitiativen entwickelten Fähigkeiten der NATO weiterhin zur Verfügung stehen. Die beiden Organisationen sollten sich auch im Bereich der militärischen Mobilität um einen kohärenten Ansatz und Synergien bemühen, auch mit Bezug auf mit der militärischen Mobilität zusammenhängende Verfahren, die für alle Verbündeten gleichermaßen gelten sollten.
8. Die NATO und die EU sollten ihre parallelen und koordinierten Bemühungen zur Resilienzplanung verstärken. Die beiden Organisationen sollten versuchen, ihre Möglichkeiten zu verbessern, gemeinsam alle grundlegenden Erfordernisse der Resilienz zu erfüllen: Schadensbegrenzung, zügige Wiederherstellung der Stabilität und Entwicklung verbesserter Strategien für ähnliche Herausforderungen in der Zukunft.
9. Die NATO sollte mit der EU einen strategischen Dialog zu KI mit dem Ziel entwickeln, die Fähigkeit des Bündnisses zum Datenaustausch und zur Konsultation mit der EU zu verbessern. Dies ist von grundlegender Bedeutung für die Schaffung von Synergien zwischen NATO-geführter Forschung und Entwicklung (R&D), insbesondere dem NATO-Arbeitsprogramm für Wissenschaft und Technologie, und EU-finanzierter R&D, die von öffentlichen und privaten Einrichtungen aus den EU-Mitgliedstaaten durchgeführt wird, da die Regulierungsmaßnahmen der EU die Fähigkeit der NATO-Verbündeten zur gemeinsamen Nutzung von Daten und R&D beeinflussen.

4.4.3 Politische Konsultationen mit Partnern

Die Partnerschaften der NATO sind entscheidende Instrumente der kooperativen Sicherheit, des Wissens- und Informationsaustauschs, der Zusammenarbeit und des Kapazitätsaufbaus. Die NATO hat eine breite Palette an Partnern im Norden, Süden, Osten und Westen, von denen viele die Gründungsprinzipien der NATO – Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit – teilen und einen wichtigen Beitrag zu Frieden und Stabilität in der Welt leisten. Die NATO zieht aus Partnern, die diese gemeinsamen Werte teilen und sich für sie einsetzen, einen erheblichen Nutzen und begrüßt operative Beiträge dieser Partner zu Einsätzen und Missionen. Partnerschaften sind ein wertvolles Instrument zur Stabilisierung von Regionen jenseits der NATO-Grenzen. Gleichzeitig ermöglichen sie es den Verbündeten, Partnern beim Aufbau ihrer Verteidigungskapazitäten zu helfen und die Interoperabilität zu gewährleisten. Ein politischer Dialog ist für die Förderung des regionalen Verständnisses und für den Austausch von Fachwissen von entscheidender Bedeutung. Der Dialog ist auch unerlässlich, damit die NATO und ihre Partner eine maßgeschneiderte praktische Zusammenarbeit entwickeln können. Diese Zusammenarbeit trägt nicht nur zum Erfolg von Einsätzen bei, sondern hilft den Partnern auch, Sicherheitsprobleme anzugehen, bevor sie die Grenzen der NATO erreichen. Das Funktionieren der Partnerschaften wurde in den letzten Jahren durch Blockaden aufgrund bilateraler Streitigkeiten zwischen Partnern und Verbündeten sowie durch eine unzureichende Finanzierung und eine zu starke Abhängigkeit von freiwilligen Treuhandfonds beeinträchtigt. NATO-Partnerschaften sind am stärksten, wenn die Partner die Sicherheitsinteressen der NATO und der Verbündeten berücksichtigen und, wenn möglich, unterstützen.

„Die Partnerschaften der NATO sind entscheidende Instrumente der kooperativen Sicherheit.“

Die Politik der offenen Tür der NATO ist ein Gründungsprinzip des Nordatlantikvertrags. Die anhaltende Attraktivität einer Mitgliedschaft für Nichtmitgliedstaaten zeugt vom Erfolg der NATO als Bündnis. Das Ziel eines geeinten und freien Europas, das gemeinsame Werte wie Demokratie, Freiheit der Person und Rechtsstaatlichkeit teilt, hat nichts von seiner Gültigkeit verloren. Die Tür sollte für alle europäischen Demokratien offen bleiben, die nach einer Zugehörigkeit zur NATO streben und in der Lage sind, die Aufgaben und Pflichten einer Mitgliedschaft zu übernehmen und zur Sicherheit des nordatlantischen Raumes beizutragen. Eine Partnerschaft kann keine Mitgliedschaft ersetzen, die allein es ermöglicht, sich auf Artikel 5 zu beziehen. Mit Blick auf 2030 sollte die NATO angesichts der Verschärfung des

„Die Tür sollte für alle europäischen Demokratien offen bleiben, die nach einer NATO-Mitgliedschaft streben.“

geostrategischen Wettbewerbs und der globalen Bedrohungen ihre starken Partnerschaften nicht nur in der NATO-Nachbarschaft, sondern auch im Indo-Pazifik wirksam einsetzen. Dabei wird sie diese Partnerschaften strategischer und zielgerichteter nutzen müssen, als dies in jüngerer Vergangenheit der Fall war. Unter Beibehaltung der Unterscheidung zwischen Verbündeten und Partnern und der Entscheidungsautonomie der Verbündeten muss die NATO ihre Partnerschaften bewusster und proaktiver nutzen und weiterentwickeln, um das Sicherheitsumfeld aktiv zu gestalten und die Ziele der NATO zur Unterstützung ihrer Kernaufgaben und -missionen zu fördern. Mit denjenigen Partnern wiederum, die sich auf dem Weg zur Mitgliedschaft befinden, muss die NATO daran arbeiten, tiefere und umfassendere Beziehungen zur Förderung der regionalen Stabilität aufzubauen.

Empfehlungen:

1. Die NATO sollte ein Grundsatzpapier dazu entwerfen, wie Partnerschaften in verschiedenen Regionen genutzt werden können, um die strategischen Interessen der NATO in einem wettbewerbsintensiveren geopolitischen Zeitalter voranzubringen. Als Teil dieser Bemühungen sollte die NATO bestehende Partnerschaften überprüfen und neu beleben, wobei sie vom derzeitigen nachfrageorientierten Ansatz, bei dem die Partnerstaaten den Umfang und die Intensität ihrer Partnerschaft bestimmen, zu einem interessenorientierten Ansatz umschwenken sollte, bei dem die NATO selbst auf der Grundlage strategischer Erfordernisse und begrenzter Ressourcen die Prioritäten für ihre Zusammenarbeit mit Partnern setzt.
2. Die NATO sollte sich proaktiv um neue Partnerschaften bemühen und bestehende Partnerschaften weiter ausbauen, die der NATO bei der Erfüllung ihrer strategischen Prioritäten nachweislich und maßgeblich helfen. Partnerschaften mit anderen Instanzen als Staaten und internationalen Organisationen sollten dann eingegangen werden, wenn dies den strategischen Erfordernissen der NATO dient.
3. Die NATO sollte sich um eine effizientere Zusammenarbeit mit regionalen Partnerschaftsformaten bemühen. Die NATO und ihre Partner sollten ihre gegenseitigen Erwartungen und Ziele klarer definieren und sich auf Kriterien einigen, die eine regelmäßige Beurteilung des Zustands und des Wertes einer Partnerschaft ermöglichen.
4. Die NATO sollte sich vermehrt an thematische, anstelle von geographischen Gruppierungen wenden, um die Arbeit in Querschnittsbereichen voranzubringen.
5. Die NATO sollte eine regelmäßige Bestandsaufnahme zur Ermittlung der Prioritäten und Erfordernisse der Partner in Bereichen von beiderseitigem Nutzen (einschließlich der Terrorismusbekämpfung) durchführen, um die entsprechenden Bemühungen, insbesondere den Aufbau von Kapazitäten, darauf auszurichten und dazu beizutragen, diese Partnerschaftsformate im Einklang mit den Prioritäten des Bündnisses zu nutzen. Politische Konsultationen mit den Partnerstaaten könnten zusammen mit dem Lagebild und der strategischen Planung der NATO die Art und den Umfang der Unterstützung optimieren, die die NATO ihren Partnern gewähren könnte.
6. Die NATO-Staaten sollten das Wissen der Partnerstaaten durch verstärkte Konsultationen und einen intensiveren Informationsaustausch, durch Fortbildungskurse oder gemeinsame Workshops besser nutzen. Diese Wissensbasis, die auf den wertvollen Erfahrungen der Partner im Umgang mit vielen der Gefahren und Herausforderungen, mit denen die NATO in den Jahren ab 2020 konfrontiert sein könnte, ist ein Vorteil, den es zu nutzen gilt.
7. Die NATO sollte erwägen, stabilere und vorhersehbarere Ressourcenströme für Partnerschaftsaktivitäten zur Verfügung zu stellen. Die Mittel reichen nicht aus, um die bestehende Partnerschaftsagenda der NATO voranzubringen, geschweige denn auszuweiten. Die starke Abhängigkeit des Partnerschaftsprogramms von Treuhandfonds für finanzielle Mittel und von freiwilligen nationalen Beiträgen für Personal schränkt die Fähigkeit der NATO ein, Ressourcen strategisch oder als Reaktion auf veränderte Umstände umzuverteilen. Die NATO sollte bei der Finanzierung ihrer Partnerschaftsaktivitäten nach Prüfung des Einzelfalls vielfältigere Möglichkeiten in Erwägung ziehen, indem sie etwa bei Beratungs-, Ausbildungs- und Bildungsangeboten auf Kofinanzierungspläne und das Modell „Zahlung durch den Nutzer“ zurückgreift. Dies sollte sowohl der NATO als auch den Partnern einen gezielteren und wirkungsorientierteren Ansatz ermöglichen.

„Die NATO sollte ein Grundsatzpapier für Partnerschaften entwerfen.“

Partnerschaften im Norden und im Osten

8. Die NATO sollte auf ihre Partnerschaften mit Schweden und Finnland als Modelle für die Entwicklung ihrer Partnerschaften in anderen Regionen aufbauen und sie nach Möglichkeit ausbauen.
9. Die NATO sollte versuchen, die Partnerschaften mit der Ukraine und Georgien auszuweiten und zu stärken, da beide verwundbare Demokratien sind, die eine Mitgliedschaft anstreben und unter ständigem Druck von Russland stehen, der von außen und von innen ausgeübt wird.
10. Die NATO sollte sich bemühen, ihr Engagement mit Bosnien und Herzegowina zu verstärken. Sie sollte der Bekämpfung der Destabilisierung, insbesondere auch durch hybride Mittel und Desinformation, im gesamten westlichen Balkan besondere Aufmerksamkeit widmen.
11. Die Politik der offenen Tür der NATO sollte weiterverfolgt und als Schlüsselfaktor für die Modernisierung, Integration und Vorbereitung auf eine eventuelle künftige Mitgliedschaft von Partnerstaaten wieder neu belebt werden. Die NATO sollte ihre Unterstützung für Partnerstaaten ausweiten, die erklärt haben, dass sie dem Bündnis beitreten wollen, um sie bei der Entwicklung der zur Erfüllung der Beitrittskriterien erforderlichen Instrumente und Reformen zu unterstützen, und dabei mit den politischen, militärischen, zivilen und administrativen Strukturen der Partnerstaaten zusammenarbeiten. Die NATO sollte den Bukarester Beschlüssen von 2008 verpflichtet bleiben und die Bedeutung der Beitrittsverhandlungen auf eine höhere Ebene heben.

„Die NATO sollte die Partnerschaften mit der Ukraine und Georgien ausweiten und stärken, da beide verwundbare Demokratien sind, die eine Mitgliedschaft anstreben.“

Partnerschaften im Süden

12. Die NATO muss kreativer über ihre Nutzung der Partnerschaften im Süden nachdenken. In Anbetracht der Vielfalt der Herausforderungen und der geographischen Ausdehnung kann die NATO nicht „alles selber machen“. Daher muss sich die NATO in den Mittelpunkt eines informellen Systems von sich überschneidenden Organisationen und bilateralen/multilateralen Beziehungen stellen, um gemeinsam mit anderen Akteuren auf Bedrohungen zu reagieren und die Region zu stabilisieren. Im Einzelnen sollte sie
 - die Bemühungen um den Aufbau von Verteidigungskapazitäten und -institutionen (DCIB) verstärken (aufbauend auf den Erfahrungen mit Tunesien und Jordanien) und mit ausreichend Personal und Ressourcen ausstatten;
 - die gezielten Bemühungen im Bereich der Public Diplomacy verstärken, um das Profil der NATO bei der Bevölkerung in den südlichen Partnerstaaten zu schärfen und zu verbessern, unter anderem durch die Einrichtung von akademischen Netzwerken, Stipendien und Fellowships;
 - die Einrichtung eines regionalen Zentrums für den Mittelmeerdialog in Erwägung ziehen (ähnlich dem regionalen Zentrum des Istanbul Kooperationszentrums in Kuwait).
13. Die NATO sollte die derzeitigen Partnerschaften im Süden, nämlich den Mittelmeerdialog (MD) und die Istanbul Kooperationsinitiative (IC) durch verstärktes politisches Engagement, nachhaltigen Kapazitätsaufbau und die Stärkung der Widerstandsfähigkeit neuen Antrieb geben, um Bedrohungsmultiplikatoren wie dem Klimawandel, irregulärer Migration, Ressourcenknappheit und Regionen mit schwachen Regierungen zu begegnen. Sie sollte ihr Profil und ihre Präsenz im Süden über andere Kanäle stärken, etwa im N+1-Format und mit der Afrikanischen Union, der G5 Sahel und anderen multi- und minilateralen Gruppen. Sie sollte die Public Diplomacy und ihre Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft, der Jugend und zukünftigen sicherheitspolitischen Entscheidungsträgern verstärken.

Indo-pazifische und asiatische Partnerschaften

14. Die NATO sollte die Konsultationen und die Zusammenarbeit mit Partnern im Indo-Pazifik – Australien, Japan, Neuseeland und der Republik Korea – vertiefen. Dies könnte im Rahmen des bestehenden NATO+4-Formats oder des NATO-Pazifik-Partnerschaftsrats geschehen oder durch die Beteiligung der NATO am quadrilateralen Sicherheitsdialog und gegebenenfalls auch andere Staaten der Region, etwa Indien, einschließen. Ein solches Format würde darauf abzielen, die Bewältigung der strategischen und politischen Auswirkungen des Aufstiegs Chinas verstärkt zu koordinieren, auch durch intensiveren Informationsaustausch und die Einführung von regelmäßig geführten Dialogen zur technologischen Zusammenarbeit sowie durch die Bündelung von Forschung und Entwicklung (R&D) in ausgewählten Bereichen.

15. Die NATO sollte interne Gespräche über eine mögliche künftige Partnerschaft mit Indien aufnehmen, als der weltweit größten Demokratie und einem Land, das grundlegende Interessen und Werte des Bündnisses teilt – vorausgesetzt, dass Indien zu einem solchen Dialog bereit ist. Ebenso sollte sie eine interne Diskussion über die künftigen Beziehungen der NATO zu den Staaten Zentralasiens beginnen, von denen einige bereits NATO-Partner sind.

„Die NATO sollte die Zusammenarbeit mit Partnern im Indo-Pazifik vertiefen.“

„Die NATO sollte interne Gespräche über eine mögliche künftige Partnerschaft mit Indien aufnehmen.“

4.4.4 Politische Entscheidungsfindung

Der Zustand der Entscheidungsfindungsprozesse innerhalb der NATO hat einen wichtigen Einfluss auf den politischen Zusammenhalt. Das Konsensprinzip ist ein Grundpfeiler des Bündnisses, der alle Mitglieder, unabhängig von ihrer Größe, dazu befähigt, die Ergebnisse entscheidend zu beeinflussen. Die Reflexionsgruppe befürwortet dieses Prinzip als Fundament des Zusammenhalts und als die einzig angemessene Grundlage für die Entscheidungsfindung in einem Bündnis, das letzten Endes, wenn erforderlich, Soldaten in den Kampf schicken kann. Gleichzeitig muss die NATO sorgsam darauf achten, dass sie in der Lage bleibt, Beschlüsse kurzfristig zu erzielen und umzusetzen. Die NATO kann schnell handeln und tut dies auch, wie ihre Reaktion auf den Giftanschlag in Salisbury gezeigt hat. Dennoch hat in den letzten Jahren die Zahl der Blockaden durch einzelne Staaten zugenommen. Selbst wenn im Nordatlantikrat ein politischer Konsens erzielt wird, kann dieser im Zuge der Folgearbeiten verwässert werden. In Zeiten zunehmender systemischer Rivalität und grenzüberschreitender Bedrohungen muss ein Bündnis weiterhin in der Lage sein, rasche und verbindliche Beschlüsse zu fassen, um für seine Mitglieder nützlich zu bleiben und nicht an politischer Bedeutung einzubüßen. Mit Blick auf 2030 wird die NATO ihre Fähigkeit zur Umsetzung der im Nordatlantikrat durch Konsens vereinbarten Beschlüsse und Verfahren weiter überprüfen und sicherstellen müssen, dass sie kurzfristig handeln kann, insbesondere in Krisenzeiten.

„Die NATO muss sorgsam darauf achten, dass sie in der Lage bleibt, Beschlüsse kurzfristig zu erzielen und umzusetzen.“

Empfehlungen:

1. Die NATO sollte stärker dafür sorgen, dass konsensbasierte Entscheidungen umgesetzt werden. Im Nordatlantikrat getroffene Entscheidungen werden immer wieder im Zuge der Folgearbeiten verwässert. Um dies zu vermeiden, sollten die Verbündeten ihre Entscheidungen so genau wie möglich formulieren (einschließlich der finanziellen Konsequenzen) und präzise Informationen zeitnah ergänzen. Wenn Verbündete versuchen, die Umsetzung vereinbarter Maßnahmen zu verzögern oder zu behindern, sollte der Ausschussvorsitzende des Internationalen Stabs auf der Einhaltung der vereinbarten Maßnahmen bestehen und auf die Bedeutung einer zeitnahen und konsequenten Umsetzung hinweisen. Bei Bedarf könnte der Generalsekretär die Angelegenheit erneut in den Nordatlantikrat einbringen, um die zugrundeliegenden politischen Entscheidungen zu bekräftigen.
2. Die NATO sollte erwägen, die Rolle des Generalsekretärs als oberstem Leiter der Organisation zu stärken, damit Beschlüsse in Routineangelegenheiten getroffen werden können und möglichst in einem frühen Stadium die Aufmerksamkeit auf schwierige Themen gelenkt werden kann. Dies würde es dem Generalsekretär ermöglichen, sich stärker auf strategische Fragen zu konzentrieren, ohne das Konsensprinzip zu gefährden.
3. Die NATO sollte einen besser strukturierten Mechanismus zur Förderung der Bildung von Koalitionen innerhalb der Bündnisstrukturen schaffen. Ziel wäre es, die Verbündeten in die Lage zu versetzen, neue Operationen unter das Banner der NATO zu stellen, auch wenn sich womöglich nicht alle Verbündeten an einer daraus resultierenden Mission beteiligen wollen. Nach diesem Verfahren würde gelten:
 - Untergruppen von Verbündeten werden in die Lage versetzt, spezifische Ziele unter NATO-Banner zu verfolgen, und dabei die militärischen Strukturen und Entscheidungsprozesse der NATO zu nutzen;
 - der Nordatlantikrat hält seinen Konsens mittels seiner Einleitungsrichtlinie und seiner Ausführungsrichtlinie schriftlich fest;
 - etwaige Kosten werden nach der schon lange bestehenden Regel „Die Kosten werden dort übernommen, wo sie anfallen.“ getragen. Gleichzeitig bekräftigen wir für einige militärisch-operative Ausgaben den Vorteil einer gemeinsamen Finanzierung.
4. Die NATO sollte erwägen, die Schwelle für Blockaden einzelner Länder auf Ministerebene anzuheben. Die Tendenz einiger Verbündeter, als einzelne Staaten Entscheidungen zu blockieren, untergräbt die Glaubwürdigkeit des Bündnisses. Die Verbündeten sollten sich bemühen, dies zu vermeiden, und sich im Rahmen eines politischen Versprechens dazu verpflichten, diese Praxis zu unterlassen (siehe Abschnitt 4.3).
5. Die NATO sollte zeitliche Grenzen für die Beschlussfassung in Krisenfällen setzen. In einer größeren Krise nicht zu handeln, würde die Sicherheit der Verbündeten sowie die Glaubwürdigkeit der NATO gefährden. Die NATO sollte prüfen, wie sie sicherstellen kann, dass in einem Krisenfall innerhalb von vierundzwanzig Stunden ein Konsens erreicht wird. Bei einem solchen Verfahren müsste gewährleistet werden, dass die Schnelligkeit nicht auf Kosten des Zusammenhalts geht. Die NATO sollte die zur Beschlussfassung benötigte Zeit zu einem zentralen Kriterium ihrer Übungen machen.

„Untergruppen von Verbündeten würden in die Lage versetzt, spezifische Ziele unter NATO-Banner zu verfolgen.“

„Die NATO sollte erwägen, die Schwelle für Blockaden einzelner Länder auf Ministerebene anzuheben.“

„Die NATO sollte zeitliche Grenzen für die Beschlussfassung in Krisenfällen setzen.“

4.4.5 Politische Struktur, Personal und Ressourcen

Seit 2014 hat die NATO ihre militärischen Strukturen und ihr Dispositiv erfolgreich angepasst und tut dies angesichts neuer Herausforderungen auch weiterhin. Die Reflexionsgruppe erkennt den begrüßenswerten Anstieg der Militärausgaben und die entsprechenden Investitionen in militärische Fähigkeiten in den letzten Jahren an. Sie begrüßt, dass die Ergebnisse der Funktionalen Überprüfung und die Anpassung der NATO-Kommandostruktur weiter umgesetzt werden.

Allerdings muss der politische Arm der NATO weiterentwickelt werden, der es dem Generalsekretär und der Organisation ermöglicht, sich in einem sich rasch verändernden Sicherheitsumfeld anzupassen und zu positionieren. Die NATO muss eine starke politische Dimension erhalten, die der Anpassung ihres militärischen Dispositivs entspricht. Die Art und Weise, wie die NATO geführt wird und wie sie personell und finanziell ausgestattet ist, wird sich unmittelbar auf ihre Fähigkeit auswirken, politische Ziele zu erreichen. Letztendlich müssen die verfügbaren Ressourcen dem politischen Willen und den politischen Anforderungen entsprechen. Gleichzeitig kann ein schlichtes Aufblähen der Bürokratie nicht die Lösung sein. Vielmehr muss die NATO bemüht sein, ihre Organisationskultur an die veränderten strategischen Gegebenheiten weltweit anzupassen, flexibler zu werden und die Bürokratie nach Möglichkeit abzubauen.

„Die NATO muss eine starke politische Dimension erhalten, die der Anpassung ihres militärischen Dispositivs entspricht.“

Empfehlungen:

1. Die NATO sollte erwägen, die dem Generalsekretär übertragenen Befugnisse um wichtige Entscheidungen in Personalfragen und bestimmten Haushaltsangelegenheiten zu erweitern und ihn ermutigen, seine bestehenden Zuständigkeiten so weit wie möglich auszuschöpfen. Seine Funktion ist zwar mit beträchtlichen politischen und verwaltungstechnischen Verantwortlichkeiten verbunden, aber seine Möglichkeiten, eine Führungsrolle zu übernehmen und auf der Personalebene der NATO Veränderungen zu bewirken, sind begrenzt. Die Staats- und Regierungschefs der NATO sollten die dem Generalsekretär übertragenen Befugnisse mit dem Ziel überprüfen, diese Position mit größerer Flexibilität auszustatten, damit sie an neue Herausforderungen und Arbeitsbereiche angepasst werden kann und vor allem die von den Staats- und Regierungschefs der NATO in Auftrag gegebene Stärkung der politischen Dimension der NATO unterstützt.
2. Die NATO sollte eine Praxis der nach dem Outside-In-Ansatz durchgeführten Prüfungen der Arbeitsweise der Verwaltung der Organisation einführen. Diese sollte in den funktionellen Überprüfungsprozess integriert werden, der mindestens alle fünf Jahre stattfinden sollte.
3. Die NATO sollte ihre Methoden zur Gewinnung und Bindung von Talenten weiter verbessern. Das wichtigste Kapital des Bündnisses ist sein Personal. Die NATO muss sicherstellen, dass sie auf allen Ebenen die besten Talente anwerben und halten kann, und sie muss in die Ausbildung und Schulung dieses Personals investieren, um zu gewährleisten, dass ihre politischen Ziele erreicht werden können. Die NATO sollte sich verstärkt darum bemühen, die Vielfalt der Identitäten und Nationalitäten, der Denkweisen und geographischen Vertretung ihres Personals zu gewährleisten, um das breite Spektrum an Talenten, das in ihren einzelnen Gesellschaften vorhanden ist, widerzuspiegeln.
4. Die NATO sollte die personelle Rotation verstärken. Sie profitiert von einem ständigen Zustrom neuer Ideen und Perspektiven in die Organisation und sollte ihr Personal nach einer bestimmten Anzahl von Jahren nach dem Rotationsprinzip austauschen, um Anpassungsfähigkeit und

„Die NATO sollte erwägen, die dem Generalsekretär übertragenen Befugnisse zu erweitern.“

Veränderungsbereitschaft zu gewährleisten. Gleichzeitig sollten häufiger und mehr Mitarbeiter zwischen den Regierungen der Bündnisstaaten und dem NATO-Hauptquartier rotieren, um die Kluft zwischen Brüssel und den Hauptstädten zu überbrücken. Die NATO sollte prüfen, wo innerhalb des Internationalen Stabes freiwillige nationale Beiträge seit Langem etabliert sind und diese Stellen in reguläre NATO-Stellen umwandeln.

5. Die NATO sollte die Kontinuität der Arbeitsabläufe im NATO-Hauptquartier stärken. Die politische Kontrolle innerhalb der NATO muss jederzeit erkennbar sein und unter allen Bedingungen erhalten bleiben, ob in Friedens-, Krisen- oder Konfliktzeiten. Im gesamten Spektrum der politischen und militärischen Entscheidungsstrukturen werden belastbare Mechanismen benötigt. Bestehende Modelle der passiven militärischen Verteidigung, CBRN- und Verbreitungskonzepte bieten nützliche Beispiele für die Verbesserung der Widerstandsfähigkeit der politischen Strukturen. Die NATO sollte die Digitalisierung (auch im Verschlusssachenbereich) beschleunigen und dem Einsatz neuer Technologien Vorrang einräumen.
6. Die NATO-Verbündeten sollten die Mittel für den Zivilhaushalt aufstocken. Die anhaltende Unterfinanzierung dieses Haushalts führt dazu, dass zur Entwicklung von Projektmitteln allzu häufig auf Treuhandfonds zurückgegriffen werden muss. Verbündete, die einen verhältnismäßig niedrigen Beitrag zum Zivilhaushalt leisten, sollten ihre nationalen Beiträge erhöhen. Auch wenn der zivile Haushalt im Verhältnis zu den gesamten Verteidigungsausgaben der Verbündeten gering ist, so führt er doch zu einem bedeutenden Multiplikatoreffekt, der durch „Sachleistungen“ oder Treuhandfonds nicht ersetzt werden kann. Da jede Aufstockung der Mittel mit klaren und überprüfbaren politischen Zielen einhergehen muss, sollte die NATO auch die Möglichkeiten neuer gemeinschaftlich finanzierter Projekte untersuchen.

„Verbündete, die einen verhältnismäßig niedrigen Beitrag zum Zivilhaushalt leisten, sollten ihre nationalen Beiträge erhöhen.“
7. Die NATO sollte neue Finanzierungsmodelle erschließen, um sicherzustellen, dass sie und ihre Verbündeten neue Technologien zu ihrem Vorteil einsetzen. Ein Beispiel hierfür könnten auf Treuhandfonds basierende Risikokapitalinvestitionen in Start-ups sein. Die Gemeinschaftsfinanzierung sollte zur Einführung neuer Technologien auf den strategischen Ebenen der NATO genutzt werden, um das Lagebewusstsein im Nordatlantikrat zu erhöhen und die Entscheidungsfindung zu erleichtern. Übungen zur Krisenbewältigung oder szenarienbasierte Diskussionen könnten zum Beispiel als Testumgebung dienen. Solche Investitionen verändern auch die Arbeitsweise der Organisation und tragen dazu bei, herausragende, innovative junge Menschen für die NATO zu gewinnen.
8. Die NATO sollte ein Hochschulzentrum zur Förderung künftiger Talente von außerhalb der NATO einrichten. In Anbetracht des Erfolgs der NATO-Verteidigungsakademie bei der Heranbildung des Nachwuchses für die Organisation sollte sie eine NATO-Universität mit dem Ziel gründen, der Jugend in den NATO-Staaten ein Gefühl der atlantischen Gemeinschaft und der Gemeinsamkeit ihrer Zielsetzungen zu vermitteln. Bis die Mittel für ein solches Vorhaben zur Verfügung stehen, sollte die NATO ein Stipendienprogramm – vorläufig Harmel-Stipendienprogramm genannt – zur Förderung des Bildungsaustausches zwischen den Bevölkerungen der NATO-Staaten ins Leben rufen, durch das jeder Verbündete ein Stipendium für mindestens eine Person pro Jahr aus einem anderen NATO-Bündnisstaat für ein Postdoc-Studium an einer seiner führenden Universitäten finanzieren würde. Sie sollte außerdem Stipendien an führenden Denkfabriken finanzieren, sowohl in den Bündnis- als auch in den Partnerländern.

„Die NATO sollte ein Harmel-Stipendienprogramm zur Förderung des Bildungsaustausches zwischen den Gesellschaften der NATO-Staaten ins Leben rufen.“
9. Die Gruppe nimmt zur Kenntnis, dass dieser Bericht eine Reihe möglicher neuer Aktivitäten und Funktionen für den Nordatlantikrat skizziert, und stellt fest, dass dieser einen praktischen Weg finden muss, um Verantwortung auf die entsprechenden Ausschüsse zu übertragen, damit die neue politische Agenda angemessen weiterentwickelt und vorgebracht wird.

5 Fazit

Der Reflexionsprozess findet seinen Abschluss an einem wichtigen Wendepunkt für das Weltgeschehen und die euro-atlantischen Beziehungen: Die künftige Rolle der NATO ist von wachsender Bedeutung für eine stabile und offene internationale Ordnung. Die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie werden auch in den kommenden zehn Jahren noch zu spüren sein und bestehende Tendenzen verstärken, den internationalen Wettbewerb möglicherweise verschärfen und der Weltwirtschaft langfristige Schäden zufügen.

„Politische Anpassungen sind nicht nur die Lebensader der NATO, sie sind auch eine Grundvoraussetzung für ihr Überleben.“

Der Blick auf die Geschichte der NATO gibt Anlass zu Optimismus, was ihre langfristige Zukunft angeht; doch warnt er auch vor Selbstgefälligkeit und Selbstbeweihräucherung. Politische Anpassungen sind nicht nur die Lebensader der NATO, sie sind auch eine Grundvoraussetzung für ihr Überleben. 1949 gründeten zwölf Staaten das Bündnis. Sie brachten das Europa der

Nachkriegszeit auf westlichen Kurs und zementierten den transatlantischen Bund. Einundsiebzig Jahre später sind aus zwölf Staaten dreißig geworden, die zusammenstehen, um die Sicherheit und den Wohlstand von einer Milliarde Menschen zu verteidigen.

Während dieser ganzen Zeit hat die NATO Phasen der Erneuerung und Neuausrichtung durchlaufen, wobei sie stets ihren Kernauftrag erfüllt hat und nie von ihren Gründungsprinzipien abgewichen ist. Dabei ist das Bündnis an jedem Wendepunkt stark und entschlossen geblieben und hat immer wieder von sich selbst verlangt, sein Bestes zu geben. Diese Fähigkeit zur Reaktion, Anpassung und Erneuerung ihrer internen Bande ist seit sieben Jahrzehnten das Qualitätsmerkmal der NATO.

Während unserer gesamten Beratungen hatten wir alle den Eindruck, dass heute wieder ein solcher Wendepunkt für das Bündnis gekommen ist. Unterstützt durch die hervorragende Arbeit des im selben Jahr ernannten Generalsekretärs, hat die NATO seit 2014 die bedeutendste Stärkung der

„Seit 2014 hat die NATO die bedeutendste Stärkung der kollektiven Verteidigung seit einer Generation umgesetzt.“

kollektiven Verteidigung seit einer Generation umgesetzt. Das Bündnis braucht nun einen politischen Anpassungsprozess, der den Fortschritten im militärischen Bereich entspricht.

Die Dringlichkeit dieser Bemühungen ergibt sich aus einem sich verändernden Sicherheitsumfeld, das in den letzten Jahren immer schwieriger und komplexer geworden ist. Neben der starken Bedrohung durch Russland erfordert China mit seinem zunehmenden Einfluss und seiner wachsenden Präsenz besondere Aufmerksamkeit. Der Terrorismus in all seinen Erscheinungsformen und Ausprägungen bleibt eine unmittelbare Bedrohung. Mehr Gebiete werden physisch umkämpft, während die Grenze zwischen Frieden und Krieg weiter verschwimmt, da Desinformation und Subversion unsere Demokratien vor ernsthafte Herausforderungen stellen. Hybride Angriffe erfordern ein neues Nachdenken über Abschreckung und Verteidigung, unter anderem gestützt auf neue und in der Entstehung begriffene Technologien. Die Einigung auf eine gemeinsame Reaktion auf diese Herausforderungen hat die Geschlossenheit der NATO mitunter auf die Probe gestellt, wenn Verbündete Positionen einnehmen, die ihre Sorgen hinsichtlich ihrer langfristigen strategischen Zukunft widerspiegeln.

Kein einziger Verbündeter kann diese Herausforderungen alleine bewältigen. Daher ist es von entscheidender Bedeutung, dass sich alle Verbündeten wieder sowohl dem Geist als auch dem Buchstaben des Vertrags von Washington verpflichten, ihr politisches Bekenntnis zueinander

bekräftigen, ihr Bekenntnis zu demokratischen Werten aufrechterhalten und die Vorteile nutzen, die sich aus der Projektion kollektiver Stärke ergeben. Wie in unserem Bericht beschrieben, muss die NATO ihre Fähigkeit verbessern, sowohl auf bestehende als auch auf künftige Bedrohungen zu reagieren, die sowohl von staatlichen als auch von nicht staatlichen Akteuren ausgehen, ihre Palette an politischen Instrumenten zur Abschreckung von Gegnern erweitern und das Bündnis in diesem modernen Bedrohungsumfeld verteidigen. Das Bündnis wird seine Fähigkeit zur ständigen Anpassung an sich verändernde strategische Gegebenheiten erhalten.

Mit unseren Empfehlungen haben wir Wege aufgezeigt, wie die NATO auf Angriffe durch neue Technologien sowie auf hybride Angriffe reagieren könnte, unter anderem durch eine effektivere Zusammenarbeit mit Partnern. Es muss auch ein Gleichgewicht gefunden werden zwischen dem wesentlichen Beitrag, den Nordamerika weiterhin zur Sicherheit Europas leistet, und dem zunehmenden Anteil an der Last, den die europäischen Verbündeten in den kommenden Jahren selbst übernehmen werden. Dies sollte in einem neuen Strategischen Konzept zusammenfließen, in dem die seit 2010 erzielten Fortschritte und die neuen Herausforderungen anerkannt werden und das Bündnis für die Bewältigung künftiger Herausforderungen gewappnet wird.

„Der Frieden, den der Großteil Europas in den letzten sieben Jahrzehnten genossen hat, ist eine historische Ausnahme. Die NATO ist und bleibt die Hüterin dieses kostbaren Gutes.“

Angesichts von Spaltungsversuchen, konkurrierenden Prioritäten, Kritik und intensiver Beobachtung müssen die Verbündeten ihr Vertrauen in die Beständigkeit und Vitalität des Bündnisses bewahren, Differenzen beilegen, sich über Meinungsverschiedenheiten erheben und gegenüber Bedrohungen enger zusammenrücken, so wie sie es seit über siebenzig Jahren getan haben. Der Frieden, den der Großteil

Europas in den letzten sieben Jahrzehnten genossen hat, ist eine historische Ausnahme und nicht die Regel. Die NATO ist und bleibt die Hüterin dieses kostbaren Gutes. Beim Vorlegen unserer Empfehlungen sind wir zuversichtlich, dass die NATO vom Stadium der Reflexion zu dem Stadium weiteren Handelns übergehen wird, um auch in den kommenden Jahrzehnten der Grundpfeiler der kollektiven Verteidigung der Verbündeten zu sein und Frieden und Sicherheit zu wahren.

Zeitlicher Ablauf

- 1.-2. Dezember 2019: Bei ihrem Treffen in London einigen sich die Staats- und Regierungschefs der NATO auf einen zukunftsorientierten Reflexionsprozess unter der Ägide des Generalsekretärs.
- 30. März 2020: Der Generalsekretär ernennt eine unabhängige Gruppe zur Unterstützung seiner Arbeit.
- 2. April 2020: Die Gruppe wird eingesetzt und beim Außenministertreffen vorgestellt.

Reflexionsphase

- 8. April 2020: Erster Austausch der Gruppe mit dem Generalsekretär.
- 21. April 2020: Virtuelles Treffen der Gruppe zur Festlegung ihres Arbeitsprogramms und des allgemeinen Terminplans.
- 22. April 2020: Erste virtuelle Arbeitssitzung mit dem Nordatlantikrat.
- 5.-6. Mai 2020: Virtuelles Rahmenseminar zum geo- und sicherheitspolitischen Umfeld.
- 12.-13. Mai 2020: Virtuelles Seminar zu Einheit, Solidarität und Zusammenhalt der Verbündeten.
- 27.-28. Mai 2020: Virtuelles Seminar zur politischen Rolle der NATO.
- 10.-11. Juni 2020: Virtuelles Seminar zu den nicht militärischen Werkzeugen der NATO.
- 15.-16. Juni 2020: Virtuelles Seminar zur politischen Konsultation und Koordinierung.
- 6. Juli 2020: Austausch der Gruppe mit dem Generalsekretär.
- 9. Juli 2020: Zweite virtuelle Arbeitssitzung mit dem Nordatlantikrat.
- 14. Juli 2020: Gruppenverhandlungen.
- 15. Juli 2020: Virtuelle Arbeitssitzung mit dem Stellvertretenden Generalsekretär und den Beigeordneten Generalsekretären der NATO.
- 27. Juli 2020: Virtuelles Seminar zum Entscheidungsprozess, den Ausschüssen, der gemeinschaftlichen Finanzierung und der Personalpolitik der NATO.
- 30. Juli 2020: Virtuelles Seminar zu Innovation, Wissenschaft und Technologie.
- 5.-6. August 2020 Gruppenbesprechungen zu ersten Beobachtungen, Schlussfolgerungen und Entwurf der Grundzüge des Berichts.

Konsultationsphase

- 31. August – 3. September 2020: Gruppenverhandlungen und einzelne virtuelle Arbeitssitzungen mit Regierungsvertretern der Vereinigten Staaten und Kanadas sowie hochrangigen Beamten der Vereinten Nationen, gefolgt von einem Austausch mit Mitgliedern von Denkfabriken der Vereinigten Staaten.
- 8. September 2020: Virtuelle Arbeitssitzung mit Regierungsvertretern aus Finnland und Schweden sowie anschließend aus Georgien und der Ukraine.
- 9. September 2020: Dritte virtuelle Arbeitssitzung mit dem Nordatlantikrat.
- 10. September 2020: Arbeitstreffen der Gruppe mit den Verbündeten im Rahmen des Treffens der sicherheitspolitischen Leiter der Bündnisstaaten.
- 14.-18. September 2020: Einzelne virtuelle Arbeitssitzungen mit Regierungsvertretern aus Albanien, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Estland, Griechenland, Island, Italien, Kroatien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Montenegro, den Niederlanden, Nordmazedonien, Norwegen, Polen, Portugal, Rumänien, der Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechien, der Türkei und Ungarn sowie mit regionalen Denkfabriken.
- 22. September 2020: Virtuelle Arbeitssitzung mit dem Vorsitzenden des Militärausschusses, dem Obersten Alliierten Befehlshaber Europa und dem Obersten Alliierten Befehlshaber Transformation.
- 23. September 2020: Virtuelle Arbeitssitzung mit Regierungsvertretern aus Australien, Japan, Neuseeland und Südkorea.

- 24. September 2020: Gruppen-Brainstorming
- 28. September 2020: Virtuelle Arbeitssitzung mit Regierungsvertretern von Partnerländern der Istanbul Kooperationsinitiative, gefolgt von einem Expertenseminar zu Afghanistan.
- 1. Oktober 2020: Virtuelle Arbeitssitzung mit Regierungsvertretern von Partnerländern des Mittelmeerdialogs, gefolgt von einem Expertenseminar zu Irak.
- 7. Oktober 2020: Virtuelle Arbeitssitzung mit der Parlamentarischen Versammlung der NATO.
- 8.-13. Oktober 2020: Einzelne virtuelle Arbeitssitzungen mit Regierungsvertretern von Bündnisstaaten (Deutschland, Frankreich und das Vereinigte Königreich) und ausgewählten Partnern (Australien, Bosnien und Herzegowina, Finnland, Irland, Israel, Österreich, Schweden, Schweiz); virtuelles Expertenseminar zu Russland und weitere Gruppenverhandlungen.
- 15. Oktober 2020: Arbeitstreffen der Gruppe mit Verbündeten im Rahmen des Treffens zur transatlantischen Politikplanung.
- 19. Oktober 2020: Virtuelle Arbeitssitzung mit französischen Regierungsvertretern.
- 20. Oktober 2020: Virtuelle Arbeitssitzung mit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), gefolgt von Gruppenverhandlungen.
- 22. Oktober 2020: Gruppenverhandlungen, gefolgt von einer virtuellen Arbeitssitzung mit einem hochrangigen Beamten der Europäischen Union (EU).

Entwurfsphase

- 28.-29. Oktober 2020: Gruppenverhandlungen zum ersten Entwurf.
- 4.-5. November 2020: Gruppenverhandlungen zum ersten Entwurf.
- 10.-13. November 2020: Gruppenverhandlungen zum zweiten Entwurf.
- 17. November 2020: Austausch der Gruppe mit dem Generalsekretär.
- 18. November 2020: Vierte virtuelle Arbeitssitzung mit dem Nordatlantikrat.
- 19. November 2020: Die Gruppe einigt sich auf den endgültigen Bericht.
- 25. November 2020: Die Ko-Vorsitzenden übergeben den Bericht an den Generalsekretär.
- 1. Dezember 2020: Arbeitssitzung der Gruppe mit den NATO-Außenministern.
- 3. Dezember 2020: Die Gruppe stellt die Ergebnisse des Berichts der Öffentlichkeit vor.